

ISSN 0940-8665

27. Jahrg./Dez 91

DM 7,50

RUNDBRIEF 2/91

Nachbarschaftsheime, Bürgerzentren, Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit

**40 Jahre
Verband für
sozial-kulturelle
Arbeit e.V.**



VERBAND FÜR SOZIAL-KULTURELLE ARBEIT E.V.

vorm. VERBAND DEUTSCHER NACHBARSCHAFTSHEIME

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	S.3
Beiträge zur Geschichte des Verbands	
Dieter Oelschlägel: Rückblick und Erinnerung - 40 Jahre Verband für sozial-kulturelle Arbeit	S.4
Ingeborg Blauert: Erinnerungen an die Zeit der Verbandsgründung	S.5
Sigurd Agricola: Der Beitrag der Nachbarschaftsheimen zur Professionalität sozialkultureller Arbeit	S.7
Irmgard Schulz: Erinnerung	S.10
Beiträge zur Bedeutung des Verbands	
Joachim Henkel: Welche Bedeutung hat die Arbeit des Verbandes für die sozial- kulturelle Arbeit bzw. die Nachbarschaftsheim-Bewegung?	S.11
Dietmar Freier: Nachbarschaft ist aktuell!	S.13
Christian Kuntz: Die deutsche Arbeit im internationalen Zusammenhang	S.15
Klaus Dörrie: Bedeutung des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit im PARITÄTISCHEN	S.16
Johannes Franz Erpenbeck: Ich bin in eine Idee verliebt... dafür will ich Auseinandersetzung	S.17
Dieter von Kietzell: Welche Bedeutung hat der Verband für sozial-kulturelle Arbeit bzw. die Nachbarschaftsheimbewegung?	S.21
Beiträge zu den Perspektiven des Verbands	
Karl-Fried Schuwirth: Die Nachbarschaft der Nachbarschaftshäuser	S.23
Georg Zinner: Die Nachbarschaft der Nachbarschaftshäuser	S.26
Herbert Scherer: Offen für alle?	S.29
Dieter Oelschlägel: Diskussionsthesen zur weiteren Entwicklung des Verbandes	S.31
Matthias Mozdzanowski: Der Verband - zur Situation und den Perspektiven	S.32
Materialien und Berichte	
Hermann J. Maus: Ökologische und soziale Werkstätten in Leipzig	S.33
Fabrik Osloer Straße: Selbstdarstellung Stadtteil- und Kulturzentrum - Nachbarschaftsetage -	S.34
Quäker-Nachbarschaftsheim: Sozialpädagogische Gruppenarbeit mit Roma-Kindern	S.35

Der RUNDBRIEF wird herausgegeben
vom
VERBAND FÜR SOZIAL-KULTURELLE
ARBEIT E.V.
Slabystr. 11, 5000 Köln 60
Tel. 0221 / 760 69 59

Redaktion: Matthias Mozdzanowski
(Diese Ausgabe auch:
Dieter Oelschlägel)

Der RUNDBRIEF erscheint
zweimal jährlich
Jahresabonnement:
DM 17,50 incl. Versandkosten
Einzelheft: DM 7,50 plus Versandkosten

Kündigung des Abonnements
mind. 3 Monate zum Jahresende

ISSN 0940-8665

Vorwort

Wie bereits angekündigt, ist dieser RB dem 40-jährigen Jubiläum des Verbands gewidmet. Dies ist verbunden mit einer Rückschau, mit der Frage nach der aktuellen Bedeutung und mit der Frage nach den Perspektiven, der Zukunft des Verbands. Nicht zum ersten Mal natürlich, es gab viele solcher Gelegenheiten. So z.B. 1971; als der Verband seinen Namen änderte, um den als zu eng erachteten Begriff "Nachbarschaftsheim" zu erweitern und sich damit neuen Mitgliedern (Bürgerzentren, Gemeinwesenprojekten usw.) zu öffnen.

Der Geburtstag ist also nicht nur Anlaß zum Feiern. Nicht, daß wir etwas gegen Feiern und Jubilieren hätten, auch das hat der Verband - zusammen mit dem Nachbarschaftshaus Wiesbaden, das heuer 25 Jahre wurde - getan.

Aber es gibt drängende Fragen, z.B.:

- Wollen wir mehr den Dach- oder den Fachverband?
- Haben wir wirklich eine gemeinsame und plausible Definition unserer sozial-kulturellen-, Nachbarschafts- oder Gemeinwesenarbeit?
- Wollen wir den Verband öffnen und wenn ja, in welche Richtung?
- Wieviel Vielfalt verträgt das Profil?
- Oder umgekehrt: Wieviel Profil vermeidet Beliebigkeit?
- Gibt es einen politischen Anspruch in der Arbeit (nicht zu verwechseln mit Ideologie)?
- Wie paßt die Forderung nach mehr Verbandsleistung zu den vorhandenen Ressourcen?

Viele der Fragen sind nicht neu, aber das kann natürlich kein Einwand sein - mit manchen Fragen verhält es sich wie mit der Briefmarkensammlung: die alten sind meist die wertvollsten, von Zeit zu Zeit muß man sie wieder hervorholen und schließlich haben sich oft genug neue, interessante Beziehungen mit dem Satz angebahnt:

"Darf ich Dir meine ... zeigen?"

Matthias Mozdzanowski

Dieter Oelschlägel Rückblick und Erinnerung

40 Jahre Verband für sozial- kulturelle Arbeit

Vor vierzig Jahren, am 20.9.1951, wurde der Verband Deutscher Nachbarschaftsheimen in Berlin gegründet. Er heißt heute "Verband für sozial-kulturelle Arbeit" und hat seinen Sitz in Köln. Er hat gegenwärtig 26 Mitgliedseinrichtungen und befindet sich in einer Phase der Erweiterung.

Da die Einrichtungen autonom arbeiten, findet sich im Verband ein breites Spektrum von Aktivitäten: von der traditionellen Arbeit mit Zielgruppen in der Nachbarschaft bis zur Koordination lokaler Initiativen in der Sozialplanung, vom kleinen Nachbarschaftsladen bis zum großen "Kulturzentrum".

Der "klassische" Typ des Nachbarschaftsheimens geht von einer generationenübergreifenden Arbeit aus und vereint drei Bereiche in sich:

- Kinderarbeit
(Kindertagesstätte, Hort, Schularbeitshilfen, Kinderkulturarbeit)
- Jugendarbeit
(in der Regel als "Offene Tür")
- Altenarbeit (Altentagesstätte, Altenclub...)

Darüber hinaus haben sich in den Einrichtungen spezifische Schwerpunkte herausgebildet: Bildungs- und Kulturarbeit, Arbeit mit spezifischen Zielgruppen (Frauen, ausländische Mitbürger, straffällige Jugendliche..)

Entscheidende Momente der Geschichte der Sozialarbeit, insbesondere der Gemeinwesenarbeit, aber auch der Volkshochschulbewegung sind in unterschiedlicher Weise mit Nachbarschaftsheimbewegungen verbunden. Die Wurzeln heutiger Nachbarschaftsarbeit liegen in den Settlementbewegungen in England und den USA und der

Volks- und Nachbarschaftsheimarbeit in Deutschland zu Beginn dieses Jahrhunderts.

1901 gründete Pastor Walter Classen das "Hamburger Volksheim", 1910 Friedrich Siegmund-Schultze die "Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost".

Nach 1920 entstanden weitere Arbeitsgemeinschaften und Volksheime in allen Teilen Deutschlands, die sich 1925 zur "Deutschen Vereinigung der Nachbarschaftssiedlungen" zusammenschlossen.

Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten mußten viele dieser Einrichtungen ihre Arbeit aufgeben, die anderen wurden - wie die SAG 1940 - geschlossen. Ihre führenden Persönlichkeiten (Friedrich Siegmund-Schultze, Herta Kraus u.a.) wurden in die Emigration gezwungen.

1947 wurden die ersten Nachbarschaftsheime in den Westzonen und Berlin gegründet (u.a. der Mittelhof in Berlin, Nachbarschaftsheime in Köln, Darmstadt, Frankfurt, Ludwigshafen und Braunschweig): Englische und amerikanische religiöse Organisationen - vornehmlich die Quäker, aber auch Mennoniten und YWCA - nahmen die Tradition der Settlements wieder auf. Frühere Mitarbeiter der SAG - besonders Herta Kraus und Magda Kelber - stellten eine direkte, persönliche Kontinuität dieser Arbeit her.

Am Rande der internationalen Konferenz der ifs 1989 in Berlin gab Margret Anton, Teilnehmerin aus den USA, ein Interview zu dieser Zeit. Frau Anton hat in den Vereinigten Staaten Soziologie und Social Group Work studiert und in mehreren Settlements gearbeitet. 1942 hat sie das Settlement in Syracuse/New York gegründet. Sie war Mitglied der National Federation of Settlements in USA. Syracuse ist eine Industriestadt mit 300 000 Einwohnern.

Nach dem zweiten Weltkrieg hat sie sich dort aus der Leitung zurückgezogen, damit diese wieder von Männern übernommen werden konnte. Sie wollte die Erfahrungen der Settlementarbeit für den Wiederaufbau nach dem Kriege nutzen.

YWCA (Christlicher Verein Junger Frauen) suchte jemand, um in der Deutschen Abteilung Leiterinnen für Jugendarbeit zu qualifizieren. Frau Anton erkannte die vielen Möglichkeiten der Nachbarschaftsarbeit für den Wiederaufbau und die Fortbildung der YWCA-Jugendleiterinnen. Sie vermittelte Studien und Besuche in europäischem Ländern, die die amerikanische Militärregierung ermöglichte. In diesem Zusammenhang hatte sie auch Kontakte in die Sowjetische Zone hinein und vermittelte auch dorthin Besuche.

Frau Anton lebte von 1947 bis 1953 in Berlin und war dort Mitbegründerin des Nachbarschaftsheim Neukölln.

Prinzip der Arbeit war, daß die deutsche Jugend für sich selber etwas aufbauen konnte, nicht ihr etwas überzustülpen. Im April 1947 konnte in einem Gebäude in Neukölln montags ein Zimmer genutzt werden. Die Armee gab Röntgenplatten, die gereinigt und zu Fenstern verarbeitet werden konnten. Das machten die Jugendlichen, zunächst für alte Leute, dann für sich selber. Später brachten sie Mütter und Geschwister mit.

Im Sommer 1947 wurde ein Zeltlager in Schwanenwerder zusammen mit einer Herde Ziegen durchgeführt.

Die Arbeit in Neukölln wurde da schon mit Unterstützung der Stadt und der Armee (Material, Transporte, Erlaubnisscheine etc.) gemacht. Zusammen mit M. Anton arbeiteten Käte Rawiel, ein Tischler und zwei Absolventen des Pestalozzi-Fröbel-Hauses.

Haus Ziethenstraße in Neukölln wurde ausgebaut. Es gab große Probleme bei der Materialbeschaffung. So wurden Nägel in Fünf-Pfund-Paketen aus USA bestellt.

YWCA-Gruppen sammelten Kleider, Schuhe, Schokolade...“ und ich bekam haufenweise die Sachen“. Wer eine Stunde Hilfe leistete, bekam einen Schein und konnte ihn gegen Sachen einlösen. Frauen haben alte Armeesachen umgearbeitet. Aus sieben Armeeschlipsen konnte man einen Mädchenrock nähen.

Die Jungen haben Tische und Stühle aus Armeebeständen wiederaufgearbeitet.

Wichtig war, daß die Frauen aus der Isolation herauskamen, daß sie was für sich tun konnten. Viele Männer waren gefallen oder noch in Gefangenschaft. Im Nachbarschaftsheim konnten Frauen etwas für die Familie verdienen und sich gegenseitig helfen und stärken.

Die Jugendlichen sollten lernen, Spaß haben, Volkstanzen, lesen, schreiben...

Im Sommer 1948 fand ein Internationales Arbeitslager mit 27 jungen Leuten aus England, Schweden, Dänemark und anderen Ländern statt. Die Jugendlichen haben von einer Ruine neben dem Haus Steine geklopft. Die Militärregierung stellte eine schwedische Baracke (30x10 m) zur Verfügung. Sie wurde im Rahmen des Arbeitslagers 1948 in Neukölln aufgebaut.

Die erste Versammlung war Weihnachten 1948, mit einem „mittelalterlichen Weihnachtsspiel“. Es kamen 400 Menschen.

Zu dieser Zeit arbeiteten im Nachbarschaftsheim Neukölln Praktikantinnen der Sozialarbeitschulen und freiwillige Helferinnen, z.T. Mitglieder der SAG Berlin Ost, u.a. die Töchter des Theologen Adolf von Harnack. Es gab auch Unterstützung vom Bürgermeister von Neukölln und vom Burckhardtthaus, der deutschen Zentrale von YWCA.

Dies geschah in einer Zeit, wo die dringendste Nachkriegsnot noch keineswegs überwunden war. Fast ein Viertel der Bevölkerung der Westzonen waren Vertriebene und Flüchtlinge. Aus dieser Zuwanderung und den Kriegszerstörungen resultierte eine ungeheure Wohnungsnot. Knapp ein Drittel der Bevölkerung wohnte außerhalb von Normalwohnungen. Hinzu kam bis zu Beginn der 50er Jahre eine hohe Arbeitslosigkeit, von der besonders die Jugendlichen betroffen waren. Viele Menschen waren, um sich am Leben zu erhalten, ständig unterwegs, nichtsehaft.

Deshalb war die vordringlichste Aufgabe der Sozialarbeit die Bekämpfung der unmittelbaren materiellen Not. Vielfach war es die freie Wohlfahrtspflege, die die Lücken zwischen den auftretenden Notsituationen und ihrer Lösung durch die öffentliche Fürsorge schloß, vor allem wegen ihrer flexiblen Hilfsmöglichkeiten.

Die Tätigkeit der Nachbarschaftsheim dieser Gründungszeit spiegelt sich in Satzungen und ersten Jahresberichten. So sah sich das Nachbarschaftsheim Braunschweig als „Träger der von ihm allein oder gemeinsam zu leistenden sozialen Hilfsarbeit für Flüchtlinge und andere Hilfsbedürftige“ und der Mittelhof in Berlin-Zehlendorf verstand sich als Einrichtung, „die ausschließlich zur unentgeltlichen, persönlichen und wirtschaftlichen Hilfeleistung für bedürftige Personen bestimmt ist“.

Entsprechend den Wertvorstellungen der Gründer, mehr aber noch im Zusammenhang mit dem Re-education-Programmen der angelsächsischen Alliierten sollten die Nachbarschaftsheim einen Beitrag zur Umerziehung der Deutschen liefern. In ihnen sollte „Demokratie im Modell“ gelernt und praktiziert werden.

1951 schlossen sich zwölf Nachbarschaftsheim in Westberlin und Westdeutschland zum Verband Deutscher Nachbarschaftsheim zusammen.

Ingeborg Blauert: Erinnerungen an die Zeit der Verbandsgründung (Verband Deutscher Nachbarschaftsheim e.V. - 1951 -) - Die ersten Nachkriegsjahre -

Zwischen 1947 und 1950 wurden in den 5 deutschen Städten Braunschweig, Frankfurt/Main, Darmstadt, Köln/Rh. und Wuppertal 5 Nachbarschaftsheim gegründet. In Berlin waren es die Bezirke Charlottenburg, Kreuzberg, Neukölln, Schöneberg, Steglitz und Zehlendorf, in denen Häuser oder Wohntagen für eine entsprechende Arbeit bereitgestellt wurden. Insgesamt waren es zu diesem Zeitpunkt 12 Heim, die sich den Ideen und Aufgaben der Nachbarschaftsheim verschrieben hatten. Initiatoren waren zunächst ausländische religiöse Verbände, die englischen und amerikanischen Quäker, die Unitarier, die Mennoniten und der amerikanische Verband Christlicher Junger Frauen (YWCA). Diesen Beispielen folgend ergriffen dann auch bald deutsche Gruppen aus dem Bereich sozialer Arbeit die Initiative zur Gründung kleiner Einrichtungen.

Die deutsche Bevölkerung war in diesen Nachkriegsjahren total in Anspruch genommen von den Anforderungen des Aufbaus: Trümmerbeseitigung in den zerstörten Städten, Kampf gegen den Hunger, Wiederbeschaffung von Wohnung, Mobiliar, Kleidung, Arbeitsplätzen, Familienzusammenführung u.a.m.

Als Wiederaufbau war auch die Bereitschaft der ausländischen Organisationen zur Gründung von Nachbarschaftsheim zu verstehen, aber in einer völlig anderen Dimension als das ausschließliche Streben nach materieller Sanierung des überwiegenden Teiles der deutschen Bevölkerung. Die aus dem Angelsächsischen stammende Settlementbewegung, an deren Tradition und Gedankengut die Nachkriegs-Nachbarschaftsheim anknüpften, hatte sich, zugleich mit der ersten materiellen Hilfeleistung, dem Aufbau und der Pflege einer neuen, durch das Mißtrauen der totalitären nationalsozialistischen Ideologie weitgehend zerstörten Mitmenschlichkeit verschrieben. In einem der ersten Informationsblätter über die Arbeit der Nachbarschaftsheim heißt es:

- Ein Nachbarschaftsheim dient dem Mitmenschen ohne Ansehen seiner politischen, nationalen oder konfessionellen Bindungen, seiner Abstammung, sozialen Herkunft oder Bildung. Im Nachbarschaftsheim arbeiten Menschen der Nachbarschaft mit Fachkräften zusammen, um nachbarliche Verbindungen zu schaffen, so daß die Bereitschaft, einander zu helfen, geweckt wird. Jeder Mensch soll im Nachbarschaftsheim Aufgeschlossenheit und Freundschaft finden und weitergeben.

Hinzu kam der demokratische Ansatz in der Programmgestaltung. Jeder Heimbewohner und jede Heimbewohnerin sollte in weitgehender Mitverantwortung zum Gelingen des Ganzen beitragen. Insbesondere die jüngeren Besucher/innen und Mitarbeiter/innen, hauptamtliche wie ehrenamtliche, griffen diese Ideen mit Begeisterung auf und nahmen jede Gelegenheit wahr, sich mit dem neuen Gedankengut vertraut zu machen, die Anregungen der ausländischen Mitarbeiter/innen aufzugreifen, sie auszuprobieren, um neue Methoden des sozialen Handelns zu lernen und zu praktizieren. Hier lagen neue sinnvolle Perspektiven nach der Zeit tiefer seelischer Verunsicherung und Leere als Folge des Zusammenbruchs der N.S.-Ideologie. Es war eine Zeit großer Aufgeschlossenheit und Lebendigkeit, eine Zeit intensiver Kontakte, eines spontanen Erfahrungsaustausches zwischen den Heimen sowie zu den ausländischen Institutionen vergleichbarer Zielsetzung und ihrer Mitarbeiter/innen.

Dabei war jedes Nachbarschaftsheim ein selbständiger, im Laufe der Zeit auch in das Vereinsregister eingetragener Verein, der mit seinem Programm auf die jeweilige Struktur und die besonderen Notstände seiner Nachbarschaft antwortete.

Für die ausländischen religiösen Sponsorengruppen war es von Anfang an klar, daß sie nur Starthilfe unter dem Motto "Hilfe zur Selbsthilfe" geben wollten und konnten. Sie wußten und sagten es rechtzeitig und deutlich, daß der Tag käme, an dem die zur Verfügung gestellten Gelder an anderer Stelle eingesetzt würden. Die Quäker-Nachbarschaftsheimen erfuhren es bereits auf einer Konferenz Ende 1950, daß AFSC (American Friends Service Committee) die Zuschüsse ab 1951 stufenweise abbauen werde. Es mußte also von den Verantwortlichen der Heime, den Vorständen mit ihren Arbeitsausschüssen gehandelt werden; denn daß die Arbeit in den Heimen weitergehen sollte, darüber waren sich inzwischen alle einig. Aber dazu mußte der Gedanke der Nachbarschaftsheimen in der Öffentlichkeit bekanntgemacht und die ausländischen Sponsoren von deutschen Geldgebern abgelöst werden.

Einzelne Heime allein konnten das nicht leisten. Sie mußten diese Aufgabe zwar auch für ihre unmittelbare Nachbarschaft, ihren Bezirk, übernehmen, aber die großen bezirksübergreifenden Institutionen, Vereine, Verbände, Betriebe und Industrien konnten nur in einer konzentrierten Unternehmung angesprochen und gemeinsam gewonnen werden. Der Vorschlag, einen gemeinsamen eingetragenen Verband aller deutschen Nachbarschaftsheimen zu gründen, wurde diskutiert.

Bei manchem, insbesondere den jünge-

ren Mitarbeiter/innen, tauchte zu diesem Zeitpunkt die Frage auf, ob der beste Weg zum gemeinsamen Handeln tatsächlich die Einbindung in die juristisch fixierte Form eines Verbandes sei. Sie fürchteten den Verlust der bisherigen Spontaneität und Unmittelbarkeit der Zusammenarbeit zwischen den Heimen. Aber die Notwendigkeit einer qualifizierten Öffentlichkeitsarbeit stand im Vordergrund.

Aus der persönlichen Erinnerung heraus möchte ich feststellen, daß mit diesem Schritt das erste Kapitel der Geschichte in der Entwicklung der deutschen Nachbarschaftsheimen abgeschlossen war und damit auch der emotionale Höhenflug, der sich am besten in H.Hesses Verszeile ausdrücken läßt: "Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, der uns beschützt und der uns hilft zu leben". (Aus den "Stufen", das Glasperlenspiel, 1965).

- Gründung des Verbandes (VDN) und erste Aktivitäten -

Nach zahlreichen Sitzungen und Gesprächen war es dann soweit: Im September 1951 wurde der Verband Deutscher Nachbarschaftsheimen e.V. (VDN) mit Sitz in Darmstadt gegründet. Als sog. "fundraiser", wie es damals hieß, war dort Isi Stehr als Mitarbeiterin im AFSC tätig, während die Aufgaben in der Landesgruppe Berlin von Irma Müller-Edom übernommen wurden. Nun konnte der durch Mitgliederversammlung, Vorstand, Beirat, Kuratorium und Geschäftsführerin, durch Satzung und Geschäftsordnung - die allerdings erst allmählich entstand - strukturierte Verband seine Arbeit nach außen beginnen.

Als erste gemeinsame Aktion aller Nachbarschaftsheimen wurde eine Ausstellung zusammengestellt. "Irgendwie wollte man doch auch mit den Augen sehen und mit den Händen anfassen, worüber man so lange gesprochen hatte" (Isi Stehr). Auf 25 Hartfaserplatten wurden alle Arbeitszweige der Nachbarschaftsheimen anschaulich dargestellt, es wurden Statistiken gefertigt, Gemaltes, Gebasteltes, Genähtes zusammengetragen und ein Werbeblatt für die Presse und die Besucher/innen gedruckt. Die Ausstellung, die vom September 1951 bis Oktober 1952 in drei Berliner und fünf westdeutschen Heimen gezeigt wurde, erfuhr an den jeweiligen Orten wichtige Ergänzungen durch Vorträge und Veranstaltungen aller Art. Das Interesse der Besucher/innen, das Informationsbedürfnis und das Echo waren groß; dennoch war das Fazit aus der Feder einer Heimleiterin: "Rückschauend kann man wohl sagen, daß die Woche positiv war, aber doch nur ein winziger Anfang, um das, was den Inhalt unserer Arbeit ausmacht, einem größeren Kreis näherzubringen" (I. Blauert).

Damit war auch ausgedrückt, daß die Heime sich auf ihren Lorbeeren nicht ausruhen wollten und konnten. Im Gegenteil, die Öffentlichkeitsarbeit mußte parallel zur Verbandsarbeit in der jeweiligen Nachbarschaft der Nachbarschaftsheimen beginnen. Dabei waren Arbeitsausschußmitglieder und Mitarbeiter/innen, die fast alle nicht in unmittelbarer Nähe der Heime wohnten, auf die Nachbarschaft, die Heimbewohner/innen angewiesen. Mitarbeit aber war nur zu erwarten, wenn die bis dahin viel zitierte Mitverantwortung realisiert würde; das bedeutete praktisch Aufdecken der Pläne im Blick auf die Finanzen, die Programmgestaltung, die eventuelle Erweiterung der Arbeit usw. Das bedeutete auch Mut zur Teilung des Risikos, ein mühsamer Prozeß, in dessen Verlauf die Verantwortlichen des Hauses, Arbeitsausschuß, Vorstand, hauptamtliche Mitarbeiter/innen ihre Zurückhaltung aufgeben mußten; es bedeutete aber auch, daß Heimbewohner/innen ihre Forderungen, zu schnelle und noch nicht ausgereifte Schritte zu vollziehen, zurückstecken mußten. Die Unterstützung und Beratung der Heime in Finanzfragen und Öffentlichkeitsarbeit seitens der Verbandsgeschäftsführerin war also eine notwendige Aufgabe.

Im Nachbarschaftsheim Neukölln begann die Öffentlichkeitsarbeit im Frühsommer 1952 mit der Einberufung einer Versammlung aller erwachsener Heimbewohner/innen, einschließlich der Eltern der Nachbarschaftsheim-Kinder, um mit ihnen die Lage des N.heimes zu besprechen und Anregungen zu erhalten. Über den Jugendrat wurden auch die Jugendlichen angesprochen. Hier ging es um die Frage der Beiträge von Heimbewohner/innen. Von der Heimleiterin wurde der Arbeitsausschuß über die Ergebnisse informiert. Zur Vollversammlung im Herbst erschienen 200 Besucher/innen (bei einer durchschnittlichen wöchentlichen Besucherzahl, incl. Kindern und Jugendlichen, von 700). 4 Heimbewohner/innen wurden für den geplanten Werbe-Ausschuß gewählt, der sofort mit seiner Arbeit begann und unter Beteiligung der Heimleiterin und der begleitenden Geschäftsführerin eine außerordentliche Arbeitsintensität an den Tag legte. Im Verlauf nur weniger Sitzungen wurde ein vorbereitetes Werbeblatt unter der Überschrift "Wir werben Förderer" durchgearbeitet, mit der Vorbereitung eines großen bezirklichen Festes außerhalb der Räume des Nachbarschaftsheimes begonnen und ein Preisausschreiben zur Schaffung eines Vereinssymbols ausgeschrieben und durchgeführt.

Der Arbeitsausschuß hatte sich bei der Auswahl des Symbols das Recht der Jury vorbehalten, um zu verhindern, daß ein etwa geschmackloser Entwurf das Heim in der Öffentlichkeit repräsentativ darstellen würde. Der Werbe-Ausschuß hingegen ver-

trat die Ansicht, daß das Symbol gewählt werden sollte, das der Mehrheit der Heimbesucher gefällt. Außerdem konnte der Arbeitsausschuß nicht so schnell auf alle vom Werbe-Ausschuß eingebrachten Werbevorschläge reagieren. Der Konflikt war da und führte zu erheblichen Spannungen im Heim. Hier nun bewährte sich das Grundkonzept der Arbeit der Nachbarschaftsheimen, Toleranz und Achtung im Miteinander zu praktizieren. Nach einer Auswertung des Prozesses wurde jede Konfliktsituation zwischen den Gremien sorgfältig besprochen, bis die Ergebnisse von allen Seiten angenommen werden konnten. Der Verbandsgeschäftsführerin fiel dabei eine wichtige Rolle zu. Sie konnte aus einem größeren Abstand heraus Stellung beziehen, als es der in das gesamte Konfliktfeld verwickelten Heimleiterin möglich war.

Zwei Erkenntnisse wurden zum Schluß deutlich: Entgegen aller damaligen Skepsis und aller Bedenken war es möglich, die ständigen Besucher/innen eines Nachbarschaftsheimes zur verantwortlichen Mitarbeit zu gewinnen; sie arbeiteten für "ihr Heim". Der Arbeitsausschuß kam zu dem Ergebnis: Wenn wir einerseits von "uns" sprechen, andererseits von den "Heimbesuchern", so drückt dies eine Trennung aus zwischen Gebenden und Nehmenden, die in der Regel einen Qualitätsunterschied bedeutet. Der Arbeitsausschuß ist zwar in erster Linie Legislative; er muß aber das Risiko auf sich nehmen und die entstehende Verantwortungsfreudigkeit der Heimbesucher/innen durch echte Übertragung von Aufgaben fördern und die dabei auftretenden Wachstumsschwierigkeiten und Gefährdungen akzeptieren. Nur so können sich die Nachbarn/innen dem Heim wirklich verbunden fühlen. "Andernfalls wird das Nachbarschaftsheim zu einer Wohlfahrtsinstitution wie jede andere, nicht schlechter, aber auch nicht besser" (I. Müller-Edom).

Es war von Anfang an deutlich, daß die Aufgabe des Verbandes nicht nur in der Geldwerbung bestand, sondern mit gleichem Gewicht in der Qualifizierung und Förderung der inhaltlichen Arbeit. Zur Entwicklung bestehender Heime gehörte die Durchführung und Begleitung von Kursen und Tagungen für Teilnehmer/innen aus den verschiedenen Bereichen der Nachbarschaftsheimarbeit. Die Themen wurden gemeinsam mit einem Kreis dafür verantwortlicher hauptamtlicher Mitarbeiter/innen ausgewählt und antworteten auf die jeweils aktuellen Fragen der Arbeit. Die Themen der frühen 50er Jahre konzentrierten sich im wesentlichen auf die breite Palette von Aspekten in der Arbeit mit Gruppen und wurden unterstützt und begleitet von Haus Schwalbach (Taunus), der Fortbildungsstätte für Gruppenpädagogik. Mit der Konsolidierung der Arbeit gewannen die Themen an

gesellschaftlichem Bezug. Hier einige wenige Beispiele aus den mittleren 50iger Jahren.

- Kranichstein, 1952, u.a.: Die Beziehungen der Nachbarn (im weitesten Sinne) zum Nachbarschaftsheim, wie sie sich im Verein, Werbekreis und anderen Interessierten spiegeln;
- Köln, 1953: Die Gefahren sozialer Spaltung in der Nachbarschaft
- Haus Schwalbach, 1953: Die Rolle der Nachbarschaftsheimen in der Sozialarbeit, Struktur- und Fortbildungsfragen
- Frankfurt/Main, 1958: Mitdenken - Mitsprechen - Mittun
- Hamburg, 1958: Die Familie in der modernen industriellen Gesellschaft und das Nachbarschaftsheim.

Die Gründung neuer N.Heime zählte zu den weiteren Aufgaben des Verbandes. Der Initiative des Vorstandes und der Geschäftsführerin war es zu verdanken, daß das von den Mennoniten Anfang der 50iger Jahre aufgegebenes Heim in der Urbanstraße im Bezirk Kreuzberg seine Türen Ende 1954 für die Nachbarn/innen wieder öffnen konnte. Zu dem herkömmlichen generationsübergreifenden Programm wurde dort in enger Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt außerdem ein sozialer Mittagstisch für die älteren Bewohner/innen des Bezirks eingerichtet.

Dieses Haus mit seinen repräsentativen Räumen bot 1956 die Möglichkeit, die 7. Konferenz der Internationalen Vereinigung der Settlements und Nachbarschaftshäuser aufzunehmen. Dies geschah ebenfalls unter der Federführung des Verbandes, dessen Auftrag es war, die gemeinsamen Interessen der deutschen Nachbarschaftsheimen gegenüber Stellen des In- und Auslandes zu vertreten.

Schon der Vorgängerverband des VDN, die "Deutsche Vereinigung der Nachbarschaftssiedlungen" war seit 1929 Mitglied in der Internationalen Settlementbewegung (International Federation of Settlements). Da die deutsche Vereinigung in der Zeit des Nationalsozialismus aufgelöst wurde, erlosch auch die Mitgliedschaft im internationalen Verband. Für alle deutschen Teilnehmer/innen war es ein beeindruckendes Erlebnis, daß wir bereits 1952 auf der 6. Internationalen Konferenz in Amsterdam unter dem Thema "The Building of Human Relationships in our Times" wieder in die internationale Gemeinschaft aufgenommen und sogar unsere Einladung nach Berlin für die folgende 7. Konferenz angenommen wurde.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt waren wohl alle Mitarbeiter/innen überzeugt, daß ohne die Tätigkeit des VDN eine solche Entwicklung nicht möglich gewesen wäre.

Das waren einige Schlaglichter aus der Zeit der Gründung und der frühen Arbeit des VDN, der heute unter dem Namen "Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V." tätig ist. Sie wurden aufgezeichnet aus der Feder einer Mitbegründerin.

Die wichtigste Leistung dieses Verbandes liegt für mich darin, daß der Zusammenschluß ein stützendes Kontinuum bildete, für die inzwischen sturmerprobten einzelnen Mitgliedseinrichtungen, die Nachbarschaftsheimen und die Sozialkulturellen Zentren, und dies hoffentlich noch lange sein wird.

Seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre trieb der Verband selbst und ein Teil seiner Einrichtungen die Diskussion und praktische Arbeit der Gemeinwesenarbeit weiter voran und beeinflusste damit die gesamte GWA-Entwicklung in der Bundesrepublik. Der Verband selbst initiierte und trug Projekte im Märkischen Viertel und in Tegel-Süd in Berlin. Von den Einrichtungen war es besonders Frankfurt-Bockenheim, das durch ein Projekt der GWA und Stadtplanung bekannt wurde. Das Nachbarschaftsheim Charlottenburg verlegte seine Arbeit in das Neubaugebiet Heerstraße-Nord in Spandau und nannte sich konsequent um in "Gemeinwesenverein Heerstr.-Nord".

Die Diskussion um die Gemeinwesenarbeit wie die von der Studentenbewegung angestoßene Infragestellung überkommener Strukturen führten zu Konflikten innerhalb der Einrichtungen (meist zwischen Trägervertretern und Mitarbeitern) und zu einer Polarisierung, aber auch Polarisierung im Verband selbst.

Sigurd Agricola: Der Beitrag der Nachbarschaftsheimen zur Professionalität sozialkultureller Arbeit

Die Sechziger Jahre

Meine Zeit bei den Nachbarschaftsheimen von der Mitte bis zum Ende der 60er Jahre war die Zeit des ersten Professionalisierungsschubs in der Sozialarbeit. Sie war aber auch die Zeit des Übergangs vom Existenzsicherungsdenken in der Gesellschaft zur Suche von Wohlbefinden. Die Lösung von den früheren gesellschaftlichen Prioritäten wurde deutlich in der Studentenbewegung, die damals als Revolution empfunden wurde, es aber - wie wir heute wissen - nicht war.

Als ich Geschäftsführer beim Verband Deutscher Nachbarschaftsheimen wurde, hatte Gisela Oestreich gerade ihre Dissertation

"Nachbarschaftsheime gestern, heute - und morgen?" geschrieben. Solche Arbeiten entstehen in der Regel als Rückblick und an Um-Bruchstellen der Entwicklung. Die Nachbarschaftsheime waren damals be- und geachtete Modelle für Sozialarbeit und sozialpädagogische Arbeit und deren Entwicklung. Die Nachbarschaftsheime hatten nicht nur eine fast zwanzigjährige Nachkriegsgeschichte hinter sich.

Die Settlements, Volkshäuser und die "Sozialen Arbeitsgemeinschaften", Vorgänger der Nachbarschaftsheimarbeit in Deutschland, hatten vor und nach dem Ersten Weltkrieg eine noch größere Bedeutung für soziokulturelle Arbeit und waren zahlreicher. Leider konnte ihre Tradition nach dem Nationalsozialismus nur in wenigen Fällen wieder aufgenommen werden. Die Zahl der direkten Nachfolgeeinrichtungen blieb klein. Die vielen ähnlichen Einrichtungen grenzten sich eher ab und waren nicht zu einem Zusammenschluß zu bewegen. Wenn überhaupt, gründeten sie später eigene Dachorganisationen.

Soziokulturelle Arbeit

Mein Vermächtnis in der Umsetzung des neuen Denkens an den Verband Deutscher Nachbarschaftsheime war der neue Name "Verband für soziokulturelle Arbeit".

Der Begriff "Soziokulturelle Arbeit" wurde damals von den Niederländern übernommen, von denen wir viel gelernt haben.

"Soziokulturell" wurde von uns damals verstanden als Verknüpfung der Förderung von Zusammenleben und der Lösung sozialer Problemstellungen in und durch Gestaltung von Alltagskultur. Soziokulturelle Arbeit hatte die "Kultur von und mit allen" zum Ziel. Sie war daher von der Gruppenpädagogik ausgehend mit der damals eingeführten Gemeinwesenarbeit oder - wie die Niederländer sagten - der Gesellschaftlichen Aufbauarbeit verbunden. Der Begriff Sozio-Kultur wurde erst anderthalb Jahrzehnte später von meist professionellen Kulturmachern eingeführt, die "Kultur für alle" machen wollten.

Soziokulturelle Arbeit war im Unterschied dazu eine Absage an "Missionierungstätigkeit", die auch in der Settlement- und Nachbarschaftsheimarbeit ihren Platz hatte, die aber mit zunehmender Bildung und Demokratisierung ihre Rechtfertigung verlor.

Heim oder Funktion

Methodisch beinhaltet der neue Begriff die Lösung von der Hauszentriertheit. Es sollte vielmehr die Nachbarschaft im Sinne einer geographischen Einheit mit ihren Menschen, Gegebenheiten und Problemen im Mittelpunkt stehen. Daraus sollten sich die Aufgaben der Einrichtung ergeben. Es

war klar, daß zur Bewältigung der so festgestellten Aufgaben auch andere Infrastrukturen, z.B.: ein Robinson- oder Abenteuerspielplatz, ein Beratungsladen, andere Räume und Plätze notwendig sein könnten. Am Beispiel des Nachbarschaftsheim Schöneberg wurde das von mir zunächst theoretisch, im Projekt Tegel-Süd von Christine Raiser praktisch durchgespielt. Das NH Schöneberg hat diese Lösung später - nach meiner Zeit - konsequent übernommen.

Übrigens arbeiteten bereits die "Sozialen Arbeitsgemeinschaften", in ähnlicher Form. Die Volkshäuser in Hamburg stellten sich voll auf die Bedürfnisse der sie umwohnenden Bevölkerung ein. Die Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin Ost des Berliner Pfarrers Friedrich Siegmund-Schultze (er war übrigens mit seiner sozialistischen Einstellung Hofprediger bei Wilhelm II.) betrieb sogar eine Kneipe in einem Arbeiterviertel

Das Problem der Hauszentriertheit ist bis heute überall zu finden. Noch immer diskutieren beispielsweise Mitarbeiter der Offenen Jugendarbeit, ob sie im Haus der Offenen Tür auf ihre Klienten oder Kunden warten sollen, ob sie entsprechendes Marketing machen, um diese einzufangen, oder ob sie hinausgehen und auf die Menschen zugehen sollen, um zu erfahren, ob diese und was diese benötigen oder wollen.

Heute weiß ich, daß hinter die Bindung an das Heim, an einen Ort oder eine Architektur der Wunsch nach Schutz, aber auch nach Identifikation steckt. Ich habe aber auch immer wieder bestätigt erhalten, daß die Arroganz des "Höherstehenden", "Wissenden" zu einer "Spinne-im-Netz-Haltung" führen kann, die da natürlich unausgesprochen lautet: "Wenn die was von uns wollen, sollen sie doch kommen!"

Zu lernen ist daraus: Menschen brauchen Identifikationsmöglichkeiten in Form von Gruppen, Orten, Gestaltung und Gegenständen. Professionelle dürfen sich jedoch von diesem Bedürfnis nicht überwältigen lassen, sondern es in einen Gesamtzusammenhang alltagskultureller Bedingungen und Notwendigkeiten stellen.

Ganzheitlicher Ansatz

Ein wichtiges Kennzeichen der Nachbarschaftsheimarbeit war schon aus der Tradition der Settlements ihr ganzheitlicher Ansatz in der Aufgabenstellung wie in den Angeboten und Methoden.

Die Einrichtungen wollten generationenübergreifend und ohne Ansehen von Rasse und Weltanschauung arbeiten. Ihre Arbeit sollte ausgehen von der Gesamtheit einer Nachbarschaft. Die Nachbarschaftsheime sollten Mehrzweck- und mehrfach nutzbare Einrichtungen sein.

Nachbarschaftsheime waren immer auch Sammelpunkt für andere Agenturen,

die im selben Quartier arbeiten. Sie gaben Raum für Aktivitäten anderer Träger. Sie haben mitgearbeitet im größeren kommunalen Zusammenhang.

Natürlich führte die Begrenztheit von Mittel zur Prioritätenbildung und Arbeitsteiligkeit. Die in der öffentlichen Verwaltung bis heute nicht vorhandene Vernetzung von sozialen und kulturellen Vorsorgemaßnahmen erzwang und erzwingt "Ressortghor-sam" und die Einführung bestimmter vorgegebener Arbeitsformen.

Trotzdem ist dieser Ansatz bis heute beispielgebend. Die später vorgenommene Einrichtung von Bürgerhäusern, Sozio-kulturellen Zentren, Freizeithäusern, Kulturläden u.a.m. ging zwar leider am Verband für soziokulturelle Arbeit vorbei, bestätigt aber wie richtungsweisend die Ziele der Nachbarschaftsheimarbeit waren.

Diese Widersprüchlichkeiten waren damals durchaus bewußt und wurden heftig diskutiert. Besonders deutlich und auch schmerzhaft waren die Mißerfolge in den Neubaugebieten Berlins, in denen die damals schon reflektierten Überlegungen zu Mehrzweck- und Mehrfachnutzungseinrichtungen abgewiesen wurden. Die damals als besserwisserisch abgelehnten Vorschläge wurden nach 20 Jahren als "Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen" ausgeführt.

Es erstaunt nicht, daß derzeit wieder die gleichen Diskussionen geführt werden wie in den 60er Jahren. Denn der Umweltschutz und die Freizeitentwicklung können ohne den damals schon praktizierten ganzheitlichen Ansatz nicht bewältigt werden.

Soeben wurde der Maßnahmenkatalog einer "Integrierten Freizeitentwicklungsplanung" für die Stadt Neuburg a.d. Donau vorgestellt. Diese Planung, ein Modellprojekt der Stadt Neuburg, des Bayerischen Umweltministeriums und der Deutschen Gesellschaft für Freizeit, hatte die Beteiligung der Bevölkerung und ihrer Gruppierungen als wichtiges methodisches Instrument gewählt. Neben einer Umfrage wurde in einem dreitägigen Forum das Ergebnis des untersuchenden Instituts diskutiert und modifiziert. Die Nachbarschaftsheimarbeit der 60er Jahre war an diesem Modell nicht unbeteiligt, wie später deutlich wird.

Selbstbestimmung - Selbstorganisation

Die Nachbarschaftsheim-Vereine waren immer stolz darauf, daß sie aus Privatinitiative entstanden sind. Daß auch Vereine autoritäres Verhalten aufweisen können, daß Ehrenamtliche und Professionelle in Spannungsverhältnissen befangen sein können, daß Begeisterung und Engagement nicht Rationalität, Rationalität nicht Engagement ersetzen kann, ändert nichts am Wert der Privatinitiative.

Damals - in den 60er Jahren - gab es eine mindestens so intensive Diskussion zur Frage ehrenamtlicher Mitarbeit in der Sozialarbeit und in sozialkulturellen Einrichtungen wie heute.

Die inzwischen eingetretene Pluralität von Wünschen und Angeboten, die Beliebigkeit in der Annahme von Angeboten läßt gesellschaftliche Einheitslösungen immer weniger zu.

Der Leitsatz "Je mehr Wahlfreiheit, desto mehr Selbstbestimmung" bestimmt die inhaltliche und methodische Arbeit besonders im sozialkulturellen Bereich, im Freizeitbereich.

Die Nachbarschaftsheimen hatten sich immer auch die Befähigung ihrer Besucher zur Selbstbestimmung als Aufgabe gestellt. Heute unterstützen sie Selbsthilfegruppen, die erst in den 70er und 80er Jahren gegründet wurden und die sich oft auch gegen eine zu starke Professionalisierung gesellschaftlicher Bereiche richten.

Das Zusammenführen von Menschen zu gegenseitiger Unterstützung und zur Geselligkeit wird angesichts der steigenden Zahlen alleinstehender bzw. -lebender Menschen zu einer immer dringlicheren Aufgabe.

Aus den Erfahrungen in der Nachbarschaftsheimarbeit habe ich allerdings auch gelernt, daß es in der sozialkulturellen Arbeit weniger darum geht, Menschen "pädagogisch zu behandeln", als Rahmenbedingungen für deren Handeln zu schaffen.

Gemeinwesenarbeit - Gesellschaftliche Aufbauarbeit

Nach dem Krieg hatten sich die Nachbarschaftsheimen im Zuge der Reeducation und der Demokratisierung mit den Befürwortern der Gruppenpädagogik verbunden. Magda Kelber, Nestorin der Gruppenpädagogik (Haus Schwalbach) war eine Zeit lang Vorsitzende des Verbandes Deutscher Nachbarschaftsheimen; Lutz Rössner entwickelte seine noch heute beachtenswerten Ansätze der Gruppenarbeit in der Praxis des Nachbarschaftsheim Darmstadt.

Es zeigte sich in den 60er Jahren jedoch, daß diese Methode für die Auseinandersetzung mit der politischen Umwelt, mit Planungsergebnissen in der Form der brutalen Neubauviertel in den Großstädten, aber auch für die Bildung neuer Träger und Gruppierungen nicht ausreichte. Denn sie war mehr "nach innen gekehrt", auf die Beziehungen Einzelner untereinander ausgerichtet.

"Gemeinwesenarbeit" war die als Community Organisation/Community Development nach Deutschland (zurück-) kommende Methode der Sozialarbeit, die hierfür als ge-

eigneter erschien.

Nachbarschaftsheimen und Settlements in den USA und in verschiedenen west- und nordeuropäischen Ländern übernahmen in den 50er und 60er Jahren diese Methode, vor allem wenn sie in sozialen Brennpunkten und in Neubauvierteln lagen.

Die internationalen Kontakte, vor allem die enge, sehr praktische Zusammenarbeit mit dem Niederländischen Schwesterverband, erleichterten die Einführung der Gemeinwesenarbeit in die Nachbarschaftsheimarbeit. Dazu wurden von der Landesgruppe Berlin Modellprojekte in Tegel-Süd und im Märkischen Viertel aufgebaut. Die Erfahrungen waren keineswegs nur positiv.

Gemeinwesenarbeit, Bürgerbeteiligung, Mitwirkungsmodelle und ähnliche Ansätze haben nämlich in Deutschland bis heute Schwierigkeiten. Diese sind nicht in dem Unwillen begründet, mehr Selbstbestimmung für die Menschen zu ermöglichen - was allerdings auch zu beobachten ist -, sondern in der geschichtlichen Entwicklung gesellschaftlicher Vorsorge in Deutschland.

Die deutsche Gemeindeordnung beruht auf der Selbstverwaltung und dem Grundsatz der Subsidiarität. Dieser Grundsatz stützt und schützt aber auch Vereine und Non-Profit-Organisationen. Er läßt aber auch leicht vergessen, daß Selbstorganisation und gemeinnütziges Handeln Unterstützung durch die staatlichen Organe brauchen. Insbesondere muß diese Förderung für den Aufbau und die Aufbauphase von bisher noch nicht vorhandenen Selbsthilfeeinrichtungen eintreten.

Die Anforderungen in den neuen Bundesländern für eine gesellschaftliche Aufbauarbeit, für Selbstbestimmung und Selbstorganisation, für die Neuschaffung einer sozialkulturellen Infrastruktur werfen dieselben Methodik-Fragen auf wie seinerzeit. Die Ursachen sind andere: Das Kollektivsystem machte die Selbstorganisation praktisch unnötig und vielfach unmöglich.

Die Antworten liegen seit langem vor, aber sie sind schon wieder vergessen. Eine davon ist die Nachbarschaftsheimarbeit, ist die sozialkulturelle Arbeit.

Es ist unbedingt notwendig, für die neuen Bundesländer eine Aktion aller Wissenden zur gesellschaftlichen Aufbauarbeit ins Leben zu rufen.

Sozialkulturelle Arbeit und Planung

Als der Verband Deutscher Nachbarschaftsheimen 1966 eine Tagung "Methoden der Jugendarbeit" mit dem Geschäftsführer der Amsterdamer Nachbarschaftsheimen, H.J. Barentsz vorbereitete, fragte dieser, ob denn methodische Arbeit als solche bekannt sei.

Wie die Tagung zeigte, war diese Frage nicht unbedingt positiv zu beantworten.

Doch diese Feststellung gilt auch heute noch, besser: sie gilt immer wieder.

Die Zusammenarbeit mit Herrn Barentsz machte mich mit einem sehr einfachen methodischen Modell bekannt, das ich im Laufe der vielen nachfolgenden Jahre zu einem komplexen Planungsmodell weiterentwickelt habe und das ich auch in der Praxis testen konnte: Was ist vorhanden? - Was soll erreicht werden? - Wie kann das erreicht werden? - Was konnte erreicht werden?

Organisationsformen von Einrichtungen haben, wie mich die Arbeit der Nachbarschaftsheimen lehrte, eine recht große Bedeutung.

Beteiligung der Bevölkerung an der Planung und Verwaltung sozialkultureller Arbeit ist nur dann nachhaltig, wenn sie organisatorisch abgesichert ist.

Allerdings sind die menschlichen Anforderungen an den berufsmäßig Arbeitenden sehr hoch. Seine Befriedigung erhält er nicht dadurch, daß er eine Leistung gebracht hat, sondern dadurch daß er einem anderen Menschen zu dieser Leistung verholfen hat. Nicht er wird geehrt, sondern der von ihm Geförderte. Diese Spannung halten viele Kollegen - verständlicherweise - nicht aus.

Erinnern...

Der Rückblick aus der Entfernung der - über fünfundzwanzig - Jahre verleitet zur Nostalgie, möglicherweise auch zur Vergoldung des Vergangenen.

Er kann aber auch zur Feststellung führen, daß Erfahrungen im sozialkulturellen Bereich nicht leicht von anderen übernommen werden und daß Erkenntnisse und Problemlösungen, wenn sie zu früh gewonnen und nicht ständig wiederholt und eingehämmert wurden, nach Jahren unter anderem Namen neu erfunden werden.

Meine spätere Arbeit in sozialkulturellen Arbeitsfeldern als Leiter des Freizeitamtes Erlangen, als Mitarbeiter des Kommunalverbandes Ruhrgebiet, Essen, und als Geschäftsführer des Revierparks Vonderort, Oberhausen, sowie als Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft für Freizeit, in deren Zusammenhang ich das Neuburger Modell initiierte, war ohne die Anstöße zur Planung der Nachbarschaftsheimarbeit nicht denkbar.

Doch die Berichte über meine älteren Projekte und meine theoretischen Arbeiten sind abgelegt, in Bibliotheken versteckt und werden, auch wenn sie noch so aktuell sein mögen, nicht mehr gelesen. Was heute älter als fünf - oder sind es drei, zwei Jahre? - ist, wird als ungelüft betrachtet.

Ideologien, von denen auch - oder gerade? - die Profis abhängig sind, hemmen ebenso die Überlieferung wie die Eifersucht auf die Früheren, die es auch schon gewußt haben.

Vielleicht gilt das für die Arbeit im zwischenmenschlichen Bereich überhaupt. Die Geschichte der Settlements und der Nachbarschaftsheimen beweist das. Können wir uns eine solche Vergeudung leisten?

In kontroversen Diskussionen und Fraktionierungen schälte sich eine Änderung des Selbstverständnisses des Verbandes heraus, die sich in Satzung und Geschäftsordnung niederschlug und auch zur Änderung des Verbandsnamens führte. Seit 1972 heißt der Verband: "VERBAND FÜR SOZIALKULTURELLE ARBEIT e.V."

Seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre, unter dem Einfluß anhaltender krisenhafter Entwicklungen, gibt es weitere Veränderungen im Verband, u.a.:

Arbeitsfelder haben sich verändert. Probleme der Jugendarbeitslosigkeit und der ausländischen Mitbürger treten mehr in den Vordergrund. Für Zielgruppen wie Frauen und Senioren werden modellhafte Angebote gemacht.

Die Ausdehnung der Bürgerinitiativ- und Selbsthilfebewegung gewinnt auch an Bedeutung für den Verband. Aus ihr heraus entstehen neue Einrichtungen, wie das Bürgerzentrum in Köln-Vingst, das 1976 aus einer Initiative für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum hervorging. Die Arbeit anderer Zentren (z.B. Berlin-Schöneberg und Mittelhof) wird stark geprägt durch die Initiierung und Zusammenarbeit mit Initiativgruppen über den Bereich des Sozialen hinaus. Gleichzeitig stellt sich die Frage nach der Funktion und Bedeutung eines kleinen Verbandes als Träger soziokultureller Arbeit angesichts wachsender Initiativen aus der Bevölkerung und zwingt ihn zu verstärkter Selbstreflexion.

Die Nachbarschaftsheimen wurden zu Modellen für die Arbeit kleiner freier Träger, die in einem engen Miteinander von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitern bestand. Diese Funktion haben die Nachbarschaftsheimen noch immer.

Erinnerung von Irmgard Schulz, Sekretärin in der Beratungsstelle des Nachbarschaftsheim Wuppertal ("Naba")

Aus meiner heutigen Sicht war es ein Glückstag, als ich im Juli/August 71 die Stellenanzeigen überflog und mir ein Angebot: "Erziehungsberatungsstelle im Nachbarschaftsheim sucht Sekretärin für halbe Tage" ins Auge fiel.

Das Nachbarschaftsheim lag nur ca. 5 Minuten Fußweg von unserer damaligen Wohnung entfernt, also sehr günstig für mich. Mit klopfendem Herzen griff ich zum Telefon, um mich zu erkundigen, ob ich eine

Chance bei der Besetzung dieser Stelle hätte, denn schließlich war ich 13 Jahre aus dem Beruf und zu Hause geblieben, um unsere beiden Kinder zu betreuen.

Am gleichen Tage konnte ich mich vorstellen und nach einigen Tagen kam die Nachricht, daß ich am 1. September 1971 die Arbeit in der Beratungsstelle beginnen könne.

Mein Mann hatte zwar den Einwand, "ob denn sein Verdienst für den Unterhalt der Familie nicht ausreichen würde", sah aber auch die Chance des Neuanfangs für mich und war einverstanden.

So begann ich meine Tätigkeit im Nachbarschaftsheim, und zwar mit einem Betriebsausflug, ein wunderbarer Einstieg.

In lockerer Atmosphäre konnte ich meine beiden Kolleginnen der Beratungsstelle, eine Psychologin und eine Sozialarbeiterin, aber auch die Kolleginnen aus den anderen Teilbereichen des Naba kennenlernen.

Der Einstieg in meine Tätigkeit in der Beratungsstelle wurde mir von meinen Kolleginnen sehr leicht gemacht. Vom ersten Tag an berichteten sie mir von den Gesprächen mit Klienten, den Therapien, den Tests, um mich mit der Arbeit einer psychologischen Beratungsstelle vertraut zu machen, denn schließlich hatte ich eine Ausbildung als Industriekaufmann und kaum Ahnung von Psychologie und Sozialarbeit. Auch in die Teamgespräche wurde ich von Anfang an mit einbezogen (das ist, wie ich von Fortbildungen weiß, absolut keine Selbstverständlichkeit), und so fühlte ich mich schon bald zugehörig und wurde fachkundig.

Durch Aktionen wie den Weihnachtsbasar 71 gehörte ich bald nicht nur zur Beratungsstelle, sondern auch zum Gesamt-Naba.

Im Laufe der Jahre ist das Naba, besonders jedoch die Beratungsstelle, meine zweite Familie geworden. Es wurden natürlich auch Konflikte ausgetragen; nicht immer lief alles reibungslos, aber immer noch gehe ich nach jedem Urlaub wieder mit Freude an meinen Arbeitsplatz zurück.

Am 1. September 91 waren nun 20 Jahre vergangen seitdem ich "Nabanese" wurde und die Glückwünsche und Geschenke von Vorstand und Kolleginnen haben mich sehr gefreut.

Wenn ich 1996 mein 25-Jähriges feiern werde, erreiche ich gleichzeitig mein 60. Lebensjahr und aus meiner heutigen Sicht werde ich dann als Mitarbeiterin ausscheiden, um sicherlich eine "Ehrenamtliche" zu werden, denn es ist ganz sicher, daß ich dem Naba verbunden bleiben werde (vielleicht schaffe ich den Absprung ja nicht und mache bis 65 weiter, aber das ist noch Zukunftsmusik).

Eine weitere wichtige Funktion haben die Nachbarschaftsheimen in der Geschichte der bundesrepublikanischen Sozialarbeit übernommen: aufgrund ihrer vielfältigen internationalen Kontakte trugen sie wesentlich zur Vermittlung der Methoden der Sozialarbeit bei. Hier wurden sie rezipiert, erprobt, propagiert und nicht selten gegen Widerstände durchgehalten. In der Nachkriegszeit war es die Methode der Gruppenarbeit, zwanzig Jahre später die Gemeinwesenarbeit, bei deren deutscher Rezeption die Nachbarschaftsheimen eine wichtige Rolle spielten.

Beiträge zur Bedeutung des Verbands

Wir haben einige Persönlichkeiten, die mit dem Verband und seiner Arbeit in unterschiedlicher Weise verbunden sind, um ihre Einschätzung zur Bedeutung des Verbands gebeten.

Joachim Henkel

Welche Bedeutung hat die Arbeit des Verbandes für die sozial-kulturelle Arbeit bzw. die Nachbarschaftsheim-Bewegung?

Sozial-kulturelle Zentren/Nachbarschaftsheimen bieten auch nach vierzig Jahren nach wie vor die besten Voraussetzungen, auf die vielfältigen Bedürfnisse der Bürger unterschiedlicher Altersstufen eines Wohngebietes/Stadtviertels nach

- Begegnung
- Stadteilfesten
- Informationen über das Viertel
- Teilnahme an sozial-kulturellen Programmen und
- Abruf von sozialen Dienstleistungen sowie
- eigenes Engagement für sozial-kulturelle Aktivitäten einzugehen.

Selbstverständlich haben sich über die Jahrzehnte die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie die Lebensbedingungen des Einzelnen und der Familie, Wohn- und Arbeitsbedingungen, Bildung und Freizeit. Information und Kommunikation erheblich verändert, die Bedeutung des Viertels/des Stadtteils hat sogar zugenommen.

In dem Jugendhilfeplan - Teilplan 3: Sozialkulturelle Zentren - der Stadt Köln (vom Rat beschlossen am 22.11.1977) wird unter "Punkt 2 Begründungen für eine Konzentrierung von Angeboten, 2.1 Qualitativer Funktionszuwachs" ausgeführt:

"Ein sozialkulturelles Zentrum wird zum Teil nur als eine Sammlung von verschiedenen Einrichtungen und Diensten in funktionaler Zuordnung gesehen und wird dann vor allem aus Gründen der Rationalisierung, der besseren Ausnutzung von Grundstück und Räumlichkeiten positiv beurteilt. Jedoch ist das Zentrum mehr als die Summe seiner Teile. Bei den Aktivitäten verschiedener Alters- bzw. Bevölkerungsgruppen "unter einem Dach", wenn auch vielleicht zum Teil in fast völlig voneinander getrennten Geschossen oder Trakten, sind Kontakte zwischen diesen Gruppen leichter möglich und fördern kooperatives Verhalten. Regelmäßig vorhandene latente Konflikte werden in einer derartigen Einrichtung eher sichtbar, wodurch

die Chance einer positiven Austragung dieser Konflikte möglich wird. In dieser Hinsicht bekommen Begegnungszonen bzw. Kommunikationsbereiche in einem Zentrum einen besonderen Stellenwert.

Der Bevölkerung eines Viertels fällt im allgemeinen die Identifikation mit einem Zentrum leichter als die mit einer Vielzahl von verstreuten Einrichtungen. Diese Identifikation läßt sich bei einem größeren Baukomplex auch architektonisch und städtebaulich besser unterstützen als bei kleineren monofunktionalen Einrichtungen mit Ausrichtung auf eine bestimmte Zielgruppe. Für das Erreichen dieser Identifikation mit dem Zentrum sind Mitwirkungsmöglichkeiten der Benutzer von großer Bedeutung.

Ein Ort mit einer Vielzahl von Aktivitäten bietet sich zudem für die Entwicklung neuer Funktionen und Tätigkeiten sehr viel eher an, als eine Einrichtung mit einem ganz bestimmten und festen Zweck. Beispielsweise erhöhen Querschnittsprogramme für verschiedene Alters- und Bevölkerungsgruppen die Attraktivität des Zentrums.

Neben oder über die verschiedenen Teilfunktionen der Befriedigung von Bedürfnissen nach bestimmten Dienstleistungen (Freizeitbeschäftigung, kulturelle Angebote) hinaus ergeben sich also folgende inhaltliche Hauptziele eines sozialkulturellen Zentrums:

- Informationszentrum über Angebote und Möglichkeiten
- Kommunikationsmittelpunkt für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen des Einzugsbereichs (Treffpunkt)
- Ansätze zur Integration dieser Gruppen (z.B. Ausländer und Deutsche)
- Anregung von individuellem und gemeinschaftlichem Tun in Freizeit und politischem Bereich
- Ansprache vor allem auch für nichtorganisierte Bevölkerungsgruppen
- Ort für Diskussion und Austragung von

Interessengegensätzen, Ausgangspunkt für gemeinsames Handeln bei Problemen des Einzugsbereichs

- Da das Funktionieren eines so verstandenen Zentrums vom Mitwirkungsgrad der Bürger/Besucher abhängt, sollten möglichst nur Einrichtungen bzw. Angebote aufgenommen werden, die Mitwirkung ermöglichen oder erleichtern
- Ausgangspunkt für verschiedene Formen der Gemeinwesenarbeit
- ein weiteres Ziel ist - statt einem Nebeneinander - eine Kooperation und inhaltliche Abstimmung von Angeboten und Programmen.

Bei besonderen örtlichen Gegebenheiten kann einem bestimmten sozialkulturellen Zentrum im Bezirk eine bezirksorientierte Bedeutung mit folgenden Zielen anwachsen:

- Integrative Bedeutung für einen neugeschaffenen Bezirk durch Identifikation mit dem Zentrum und darüber mit dem Stadtbezirk
- Ort der Diskussion und Austragung von Interessengegensätzen, Ausgangspunkt für gemeinsames Handeln bei Problemen des Stadtbezirks."

Diese damalige Begründung für die Schaffung von sozialkulturellen Zentren trifft nicht nur weiterhin zu, sondern hat aufgrund verschiedenartiger Entwicklungen **an Gewicht gewonnen.**

So ist seitdem:

1. die Bevölkerung der Stadt Köln noch internationaler geworden; der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung beträgt 16 %, bei den Jugendlichen im Alter von 14 - 18 ist jeder Dritte ein ausländischer Jugendlicher. Um zu verhindern, daß die verschiedenen Nationalitäten nebeneinander leben und stattdessen gegenseitige Integration ermöglicht wird, sind altersübergreifende Stadtteilzentren/Bürgerzentren ein geeignetes Angebot.

2. Der Anteil der Ein-Personen-Haushalte und die Eineltern-Familien haben zugenommen und der Wunsch nach institutionellen Freizeit, Beratungs- und Betreuungsangeboten besteht.

3. Für den einzelnen Bürger ist die Vielfalt der Freizeit-, Bildungs-, sozialen und kulturellen Angebote von Trägern der freien Jugendhilfe, VHS, Schule, öffentlichen Jugendhilfeträgern, kommerziellen Trägern, Sportvereinen, Museen, Bädern und weiteren Anbietern nicht mehr überschaubar. Sozialkulturelle Zentren/Nachbarschaftsheimen sollten

Beiträge zur Bedeutung des Verbands

auch die Funktion übernehmen, die Angebote der unterschiedlichen Träger des Stadtteils aufzuzeigen. Wünschenswert wäre ein enger Informationsaustausch und Kooperation zwischen den Trägern von sozialkulturellen Angeboten; diese Vernetzung findet jedoch dort ihre Grenzen, wo Träger aus Desinteresse oder Konkurrenzgründen nicht zusammenkommen wollen.

4. Größere sozialkulturelle Zentren/Nachbarschaftsheimen sollten möglichst vielen Trägern (plurale Breite) und Initiativen die Möglichkeit geben, in ihren Einrichtungen zu tagen, Gruppenaktivitäten durchzuführen und sich an Großveranstaltungen auch durch Selbstdarstellung zu beteiligen.

Durch das am 01.01.1991 in Kraft getretene Kinder- und Jugendhilfegesetz haben wichtige Kernbereiche der sozialkulturellen Arbeit eine **gesetzliche Grundlage**.

In § 16 KJHG sind unter (2) 1. angesprochen:

„Angebote der Familienbildung, die auf Bedürfnisse und Interessen sowie auf Erfahrungen von Familien in unterschiedlichen Lebenslagen und Erziehungssituationen eingehen, die Familie zur Mitarbeit in Erziehungseinrichtungen und in Formen der Selbst- und Nachbarschaftshilfe besser befähigen sowie junge Menschen auf Ehe, Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern vorbereiten.“

In der Begründung zum damaligen Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts - Bundesdrucksache 11/5948

vom 01.04.1989 wird zu diesem § ausgeführt:

„Die Vorschrift regelt die Verpflichtung, Leistungen der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie anzubieten.“

„Familienarbeit stellt nicht nur Hilfen für einzelne Familienmitglieder bereit, sie setzt vielmehr bei der Familie als ganzer an und berücksichtigt deren gesamten Lebenszusammenhang. Als Bildungs- und Lernprozeß ist die Familienarbeit insofern angelegt, als sie Eltern und ihre Kinder dabei unterstützt, Handlungskompetenzen zur Gestaltung des Zusammenlebens in der Familie zu erweitern und voneinander zu lernen. Familienarbeit verknüpft lebensnahes und systematisches Lernen und vollzieht sich als Einheit von intellektueller, emotionaler und sozialer Bildung. Sie nimmt Bezug auf den Familienalltag und ist in den gesellschaftlichen Prozeß der Auseinandersetzung mit Familie integriert.“ (7. Jugendbericht, BT-Drucksache 10/6730, S. 33)

Die hier zusammengefaßten Förderungsangebote werden bislang weitgehend von anerkannten Wohlfahrtsverbänden unter Ein-

satz von professionellem Personal entwickelt und durchgeführt. Daneben haben in den letzten Jahren zunehmend Formen der Selbst- und Nachbarschaftshilfe zu Zwecken der wechselseitigen Kommunikation Bedeutung erlangt. Besonders bei Müttern mit kleinen Kindern („Mütter-Zentren“) aber auch in generationsübergreifenden Ansätzen wie „Familien helfen Familien“ konnten Modellprojekte erfolgreich erprobt und in Regelprojekte umgesetzt werden. Diese Formen selbstorganisierter sozialer Beziehungs- und Unterstützungsnetze sind unter den gewandelten familialen Strukturen (z.B. Zunahme von Einzelkindern in Familien, Instabilität von Familien, zunehmende Erziehungsanforderungen an Eltern) und den sich darauf gründenden Bedürfnissen von Eltern und Kindern besonders bedeutsam.“

Interessant ist weiterhin die Begründung zum Begriff Familienbildung:

„Durch die Wahl des Begriffes „Familienbildung“ anstatt des herkömmlichen Begriffes „Elternbildung“ wird verdeutlicht, daß diese Leistungsangebote alle Familienmitglieder einbeziehen sollen, also auch junge Menschen, die noch erzogen werden, und zwar im Hinblick auf ihre augenblickliche Entwicklungssituation wie auch im Hinblick auf eine künftige Elternverantwortung, ferner werdende Eltern und andere Erziehungsrechtigte.“

Die Angebote der Familienbildung gehören, soweit sie nicht der Erwachsenenbildung zuzurechnen sind, zum Bereich der öffentlichen Fürsorge und fallen damit unter die Gesetzgebungskompetenz des Bundes nach Artikel 74 Nr. 7 GG (vgl. Stolleis, Eltern- und Familienbildung als Aufgabe der Jugendhilfe, Stuttgart 1978, S. 90, Nr. 18).“

Darüber hinaus sind durch das KJHG Einzelangebote gesetzlich abgesichert, die verschiedene Träger des Verbandes sozialkultureller Arbeit seit Jahren durchführen, so z.B. Jugendsozialarbeit und soziale Gruppenarbeit im Sinne des 13 und 29 KJHG, sozialpädagogische Familienhilfe 31 und Erziehung in einer Tagesgruppe 32 KJHG.

Zusammengefaßt möchte ich abschließend feststellen:

Der Verband bzw. die einzelnen Träger des Verbandes bieten weiterhin eine Vielfalt von bedarfsgerechten Angeboten und Dienstleistungen Bürgern aller Altersgruppen an. Diese Entwicklung ist nicht zufällig, denn alle großen gesellschaftlichen Veränderungen und Wandel sind im Verband registriert, eifrig diskutiert und die notwendigen Konsequenzen herausgearbeitet worden.

Der stadtteilorientierte und generationsübergreifende Ansatz unter Beibehaltung auch altershomogener Programmbereiche ist

aufgrund der sonstigen gesellschaftlichen Entwicklung, die mehr zur schichten-, alters- und interessengleichen Angebotsstruktur tendiert, unbedingt zu erhalten und auszubauen. Auch der Bundesgesetzgeber und zunehmend die Länder tragen diesem Bedarf Rechnung.

Sozialkulturelle Zentren/Nachbarschaftsheimen sollten trotz der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte sich um die Förderung der gesetzlich abgesicherten Dienstleistungen bemühen, die der Bürger unbedingt benötigt und von „seinem Zentrum“ erwartet.

Literatur:

- Rundbriefe des Verbandes für sozialkulturelle Arbeit
- Sozialkulturelle Arbeit, Bestandsaufnahme der Arbeit in den Nachbarschaftsheimen, Bürgerzentren und Gemeinwesenprojekten. Mit Beiträgen von Prof. Dieter Oelschlägel und Prof. C. Wolfgang Müller u.a.
- Handbuch Jugendverbände. Herausgegeben von Lothar Böhnisch, Hans Günzler, Thomas Rauschenbach, Juventa 1991; S. 248 ff. Joachim Henkel - Die neue Träger Vielfalt

Dietmar Freier **Nachbarschaft ist aktuell!**

Die Behauptung, daß Nachbarschaft aktuell ist, wird zunächst ganz überwiegend erheblichen Zweifeln begegnen. Es gibt so viele Probleme, für den einzelnen ebenso wie für die Gemeinschaft - wer hat da noch Zeit für die Nachbarschaft, d.h. für die Beziehungen, für die Angebote im Wohnumfeld? Hier ist oft allein der Ort für das Wohnen. Arbeit, Einkauf, Freizeitangebote - Funktionen, die soziale Beziehungen schaffen - sind oft weitab davon angesiedelt. Vielleicht haben manche Probleme genau damit aber zu tun!

Es geht hier nicht um eine romantische Form von Nachbarschaft, in die Menschen mit all ihren Beziehungen fest eingebettet sind. Es geht vielmehr um bestimmte soziale Beziehungen, die geradezu unverzichtbar sind und die zu knüpfen manchem offenbar schwerfällt. Könnten Gelegenheiten dafür in der Nachbarschaft oder - anders ausgedrückt - im Wohnquartier angeboten werden? Könnte das zur Hilfe in aktuellen Problemen beitragen? Und es geht dabei natürlich dann um Nachbarschaftseinrichtungen.

Das hört sich sehr theoretisch an, deshalb soll diese Überlegung an drei aktuellen Beispielen erläutert werden.

Veränderte Sozialstruktur in den neuen Bundesländern

So etwas wie Nachbarschaft gab es auch in der ehemaligen DDR. Diese Feststellung mag zunächst überraschen - aber sie ist leicht zu erklären.

Zum einen waren die Menschen im Alltag sehr viel stärker aufeinander angewie-

sen, denn nicht alles war jederzeit für Geld zu haben. Die "Beziehungen", die man im Alltag brauchte, waren eben auch soziale Beziehungen, also durchaus so etwas wie Nachbarschaft. Die Anstöße dazu waren oft stärker wirtschaftlich motiviert, augenfälliger und zwingender, als das in westlichen Verhältnissen üblich ist. Diese Beziehungen mußten gepflegt werden und beschränkten sich daher oft nicht auf die rein materielle Funktion. - In diesen Zusammenhang gehört übrigens auch die inzwischen schon legendäre Großmutter mit West-Reiseberechtigung, deren Stellung in Familie und Nachbarschaft dadurch nicht selten aufgewertet wurde.

Zum anderen gab es "gesellschaftliche" Pflichten, auch zur sozialen Betätigung im Betrieb oder im Wohngebiet. Ein Beispiel dafür ist die "Vereinbarung zur aktiven Einbeziehung, gesellschaftlichen Fürsorge und komplexen Betreuung der Bürger im höheren Lebensalter in der Hauptstadt der DDR ... 1988 - 1990". Über die Zugehörigkeit zu verschiedenen Organisationen von der FDJ bis zur Nationalen Front wurden Menschen in die Pflicht genommen, zusammen mit den staatlichen Stellen älteren Menschen im Wohngebiet zu helfen. Man mag mit einiger Berechtigung die Art der Verpflichtung und ihre Wirksamkeit in Zweifel ziehen und den Mangel an ausreichenden professionellen Lösungen beklagen, aber es war eben auch ein Anlaß, Menschen aus der Nachbarschaft zusammenzubringen. Es war auch nicht der einzige Anlaß, denn der Mangel an Dienstleistungen der verschiedensten Art machte oft derartige kollektive Lösungen erforderlich.

Es gibt kaum Menschen, die dem Wegfall derartiger Notwendigkeiten bzw. Nötigungen nachtrauern. Aber damit einhergehend sind manche sozialen Beziehungen gelockert worden, ohne daß neue soziale Beziehungen an deren Stelle getreten sind. Auch die Weiterexistenz der auf das Wohnquartier bezogenen Einrichtungen - die gab es auch, etwa die Kulturhäuser oder die Altentreffe - ist oft in Frage gestellt. Das trifft manche Bevölkerungsgruppen, z.B. ältere und arbeitslose Menschen härter als andere. Wie in den alten Bundesländern auch kann nicht jedes Problem professionell gelöst werden, sind soziale Beziehungen nicht verzichtbar oder durch Geldleistungen zu ersetzen. Nachbarschaftliche Einrichtungen und Angebote im westlichen Sinne könnten manches an sozialen Kontakten erhalten und festigen, manche zwischenmenschliche Hilfe ermöglichen - jetzt unter anderen Vorzeichen!

Beiträge zur Bedeutung des Verbands

Gewalttätigkeiten junger Menschen

Zeitung, Rundfunk, Fernsehen berichten fast täglich von Gewalttätigkeiten junger Menschen, die oft völlig sinnlos erscheinen. Körperverletzungen, Eigentumsdelikte, Sachbeschädigungen scheinen oft mehr zufällige Begleiterscheinungen zu sein als Anlaß und Ziel. Auch die politische Motivation steht offenbar nicht im Vordergrund, sondern ist mehr Mittel der Provokation. Das alles, wenn es so ist, nimmt den Erscheinungen nichts von ihrer Gefährlichkeit, aber es deutet auf andere Verursachungen und vielleicht auf mögliche Wege für Hilfsangebote hin.

Die Arbeitslosigkeit und die subjektive Aussichtslosigkeit, einen beruflichen Einstieg zu finden, dürften eine erhebliche Rolle spielen. Damit verbunden ist oft das Fehlen einer Lebensperspektive. Arbeitslosigkeit bedeutet meist auch eine Einschränkung üblicher sozialer Beziehungen. Sind diese ohnehin brüchig, ist der Weg zu Gewalttätigkeiten, zu fragwürdigen Beziehungen, zu Alkohol und Drogen fast vorprogrammiert.

Bezogen auf die neuen Länder hat sich der Bundestagsausschuß für Frauen und Jugend in einer Anhörung im September 1991 damit beschäftigt. Der Vertreter des Deutschen Jugendringes beschrieb die Situation mit den dramatischen Worten: "Entwurzelt, auf sich selbst zurückgeworfen, entscholarisiert durch eine neue Form von Ellbogengesellschaft, erleben die Jugendlichen in der ehemaligen DDR den Wandel ihrer Gesellschaft als einen Schock; ihre Identität ist gebrochen." Die Mitgliederzahlen der Jugendverbände, auch der neugegründeten, seien rückläufig, stellten Sachverständige fest. Übereinstimmend wird die "große Resonanz ... unverbindlicher Jugendtreffs" festgestellt. (zitiert nach: Woche im Bundestag 15/91 vom 25.09.91, S. 59) Sollte das nur für die neuen Länder gelten? Oder in gewissem Maße auch für die alten Länder?

Ob nachbarschaftliche Angebote da helfen können? Sicher nicht allein, sondern nur in Verbindung mit der Eröffnung anderer, vor allem beruflicher Wege. Aber die realen Möglichkeiten für erfolgsversprechende Hilfen, ihre erhofften Wirkungschancen sind nicht so groß, als daß man auf den Aufbau sozial-kultureller Angebote in der Nachbarschaft als einen möglichen Beitrag zur Problemlösung verzichten könnte. Die Teilnahme daran bahnt häufig auch soziale Beziehungen und Perspektiven an, die eine wichtige Ergänzung anderer Hilfen sind.

Der ausländische Nachbar

Angesichts der Berichte in den Medien muß die Formulierung "der ausländische Nachbar" wie ein Hohn oder eine Utopie erscheinen. Aber so ist es nicht gemeint. "Nachbar" bezeichnet ja zunächst mal eine räumliche Nähe - und die ist sicher gegeben, denn sonst gäbe es keine Auseinandersetzungen. Abgelehnt werden häufig die Beziehungen zu diesen Nachbarn; man kennt sie meist gar nicht.

Es spricht sehr viel für die Annahme, daß ein Kennenlernen die Konflikte weitgehend aufheben würde. Es ist aber gar nicht so einfach, einen fremden Menschen in der Nachbarschaft kennenzulernen. Wer tut den ersten Schritt, und wie? In die Wohnung einzuladen oder zu gehen, ist nicht überall üblich. Kann man sich sprachlich verständigen? Will der andere den Kontakt? - Das Nachbarschaftsheim könnte ein Ort der Kontaktnahme sein, deren Verbindlichkeitsgrad man jederzeit bestimmen kann. Anknüpfungspunkte würden sich in einem breitgefächerten sozial-kulturellen Angebot wie von selbst ergeben. Auch hier gilt: Kein Allheilmittel, aber ein Beitrag zur Lösung.

Zum Schluß

Bei den einzelnen Beispielen wurde schon angedeutet, daß nachbarschaftliche Angebote nirgendwo die alleinige Problemlösung sein können. Sie können immer nur einen Beitrag leisten. Aber brauchen die anderen Hilfen nicht diese Ergänzung? Wird deren Wirksamkeit nicht entscheidend geschwächt ohne diese Ergänzung? Es spricht vieles dafür! Jedenfalls werden große Worte und auch große Taten allein die Probleme nicht lösen; es geht schließlich vielfach um sehr persönliche Probleme, die Angebote und Hilfen im unmittelbaren Umfeld erfordern. Und deshalb sind sozialkulturelle Angebote im Wohnquartier nötig, deshalb ist Nachbarschaft aktuell!

Christian Kunz

Die deutsche Arbeit im internationalen Zusammenhang

Das vierzigste Jubiläum des Verbands für Sozial-kulturelle Arbeit ist für die internationale Settlement-Bewegung ein Anlaß zu großer Freude. Einerseits hat die deutsche Bewegung international jahrzehntelang sehr tatkräftig und erfolgreich gearbeitet und andererseits hat die internationale Bewegung gleichzeitig in Deutschland effektive Unterstützungsarbeit leisten können. Im Namen der "International Federation of Settlements and Neighbourhood Centres" (IFS) deshalb recht herzlichen Glückwunsch und alles Gute für die gemeinsame Zukunft!

Internationale Arbeit ist ein integraler Bestandteil der Nachbarschaftsarbeit und drückt sich im Leitsatz "Global denken, lokal handeln" aus. Effektive Gemeinwesenarbeit ist nur möglich, wenn man sich der weiteren Zusammenhänge der Arbeit bewußt ist und sie in die lokalen Strategien einbaut. Aus diesem Grund haben sich Settlements seit Beginn ihrer Arbeit Ende des letzten Jahrhunderts international ausgerichtet. Die Bewegung breitete sich auch entsprechend rasch in neue Länder aus.

Die Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der internationalen Settlement-Bewegung erstreckt sich über das ganze zwanzigste Jahrhundert und zeigt drei sichtbare Höhepunkte, die jeweils durch jahrelange gemeinsame Vorarbeit möglich gemacht wurden: die 4. Konferenz des Internationalen Verbands in der Siedlung Ulmenhof in Berlin im Jahre 1932, die 7. Konferenz von IFS im Mittelhof in Berlin im Jahre 1956 und die 15. Internationale Konferenz wiederum in Berlin im Jahre 1988. Alle drei Konferenzen waren wichtige Anlässe in der Geschichte der internationalen Settlement-Bewegung und setzten klare Schwerpunkte für die Zukunft.

Nachdem die internationale Ausrichtung der Settlement-Bewegung 1926 formell durch die Gründung von IFS bestätigt wurde, war es natürlich, daß eine der ersten internationalen Konferenzen in Deutschland und spezifisch in Berlin stattfinden würde, wo Nachbarschaftsarbeit lebendige und starke Wurzeln hatte. Die Wichtigkeit, aber auch die Schwierigkeit, internationalen Arbeitens war allen Teilnehmern, die sich am 31. Juli 1932 im Ulmenhof versammelten, sehr klar: der Durchbruch der NSDAP in den gleichzeitigen Reichstagswahlen zeigte schwere Zeiten an für die deutsche und die internationale Bewegung.

Die engen Kontakte innerhalb der internationalen Bewegung bestanden auch während des Zweiten Weltkriegs in vielfältigen Formen weiter und führten zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit in der Nachkriegszeit, anfänglich vor allem zwischen britischen, amerikanischen und deutschen Gemeinwesenarbeitern. Die Gründung vieler deutscher Nachbarschaftsheime geht auf solche internationale Initiativen zurück. Die Gründung des Verbands für Sozial-kulturelle Arbeit im Jahre 1951 war ein sichtbares Zeichen, daß die Gemeinwesenarbeit so in Deutschland wieder Fuß gefaßt hatte. Nur fünf Jahre später wurde IFS zum dritten Mal zu einer Internationalen Konferenz nach Berlin eingeladen, nicht zuletzt um die beträchtlichen Errungenschaften der letzten Jahre zu feiern.

Im August 1988 hieß der Verband für Sozial-kulturelle Arbeit IFS zu seiner 15. Internationalen Konferenz wiederum in Berlin willkommen. Unter dem Titel "Nachbarschaftsheime als Brücken zwischen Kulturen" befaßte sich diese Konferenz, die durch den vollen Einsatz der Berliner Kollegen zu einem grossen Erfolg wurde, mit sozialer und kultureller Arbeit mit Immigranten und Flüchtlingen. Der Einfluß der 15. Konferenz auf die Arbeit von IFS war und ist beträchtlich, sowohl in der Themensetzung als auch in der beispielhaften Organisation.

Dreimal hat sich IFS in Deutschland getroffen, und jedesmal waren die Einflüsse auf die deutsche und auf die Internationale Bewegung groß. Dies war und ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Die Zusammenarbeit zwischen IFS und dem Verband für Sozial-kulturelle Arbeit und seinen Mitgliedsorganisationen speziell in Berlin ist und bleibt vielfältig: von Mitgliedschaft in IFS Council und Exekutivkomitee zu Zusammenarbeit in der IFS Eurogruppe, speziell in der Organisation eines Ost-West Seminars im März 1992, und direkten Kontakten durch Austausch und Besuch. Die internationale Bewegung ist sehr dankbar für die tatkräftige Unterstützung aus Deutschland und freut sich auf eine enge Zusammenarbeit in der Zukunft!

Klaus Dörrie

Bedeutung des Verbandes für Sozialkulturelle Arbeit im PARITÄTISCHEN

Es gilt nicht nur eines 40-jährigen Jubiläums zu gedenken, sondern auch eines 30-jährigen: seit 1961 ist der Verband Deutscher Nachbarschaftsheimen und sein Namensnachfolger überregionale Mitgliedsorganisation des Gesamtverbandes des PARITÄTISCHEN (früher: DPWW).

Aber nicht nur drei oder vier Jahrzehnte sind zu würdigen: die Träger einzelner Nachbarschaftsheimen gehören schon länger Landesverbänden des PARITÄTISCHEN an.

Diese Fakten legen nahe, das vorge-schlagene Thema "Die Bedeutung des Verbandes für sozialkulturelle Arbeit bzw. die Nachbarschaftsheimbewegung" auf die Frage zu begrenzen, welche Bedeutung er im bzw. für den PARITÄTISCHEN hat.

Dieses ist um so eher vertretbar, als mit der jüngst erfolgten Veröffentlichung "Sozialkulturelle Arbeit - Bestandsaufnahme der Arbeit in den Nachbarschaftsheimen, Bürgerzentren und Gemeinwesenprojekten" die Bedeutung des Verbandes für die soziale Arbeit in der Bundesrepublik sehr eindrücklich dokumentiert wird.

Insbesondere die Verbandsgeschichte von Dieter Oelschlägel läßt Stationen der Einflüsse auf die soziale Entwicklung deutlich erkennen. Die Aussagen haben allgemeine Gültigkeit für freie und behördliche Träger sozialer Arbeit und damit auch für den PARITÄTISCHEN. Für diesen haben sie aber an einigen Stellen noch darüber hinaus eine ganz spezifische und spezielle Bedeutung.

Dies gilt zum einen für die Trägerstrukturen im paritätischen Bereich und deren Grundlagen in der Entwicklung Freier Wohlfahrtspflege, deren Status und Entwicklungsstand in keinem anderen Staat vorfindbar ist - auch und gerade nicht in den EG-Staaten. Daraus leiten sich neue Aufgaben der Darstellung und Durchsetzung freier Trägerstrukturen in Europa ab; daraus leiten sich aber auch neue Anforderungen an die Legitimierung Freier Wohlfahrtspflege ab. Deren besondere Position in der Bundesrepublik beruht ja nicht darauf, daß sie sozusagen natürlicherweise leistungsfähiger ist als behördliche oder gewerbliche Träger. Die besondere Position ist vielmehr begründet in den Wirkungsmöglichkeiten religiöser Motive, der Notwendigkeit partizipativer Gestaltungen in einem demokratisch verfaßten Gemeinwesen und den Artikulationsrechten aus der Betroffenheit.

Die Ansätze sozialkultureller Arbeit können wohl nur noch historisch auf religiöse Motivationen zurückgeführt werden. In der vierzigjährigen Nachkriegsgeschichte sind ganz besonders Impulse in gruppenspezifischen Methoden und - noch nachhaltiger - von der Gemeinwesenorientierung ausgegangen.

Dabei hat sich gezeigt, daß die Wirkung des Verbandes für sozialkulturelle Arbeit immer größer gewesen ist als sein quantitatives Gewicht. Alle Ansätze einer lebensfeldorientierten und bürgeraktivierenden Arbeit hat dieser Verband entscheidend

geprägt. Das ist gerade in den paritätischen Landesverbänden, in denen Nachbarschaftsheimen Mitglied sind, besonders spürbar geworden.

Ebenso deutlich ist der Beitrag der Nachbarschaftsheimen zu einem Spezifikum des PARITÄTISCHEN, nämlich seiner besonderen Nähe zur "alten" und neuen Selbsthilfebewegung. Wenn diese heute in die soziale Arbeit so weit integriert ist, daß sie beispielsweise als "Vierte Säule im Gesundheitswesen" bezeichnet wird, ist ein wesentlicher Grundstein dafür durch das "Berliner Modell" der Selbsthilfeförderung gelegt worden. Und in dieser war ja seit Beginn der 80er Jahre eine enge Verbindung von Nachbarschaftsheimen und PARITÄTISCHEN zu verzeichnen. Berlin war hier einmal mehr aus seiner besonderen Situation heraus Schrittmacher für allgemeine Entwicklungen, die sich insbesondere im PARITÄTISCHEN ausgeprägt haben.

Der Verband für sozialkulturelle Arbeit hat also in zwei Kernbereichen der Begründung für die Position Freier Wohlfahrtspflege entscheidende Arbeit in und mit dem PARITÄTISCHEN geleistet.

Bei der Zusammenarbeit des Verbandes für sozialkulturelle Arbeit in und mit dem PARITÄTISCHEN kann es aber nicht nur um die Feststellung vergangener Gemeinsamkeiten und gegenwärtigen Zusammenwirkens gehen. Auch ohne besondere prophetische Gaben läßt sich vorhersehen, daß eine humane Gestaltung des Zusammenlebens, das wir als "Nachbarschaft" bezeichnen können, in zwei Bereichen große Anstrengungen erfordert, die offenbar besonders auf den Verband für sozialkulturelle Arbeit und den PARITÄTISCHEN zugeschnitten sind.

Zum einen werden schon aus ganz einfachen Gründen der demographischen Entwicklung die generationsübergreifenden Ansätze der Nachbarschaftsheimen, Bürgerzentren und Gemeinwesenprojekte steigende Bedeutung haben, soweit darunter nicht nur eine additive Bündelung generationsspezifischer Angebote verstanden wird.

Zum anderen müssen die nationalitätsübergreifenden Versuche schnell ausgeweitet und verallgemeinert werden. Vermutlich werden die verhängnisvollen Erscheinungen der Abwehr alles Fremden nur durch neue Wege nachbarschaftlicher Orientierung zu mildern oder zu überwinden sein.

Der Verband für sozialkulturelle Arbeit und der PARITÄTISCHE werden ihre Leitgedanken der Offenheit, Toleranz und Vielfalt an diesen Aufgaben in schwieriger Praxis zu beständigen haben.

Johannes Franz Erpenbeck

Ich bin in eine Idee verliebt... dafür will ich Auseinandersetzung

Ein Verband verbindet...

Die Bindung kann ein Dübel sein, der zwei Stücke Holz verbindet, oder eine Binde, die über die Wunde gebunden zusammenhält und heilen hilft. Einzelne Menschen schaffen Einrichtungen zum Wohle und Nutzen des Menschen in seiner Umgebung z.B. ein Laden als Bäckerei oder ein Lokal als Gaststätte. Bäcker und Wirte haben sich zu Innungen oder Verbänden zusammenschlossen. Die Bedeutung von Wörtern ist mehrsagend. Mit Worten spreche ich aus, was ich kulturell und gesellig meine ...

...was?

Vereinigungen vertreten Interessen, die einzelne Person in gesellschaftlichen Zusammenhang erheben. Gemeinsam wird so für das gemeinsame Interesse aufgetreten, um durchzusetzen, auch gegeneinander, was sie wollen und ihnen wichtig ist. Vereine führen vielfältige menschliche Leidenschaften und Bedürfnisse zusammen, wie Kleingarten, Kaninchenzucht oder Automobile und Versicherungen. Ihre Zahl ist nicht bekannt, es wird angenommen, daß auf etwa 1000 Einwohner wenigstens drei bis vier Vereinigungen kommen, was einer Gesamtzahl von mindestens 200.000 entspräche. In fünf Bereiche werden Vereinigungen unterteilt, in den

Bereich des Wirtschafts- und Arbeitszusammenhangs, wie Innungen und Kammern, für Konsumenten und Arbeitspartner, Arbeitgeber und -nehmer, einzelne Berufsgruppen und Genossenschaften.

Vereinigungen im sozialen Bereich mit den großen und kleinen Wohlfahrtsträgern, für Vertriebene, zur Selbsthilfe und denjenigen, die für bestimmte oder unbestimmte Personengruppen Hilfen organisieren.

In den Freizeitbereich zur Pflege von Sport, Hobbys, Geselligkeit, Musik und solche, die weitergehende Interessen wahrnehmen.

In Bereiche Kultur, Religion und Politik, deren gemeinsames Merkmal sich aus der Wertorientierung ergibt, und den

Bereich der Wissenschaft, soweit sie von Berufsvereinigungen unterschieden sind.

In politische Körperschaften des öffentlichen Rechts, also in der Hauptsache Gebietskörperschaften und ihre Einrichtungen, diese Gruppe bildet einen Sonderfall, weil sie der demokratischen Theorie nach keine "eigenen" oder "Gruppeninteressen" darbieten. (1)

Die westdeutschen haben die mitteldeutschen Menschen mit Hilfe ihrer Länder vereinigt...(siehe auch (2))

...parteiisch...

...in kleinerem Ausmaß und mit geringerem Wirkungsfeld haben Nachbarschaftsheimen, Gemeinschaftszentren, Bürgerhäuser jeweils von ihrer Geschichte ausgehend und mit Hilfe von Parteien begonnen. Ich will die Geschichte der Bewegung nicht erneut bewegen. "Parteiisch" übersetzt: "einseitig für eine von zweien oder mehreren streitenden Parteien eingestellt, voreingenommen, befangen". Einzelne Menschen gründen mit anderen "soziale", übersetzt: "gesellige" Einrichtungen im Viertel oder Stadtteil. Wohltätig denkende Menschen, parteiisch gesonnenen, richten Häuser ein, die in der Nachbarschaft wohnenden Menschen anziehen und zusammenschließen.

...und wie?

Einzelner Mensch sucht auf die Art andere Einzelne, trifft sich in Gruppe, gründet einen Verein mit gemeinnützigem Zweck, um ein Heim der Nachbarschaft, ein Zentrum der Gemeinschaft, ein Haus für Bürger, einen Laden für Kultur zu schaffen.

Das Bürgerliche Gesetzbuch nennt für Zusammenschlüsse von natürlichen Personen das Vereinsrecht. Vereinigungen im Sinne des Recht machen aus privaten, natürliche

Menschen juristisch und öffentlich haftbare Personen. Das Vereinsrecht ist im Bürgerlichen Gesetzbuch vor dem Familienrecht zu finden, was offensichtlich seinen Wert für die Gesellschaft verdeutlicht. Die Gesellschaft als größter gemeinsamer Zusammenschluß von Menschen macht "Staat" und begünstigt zuerst die größere Vereinigung. Gruppierungen vor der Beziehung, Familie genannt in gewöhnlicher Form, und ganz zuletzt den Einzelnen, die Person, das Individuum.

Sozialarbeit (3) Geometrisierung der Nächstenliebe

Wo ist der Schutz der einzelnen Person, zum Beispiel der des Kindes in der Familie zu finden? Im Bürgerlichen Gesetzbuch jedenfalls nicht, da wird unter dem Kapitel Familienrecht von "Elterlicher Sorge" gesprochen. Wo befindet sich "Kindesrecht"? Mit dem Kinder- und Jugendhilfegesetz, früher Jugendwohlfahrtsgesetz, erhält die Behörde an anderer Stelle eine Möglichkeit, vorzubeugen oder einzugreifen, sich parteiisch zum Kind und/oder Elternteil zu verhalten. Die Rangfolge der Abwägung vom Rechtsgut verweist auf deren Möglichkeit. Erscheinen Schwierigkeiten, zeigen diese die Grenze für die Notwendigkeit ihrer Überschreitung auf, z.B. einem geschlagenen und mißhandelten Jungen oder Mädchen in der Familie zu Hilfe zu kommen.

Das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl (4)

Das Vereinsleben wird von der Familie aus bestimmt, in seinem Gefüge weitet sich das Privatleben des Menschen von seiner Person her aus - ein kleines Stück in Richtung hin zur Öffentlichkeit.

Aus dem herkömmlichen familiären Gefüge begründet, werden gemein und nützlich Verbundenheit und Verpflichtung in vertrauter Runde unter- und mit-einander gewohnheitsbewußt gepflegt und regelrecht überliefert. Und das Vereinsleben blüht, lebt und feiert.

...für eine von zwei Seiten...für Etwas, nicht dagegen

Mehrere Vereine schließen sich zusammen zum Verband, um stark zu werden. In der Gesellschaft bestehen, nach Außen zusammenhalten und Geschlossenheit zeigen, z.B. gegenüber dem Zuschußgeber, ist wesentlicher Antrieb für eine Verbündung. Eine gemeinsame Geschäftsstelle bietet Vorteile, bündelt Fachwissen und stellt umfassende Erfahrung im Umgang mit vielerlei zentralen Behörden wie Finanz- und Steuerämtern zur Verfügung und darüberhinaus Dienstleistung für Personal- und Betriebsführung. "Pädagogen" erhalten Entlastung, sparen Zeit und

Kraft. Betriebswirtschaft ist ohnehin nicht ihre starke Seite und wird gern Fachleuten überlassen. Aus dieser Haltung entwickeln sich munter sinnentleerende Kämpfe um die Selbständigkeit und Hoheit zwischen Programmangeboten und Finanzierungsplänen. In trauter Gemeinsamkeit löst sich angenehm fördern, einheitlich verwalten und kooperativ verrechnen, doch dafür bedarf es günstigeren Voraussetzungen.

„Träume sind Schäume“, sagt der Alltag und gruselt sich (3)

Beim gemeinsamen und nützlichen Miteinander versendet im Inneren das Auseinandersetzen. Nach gegenseitiger Kenntnisnahme der jeweiligen Einstellungen und Haltungen wird Unveränderbarkeit angenommen, still und schweigend beim Gegenüber vorausgesetzt. Danach wird zwar weiter Getroffen innerhalb geregelter Begegnungsformen, Vorstandssitzungen, Versammlungen, Jahrestagungen, allerdings wird der Neue neugierig ausgefragt, das Alte hat sich bereits bewährt. Verpflichtung und Verbundenheit im „Ehrenamt“ als Aushängeschild verblaßt wie die leuchtenden Farben frischen Lackes. Das Amt, genährt und gepflegt durch die Ehre an und für sich, erwartet und befördert zunehmend berufsmäßige Besetzung und Bestätigung, über die Zeit vergeht der Schwung und die Kraft. Die Einrichtung sättigt sich, ist überfüllt und wirkt gesetzt in einer Richtung: Besetzt! Der Regel gerecht erscheinen gesetzmäßige Verläufe und der Schwere der Arbeit angemessene Rangfolgen. Dem Sog eines Strudels ist nur listig zu entkommen. Die Methoden der Arbeit verdrängen einfach „Selber Gestalten“ und „Miteinander-Machen“. Die Gewichtung von Stadtkultur und Gemeinwesenarbeit fordert neben gezielter Organisation im Zusammenhang planvolle Steuerung von Interessen und Bedarfen, auch wirtschaftliche Betriebsführung in der Programmentwicklung.

Hierarchie zeugt Bürokratie oder Schreibtisch-Herrschaft Professionalität?

Die Gewöhnung gewöhnlicher Gewohnheiten schafft in Dankbarkeit gedachte Themen von Alten als Bildung für Neue und Nachkommende und gedenkt in Beratungen hinlänglich der Erfahrungen vermittels unzeitiger Schilderung von umfangreichen Erlebnissen. Ja, wenn der alte Großvater erzählt, dann hören die Jungen auf, Fragen zu stellen, aus Höflichkeit, Bezauberung oder wegen der Ausstrahlung? Gemeinnutz, Zweck und gute Absichten verflüchtigen sich in aller Regel zu widersinnigen Auslegungen. Anfängliche Stärken verkommen in alltäglicher Gewöhnung und fertigen immer weiter Papiere im Kreislauf der Arbeit. Letztendlich erleichtert „Faxen“ die Verständigung und ersetzt mündliche Mitteilungen.

Die Grenze zwischen Arbeit und Privatleben im Vereinsleben ist fließend und nur noch ungenau auszumachen. Die vergesellschaftete und eingerichtete Weise im Zusammenleben die notgedrungen die Bewältigung von persönlichen Bedürfnissen und privaten Leidenschaften auslöst, entwickelt enge Verflechtungen zwischen Arbeitsalltag und Vereinsleben.

Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeit oder Erzwungene Freiheit? (siehe auch (6))

Allgesamt gegeneinander wetteifernd bearbeitet sich in freier Zeit un-zeitig „Freizeit“ zeitlich ver-rückt wie die „Arbeitszeit“? Leben um zu Arbeiten, oder Arbeit zum Leben? Sachliche Vernetzungen nehmen entsprechend ab, wie Verpflichtung mit gesetzmäßiger, regelbestimmter und unverantworteter Gewöhnlichkeit zunimmt bis Verbundenheit zu tagtäglicher Gewohnheit verkommt. Die Person an sich steht im Mittelpunkt des Vereins, nicht die offenbarten familiären Beziehungen, die Bindungen bergen kaum Gefahren im Vereinsleben, diese dienen der Gesellung von Privatheit, sondern Gefahr geht aus von der Unbestimmbarkeit und Fraglosigkeit in die Einzelpersönlichkeit, deren private Grenzüberschreitung ihre eigensinnigen oder hintergründigen Übergänge suchen, unbegrenzt und selbstlos Betätigungsorte und Wirkungsfelder hinein in öffentliche Ämter finden.

Im Verein: Spiegeln gesellschaftlicher Wertvorstellungen

Das Größere spiegelt sich im Kleinen wieder, daß Kleinere nicht mehr im Großen. Der Spiegel ist undurchdringlich beschlagen. Wer hat die Kraft oder den Willen zu wischen, um zu erfahren, zu erkennen oder wissen zu wollen? Von Außen betrachtet, klar und deutlich, sichtbar gestört, ver-rücktes und unzeitgemäßes Gefüge, nur von innen erscheint das Netzwerk geschlossen und heil. Erst zur Gewohnheit geworden, werden Regeln erstellt und verallgemeinert für alle, das heißt für jede einzelne Einrichtung mit grundsätzlicher Gültigkeit. Verwaltung erzeugt Bürokratie und Bürokratie benötigt Hierarchie. Herrschaften im Büro bekommen das Sagen und die im Stadteil mit dem Menschen Handelnden verlieren den Überblick. Der Überblick ist von oben gewährleistet und entwickelt einen Aufbau in verschiedenen Stufen, seine Rangordnung nach unten.

Weiterer Verlauf hat seine Möglichkeiten in den eigenen Grenzen. Das Gefüge hat seine Schwächen und Stärken im Verhalten und der Wechselwirkung zwischen dem Gesamten und dem Einzelnen. Menschliche Abläufe werden bedingungslos und zeitlich vom Kraftvorrat des Menschen

selbst bestimmt, diese Verantwortung kann dem Menschen keiner nehmen. So folgt schonungslos eine Krise. Ein Zwiespalt oder Widerstreit wird nicht oben ausgetragen. Der Krise folgt unweigerlich ein Konflikt, ein Zustand heftig auftretender Schwierigkeiten, der sich infolge der Krise oben, nach Zuspitzung der Lage weiter unten entlädt und die weitere Entwicklung wird im Verlauf jetzt eindeutig unten bestimmt und entschieden. Unvermittelt trifft es die Falschen, Verschiebungen und Verdrängung im Gesamtgefüge treffen immer die, die sich hervorheben, anbieten oder drängeln. Der Zufall der Erfahrungen spricht eine eigene Sprache. (8)

Das alles ist bekannt? Ich will verdeutlichen...

...oder mehrere Seiten...

Aus langjähriger erwerbsmäßiger Tätigkeit kenne ich umfassend Einrichtungen, Organisationen und Strukturen von „Sozialer Arbeit“. Verschiedene Seiten habe ich in meiner persönlichen und berufsmäßigen Entwicklung erlebt und erfahren: Im Ehrenamt: „Jugendbewegung durch Jugend geführt“ und „Kinder, Jugendliche in obdachlosen Familien“; als Arbeitnehmer zwischenrind lerne ich einen „anständigen“ Beruf; als Angestellter beim Land verantwortlich für „Ausbildung zum Sozialen Beruf“; „selbsttherapiert“ in berufsbegleitender Bildung. Seit zwei Jahren zuständig für Grundsatzfragen, Bildung und Beratung, Öffentlichkeit beim Verband Bremer Bürgerhäuser e.V..

Will sagen, die Fülle der Angebote macht Wettbewerb, angenehm für die Menschen, die Dienste und Auftrag der „Sozialen Arbeit“ erwarten, unangenehm, wenn die Kolleginnen mit sich selbst beschäftigt sind. Bewältigung von Schwierigkeiten im Streit macht keinen Sinn, schwächt die eigene Kraft und stärkt die Macht anderer. „Macht“ halte ich ohnehin für das versteinerte Denk-Mal auf dem Handels-Platz „MACHEN“.

Ohne Reibung keine Wärme! (9)

Streiten wärmt auf und befreit, als Lebensform ist Streit „Kultur“. Kultur benennt zusammengefaßt die geistigen und künstlerischen Lebensäußerungen eines Volkes und ihre Tradition. Kultur beinhaltet geistige und seelische Bildung und verfeinerte Lebensweise (siehe auch (10)).

Ungewohnt möglicherweise, weil abgewöhnt, Streit wird Kindern von Erwachsenen verboten, wird z.B. in der Schule zum anpassenden Hemmnis, diese Abhängigkeit kennen wir alle, ohne Ausnahme. Ein Fehler: Zum Lernen und Leben gehört „Streiten“ im Sinne von „Auseinandersetzen“. Eine Wohltat empfinde ich, wenn ich weiß, wer was, wie, wann, und wo kann. Die Kräfte messen, sich selbst und den anderen widerspiegeln, Möglichkeiten erproben, Grenzen

ausloten vermittelt die Nähe, die miteinander verbindet. Eine gute Teilung von Fähigkeiten in der Gruppe schont Kraft, läßt lange Haushalten, gemeinsam Angenehmes erleben und Unmöglich erscheinendes teilen und...

...streiten...

...für Ideen, die Menschen in der Enge ihres Wohngebietes, im Stadtteil nicht wahrnehmen oder kennenlernen können. Änderungen in der Gesellschaft besitzen eine unheimliche Geschwindigkeit, dennoch werden sie kaum mit ihrer Bedeutung für den Einzelnen und in der Gesamtheit wahrgenommen (siehe auch 11)).

...Kaufkraft von Jugend und Jungen Alten; über vierzig Jahre Frieden; Vereinzelung in kleinere Wohneinheiten; Zunahme von Ein- oder Familienhäusern; Erzwungene Freizeit und Langzeiterwerbslosigkeit; Armut gegen Reichtum; Süchte und Vereinsamung; Umweltkatastrophen und Innenweltverschmutzung; Psychiatisierung der Gesellschaft; Informations- und Nachrichtentechniken; Audio und Video...

...Hören und sehen wir nichts? Es stört immer, wer etwas will und für Etwas einsteht. Machen, Aktiv-sein erzeugt Neid bei KollegInnen. Lieber auf die größeren Zusammenhänge reagieren als: Wie immer ich sitze, stehe, liege, ich störe!

"...die Moderne verhängt über jeden einzelnen die lebenslange Jugendstrafe. Man kann heutzutage zwar sehr alt, aber nicht erwachsen werden." (12)

Nur wer bewegt ist, kann bewegen! (13)

"Indem wir die zukunftsweisenden Trends erkennen, statt auf die Kräfte konzentriert zu sein, die unsere Vergangenheit beherrscht haben, gewinnen wir neue Möglichkeiten, uns auf die Wirklichkeit einzulassen, die uns umgibt." (14)

Weltweiter Wirtschaftsraum und Stärkung des Individuums: Größtes und Kleinstes besetzen Änderungen der Gegenwart.

Die großen weltumspannenden Anschauungen und überirdischer Gottesglaube, aus der Vergangenheit allein bezogen auf einzelne herausragende Persönlichkeiten, halten mich nicht gefangen. Die Geschwindigkeit mit der Blockbildungen im Osten in sich zusammenfallen und durch andere abgelöst werden, weist eine Richtung. In Wechselwirkung wird aus großer Entfernung beobachtet und wahrgenommen, das lenkt ab von eigener Befindlichkeit und Zuständigkeit für das Nahliegende. Festhalten an Ideologien und Utopie verdeutlichen, was nur mit der Vorstellungskraft möglich werden wird. Nach dem Unmöglichen streben zu wollen, verführt zur Tagträumerei. Für andere Glauben und Wissen zu wollen, wie sie leben könnten oder sollten, kommt

mir vor, wie von der Vergangenheit eingeholt zu werden.

Vereinsamung infolge Innen-Welt-Verschmutzung

Über-Leben der Gegenwart, bedeutet: aus der Vergangenheit im großen Bogen unmittelbar in die Zukunft gelangen zu wollen, beinhaltet die Gefahr gegen die Mauer zu laufen, die längst abgerissen wurde.

Die Sackgasse ist da, der bereits gleiche Weg, leichtfüßig gegangen, muß beschwert als Rückweg angetreten werden. Das fordert heraus, eine selbstbestimmte und eigenverantwortliche Entscheidung zu fällen, wenn Du nicht stehenbleiben oder das kleinste Loch in der Mauer suchen willst. Mühevoll, ich habe Dir das schon lange gesagt, aber von Außen läßt Du Dir nichts sagen! Du mußt zurückgehen, zum Beispiel an eine Weggabelung. Dort besteht die Gefahr der Täuschung, wieder eine Sackgasse zu treffen.

Vermischung von "Furcht", die, weil "äußerlich erfahrbar", kann als bekannt gelten, im Beispiel "die Furcht vor der Sackgasse". Die Vermischung von Furcht also mit aufsteigend "innerlich" Angst verwechselt mit "vor dem unsichtbar Unbekannten" blockiert in der Tat das gesamte körperliche Gefüge und läßt auch den Verstand aussetzen (siehe auch (15)).

...befangen...

Wir haben uns angewöhnt von Angst zu reden, wann immer es modern erscheint. Furcht haben wir nicht mehr im Angebot. Ein Hinter-Fragen des Bewußten oder Sichtbaren, des Unbewußten oder Unsichtbaren, kann zurücktragen in frühkindliche Erinnerung, "Du sollst nicht merken" als Übertragung später "das verbannte Wissen". Fragen nach den zugehörigen Gefühlen erscheinen ungehörig, lästig, Gefühl ist scheinbar verlorengegangen (siehe auch (16)). Allerdings kann ich voraussetzen, daß das Wissen, um die Grenzen und Möglichkeiten im Leben grundsätzlich vorhanden ist, und die "Sackgasse-Geschichte" den Erfahrungen im Leben zuzurechnen ist, die "Furcht" auslösen kann. Gerade deshalb muß sie als bekannt vorhanden sein, weil diese Möglichkeit immerzu und beständig wiederholt wird. Aber, als "Angst" besprochen, wird die Wirklichkeit als Gegenwart weit von sich geschoben und als verdrängt, als Vergangenheit eingestuft.

...voreingenommen...

Was wundert's? Zufolge Psychiatrie-Enquete von 1978 haben etwa 80 Prozent Befragter angegeben, sie hielten sich für "Nicht-Normal", was immer "normal" heißen mag. Die restlichen 20 Prozent Normalen haben die übrigen 80 Prozent jetzt

zu versorgen! Eine andere Statistik vervollkommen das Bild. Für die Jahre 1978 bis 1981 hat eine Kommission für Gesetzes- und Verwaltungsvereinfachung des Landes Nordrhein-Westfalen festgestellt, daß über 70 Prozent der Gesetze für die Verwaltung eigens entstanden sind. Nur noch etwa 30 Prozent werden für den Bürger direkt gemacht. Für Bürger allerdings wurden alle Gesetze ursprünglich geschaffen!

Mit Beweggründen überzeugen Zivil-courage gefragt?

Die Form der Äußerungen in unserer Gesellschaft werden beherrscht von "parlamentarischer Parteien-Demokratie", was bedeutet, daß die Mehrheit einer Fraktion das Sagen hat. Fraktion, das ist eine bestimmte Mehrheit einer Partei, gewissermaßen ein Teil eines Teiles der Gesamtheit. Teile und Herrschel!

Gesprächsführung vielerorts erinnert mich an Verfahren in Versammlungen der Ortsvereine, damit will ich sagen, wer sich gemeldet hat, kommt zu Wort, was gesagt wird ist egal. Hauptsache es wird geredet, wie gedacht wurde. Dieses Verfahren verfehlt den Zusammenhang. Eine sachliche, geschweige denn inhaltlich folgerichtige Auseinandersetzung zu einem Thema findet nicht statt. Was ist der Preis? Mathematisch geantwortet: Wo ist der Nenner bei so vielen Teilern? Verlorengangenen im Gewirr pädagogisierender Lebensweisheiten, rosaroter Vergangenheit oder grüner Zukunft? Die Meinung einer Minderheit, des Individuums, des kleinsten Teiles, dazu noch abweichend vom größeren Teil der Gesellschaft, ist unwesentlich?

Den eigenen Weg wählen, Entwicklung in selbstbestimmter und eigenverantwortlicher Form zum Leben finden, wird nicht zugelassen, individuelle und persönliche Lebensäußerung behindert, Minderheitsmeinung wird überhört und den Verhältnissen im größeren Zusammenhang, der Mehrheit geopfert. Die Erkenntnisse aus meinem Leben sind eigenwillig. Mir gefallen die Fragen, die ich stelle, und ich will sie mir nicht selbst beantworten...

...dazu brauche ich einen Verband

Änderung findet im Kleinen statt. Das Wagnis "Änderung" einzugehen, bedeutet für mich, die Sinne schärfen und das Gefühl erlebbar zu machen. Abläufe in Bildungsveranstaltung und Beratungstreffen müssen einen Guß besitzen, eine Gesamtgestalt ausweisen, die die Sache und die Person betreffen. Handeln muß über Denken gesteuert werden, damit schöpferische Betätigungen entwickelt und beflügelt werden. Auseinandersetzung im Sinne von Streitkultur muß als Herausforderung für alle Beteiligten in Stadteilkultur und Gemeinwesenarbeit heißen:

Einmischen und Ermöglichen

Menschen haben Erwartungen an ihre Gesellschaft, Bewohner haben Ansprüche auch an Professionelle. Wenn diese unerwartet herausgefordert werden und so plötzlich und überraschend unbequem erscheinen, bekommen Ideen und Wünsche Vorrang:

Mit-einander-Handeln und Selber-Gestalten

Naturgemäß wollen Menschen Entwicklungen einleiten, ihr Leben selbst bestimmen und eigene Verantwortung ergreifen. Wenn sie das nicht dürfen, verstummen sie oder bleiben einfach weg!

Steuern und Gewichten

Berufsmäßige Tätigkeit bedarf einer gewichtigen Zurücknahme der eigenen Person, um Ziele von Beginn an miteinander anzugehen. Eine Einrichtung muß "Offenheit" ausstrahlen: "Ich fühle mich wohl", darauf muß "Zugehörigkeit" folgen: "Ich finde mich zurecht", damit "Selbständigkeit" möglich wird: "Ich weiß Bescheid!"

Ist am Ende der Professionelle überflüssig? Dennoch bleibt Arbeit:

...unprofessionelles Beraten und Bilden;

Der Professionelle muß dem Zweck der Satzung folgen können, entsprechend beraten und willig Entscheidungen des einfachen Menschen, vom Benutzer oder "Konsumenten" zum Aktiven oder "Produzenten" in der Einrichtung begleiten, den "Ehrenamtlichen" im Vereinsvorstand oder anderen Ausschüssen muß er nützen und pflegend Unterstützung gewähren. Zeigemäß hat der Professionelle Bedürfnisse und Leidenschaften auf sich zukommen zu lassen und zu aktiver Lebensweise zu begleiten. Gerade die unbekannteren Lern- und Lebens-Formen gilt es auszuspielen, zu verfolgen, zu stützen und zu befördern.

Offenheit und Zugehörigkeit

Als Vorbild zu wirken, das verdeutlicht dem Benutzer Abbilder zu erproben und zu erfahren, daß vielfältige Formationen, gesellige Beziehungen und spannende Vernetzungen in der Gesellschaft vorhanden und möglich sind. Entwicklung einer Beteiligung des Besuchers, vom Konsument zum Aktiven und Produzenten führt über die entscheidende Mitte der "Zugehörigkeit". Zum anderen Menschen, zur Gruppe, zur Einrichtung beginnt die Aufnahme von Beziehungen über Betätigungen, Aktivitäten.

Markt für Kultur und Geselligkeit Gemeinsam streiten und miteinander feiern

"Miteinander Handeln", "Selber Gestalten", "Wortschöpfungen wie Konduzent oder Produment verdeutlichen die Einmaligkeit der Gesellungsform, die zwischen dem Konsumenten und den Produzenten anzusiedeln ist. "Zugehörigkeit" verlangt Vertrauen in Sich-selbst und den anderen, nach Ausgewogenheit von Aktivitäten und Gewichtung im Programmangebot.

Die Einrichtung muß sich jederzeit ändern können, nicht nur dem Zeitgeist folgen, eher Leidenschaften und Bedürfnisse des Menschen und seiner Umgebung aufnehmen. Erreichte Grenzen müssen überschritten werden. Für Nachkommende gilt es, Platz zu machen und Räume offenzuhalten. Möglichkeiten weitergehender Entwicklung dürfen nicht scheitern, weil Ältere, bereits aus eigener Erfahrung, Jüngeren weit voraus, ohnehin alles Besserwissen und Können (siehe auch (17)).

Der Marktplatz ist ein angemessenes Bild für Begegnungsort und Treffpunkt kultureller und geselliger Zwecke. Der Markt liegt nahe der Wohnung und wird von Zeit zu Zeit geschmückt. Es bedarf gemeinsamer Auseinandersetzung und größerer Anstrengungen für eine Umgestaltung. Änderungen erscheinen allerdings nicht ausgeschlossen. Viele wollen sich zugehörig fühlen. Ein Markt ist ohnehin ein offener Platz und jeder kann ihn nach Belieben, Lust und Laune, selbständig betreten.

"Wir machen eh immer Fehler".

Ein tröstliches Motto, zum Abschluß, daß die Zentrale Leitung der Züricher Gemeinschaftszentren nach zehnjährigem Prozeß von Reorganisation und Dezentralisierung ernstnehmen kann, wie ich hörte.

Literaturauswahl:

- (1) Thomas Ellwein und Joachim Hesse: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, 6. Auflage, Westdeutscher Verlag
- (2) Thomas Schmid: Staatsbegräbnis, Von ziviler Gesellschaft, Rotbuch 1990
- (3) Mona Winter, Angela Vogel, Nana Ochmann, Ernst von Kardorff, Heidi Knetsch: Venusfliegenfalle, Sozialarbeit - Geometrisierung der Nächstenliebe, Syndikat 1979
- (4) Albert O. Hirschmann: Leidenschaften und Interessen, Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg, Suhrkamp tw 670, 1987 Dies.: Engagement und Enttäuschung, über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl, Suhrkamp tw 729, 1988
- (5) Norbert Elias: Engagement und Distanzierung, Arbeiten zur Wissenssoziologie I, Suhrkamp tw 651, 1987 Über die Zeit, Arbeiten zur Wissenssoziologie II, Suhrkamp tw 756 1988
- (6) Oskar Negt, Alexander Kluge: Geschichte und Eigensinn, Zweitauseindeins, 1981
- (7) Hans Magnus Enzensberger: Über die Unaufhaltsamkeit des Kleinbürgertums, Eine soziologische Grille, in: Politische Brosamen, Suhrkamp st 1132, 1985
- (8) Heinrich Mann: Der Untertan, Roman, Reclam Universal-Bibliothek Nr. 72, 26. Auflage
- (9) Motto der zentralen Leitung der Züricher Gemeinschaftszentren
- (10) Günter Reuhl: Kulturgemeinschaften, Vom Kräfteverhältnis zwischen Ideen und Institutionen, Edition Interform 1989
- (11) Lothar Böhnisch, Klaus Blanc: Die Generationsfalle, von der Relativierung der Lebensalter, Sammlung Luchterhand 1989
- (12) Claudia Szczeny-Friedmann: Die Kühle Gesellschaft, Von der Unmöglichkeit der Nähe, Kösel 1991
- (13) Edmond Tondeur: Titel eines Vortrages beim Kongreß für Öffentlichkeitsarbeit in Zürich, April 1991
- (14) John Nalsbitt, Patricia Aburdene: Megatrends 2000, Zehn Perspektiven für den Weg ins nächste Jahrtausend, Econ 1990,
- (15) Fritz Riemann: Grundformen der Angst, eine tiefenpsychologische Studie, Ernst Reinhardt 1961 Ders.: Die schizoide Gesellschaft, Kaiser Verlag 1975, vergriffen
- (16) Alice Miller: Du sollst nicht merken, Suhrkamp 1981 Dies.: Das verbannte Wissen, Suhrkamp 1988
- (17) Reimer Gronemeyer: Die Entfernung vom Wolfsrudel, Über den drohenden Kampf der Alten gegen die Jungen, Claassen 1990.

Dieter von Kietzell

Welche Bedeutung hat der Verband für sozial-kulturelle Arbeit bzw. die Nachbarschaftsbewegung?

Ein Verband, der gerade sein 40-jähriges Jubiläum feiert, stellt die Frage nach seiner eigenen Bedeutung - entweder ist dies fishing for compliments oder Anzeichen für eine ernsthafte Krise.

Sieht man sich die Geschäfts- und Finanzberichte an, die der Vorstandsvorsitzende des Verbandes jährlich den Mitgliedern vorträgt, dann wird deutlich: Zumindest in finanzieller Hinsicht steckt der Verband seit etwa 8 Jahren in einer existenzbedrohenden Situation. Es gab und gibt zahlreiche Bemühungen, die Einnahmen des Verbandes zu erhöhen, also die Transfermittel aus dem Bundeshaushalt, die Mitgliedsbeiträge, die Tagungskosten, das Spendenaufkommen. Auf der Ausgabenseite sind die Einsparungen inzwischen so weit gegangen, daß die Anschaffung eines Stuhles für die Geschäftsstelle ausgesetzt wurde. Ausgabenverminderung wäre nur noch über Personalabbau zu erreichen. Aber die Arbeit des Geschäftsführers einzuschränken hieße, die Leistungen des Verbandes wesentlich zu reduzieren, die Frage nach der "Bedeutung des Verbandes" würde dann vermutlich negativ entschieden sein. Die finanzielle Situation ist deshalb so bedrohlich, weil sie sich im Laufe von etwa 8 Jahren aufgebaut und zugespitzt hat.

Eine Krise enthält auch ein produktives Element: Der Verband ist zu kritischer Bilanzierung genötigt, er muß seine Existenzlegitimation diskutieren, aber er kann auch eine neue Stabilität durch das Votum seiner Mitglieder und Freunde gewinnen.

Bereits vor 5 Jahren wurde auf einer Mitgliederversammlung die Frage aufgeworfen: "Wozu brauchen wir (dh. die Mitglieder) eigentlich einen Bundesverband?" Diese Frage wurde nachher nicht ins Protokoll aufgenommen, es hatte sich auch keiner getraut, darauf einzugehen. Angesichts der Tradition und des Renomees des Verbandes in der Fachöffentlichkeit erschien es einfach undenkbar, daß dieser Verband seine eige-

ne Bedeutung ernsthaft anzweifelt.

Die finanzielle Situation macht die Frage inzwischen unabweisbar. Aber es handelt sich nicht nur um eine finanzielle Krise, die durch intensiveres fund raising oder neue Zugänge zu öffentlichen Haushaltstiteln zu beheben wäre. Solche Bemühungen wären Artistik ohne Netz, wenn nicht die Mitglieder klar zu erkennen geben, daß sie den Bundesverband wollen und ihn stützen, der Verband in Vorstand, Geschäftsstelle, Beirat und Mitgliederversammlung von Personen getragen ist, die von seiner Bedeutung überzeugt sind.

Diese Zeilen sollen mein Beitrag als eines Beiratsmitgliedes zu dieser notwendigen Diskussion sein.

1. Dienstleistungen des Verbandes für seine Mitglieder

Wenn der Verband also durch seine Mitglieder lebt, muß man sich an die Frage seines Gebrauchswertes ohne Schönfärberei herantrauen. Ich beziehe mich dabei auf die Satzung des Verbandes, die in 2, Absatz 2 seine Aufgaben beschreibt, auf eigene Aufzeichnungen und insbesondere auf den informativen Aufsatz des Geschäftsführers Matthias Mozdzanowski in der 1991 herausgegebenen Bestandsaufnahme "Sozial-kulturelle Arbeit", Seite 25 ff, wo viel über die Realität der Verbandsarbeit geschrieben ist.

Die in der Satzung zuerst genannte Aufgabe ist "die Förderung sozialer Zentren in Deutschland". Da die Mitgliedseinrichtungen nur in ganz seltenen Fällen vom Verband bezuschußt werden können, fällt der Aspekt einer finanziellen Förderung weg. Die Mitglieder müssen je für sich bzw. über die Landesverbände sehen, wie sie ihren Haushalt decken. Auch finanzielle Beratung geschieht kaum über den Verband, weil dies nur auf Grund detaillierter Kenntnisse über die kommunalen Haushalte möglich

wäre (so Mozdzanowski S. 27). So beschränkt sich die Förderung auf gelegentliche rechtliche bzw. organisatorische Aspekte.

Als Förderung könnte man auch die in der Satzung genannte Mitarbeiterfortbildung verstehen. Dementsprechend hat der Verband nicht nur seine Jahrestagungen so angelegt, daß sie als Fortbildung gelten, sondern er entwickelt fast jedes Jahr spezielle Fortbildungsangebote. Allerdings muß man einräumen, daß Fortbildungsveranstaltungen mit jeweils ähnlichen Themen und für einen entsprechenden Arbeitertyp auch von anderen Trägern angeboten werden.

Die in der Satzung geforderte Aufgabe der "Entwicklung von Initiativen zur Gründung neuer Vereinigungen und Einrichtungen" scheint in der Praxis kaum zu erfüllen zu sein. Denn ein Bundesverband ist zu weit entfernt von den Städten bzw. Stadtteilen, in denen sich Initiativen gründen und hin zu Nachbarschaftseinrichtungen entwickeln. Landesverbände bzw. die MitarbeiterInnen benachbarter Häuser haben bessere Kenntnisse der Interessenlagen in dem betreffenden Feld, zumal solche Initiativen, wenn sie von "unten" kommen, zu Recht Vorbehalte haben, wenn ein Verband sie großziehen will.

Bleibt als eine Dienstleistung, die die Mitglieder an ihrem Verband zwar im Detail viel kritisieren, insgesamt aber doch wohl sehr schätzen, die Förderung des Erfahrungsaustausches untereinander, bislang vor allem in der Form der Jahrestagungen. Dabei ist es besonders der informelle Teil dieser jährlichen Treffen, der für die Beteiligten Bedeutung hat (so auch Mozdzanowski). Liegt es daran, daß dabei der Erfahrungsaustausch in kollegialer Offenheit erfolgen kann? Oder wird die Zugehörigkeit zu einer Szene bekannter oder befreundeter KollegInnen so geschätzt? Wichtige Impulse für die Verbandsarbeit sind aus diesen informellen Kontakten der Mitglieder entstanden. Wird das so bleiben angesichts der instabilen Arbeitsverhältnisse und Fluktuationsrate unter den MitarbeiterInnen? Wird die Zahl der KollegInnen mit langjähriger Verbandserfahrung und Verbandsbindung zurückgehen?

Zusammengefaßt: Viel ist es nicht, was der Verband an Diensten für die Mitglieder leisten kann und diese nicht auch an anderer Stelle finden könnten. Einen Zweckverband kann man den Bundesverband also kaum nennen.

Wenn bei dem Versuch, neue Mitglieder zu werben, diese vorgerechnet haben wollen: "Welche Gegenleistungen bekommen wir für unseren Mitgliedsbeitrag?", so ist ehrlicherweise zu antworten: "So rechnet sich die Mitgliedschaft im Verband nicht."

Allerdings wäre es eine unzulässige Einschränkung der Frage nach der Bedeutung des Verbandes, wenn man nur auf die direkten Serviceleistungen sehen würde.

2. Wirkungen des Verbandes nach außen

Liest man den genannten Bericht des Geschäftsführers und Vorstandsprotokolle des Verbandes daraufhin, wer denn die wesentlichen Adressaten der Verbandstätigkeit sind, dann ist unverkennbar, daß die Bedeutung des Verbandes vor allem in seiner Außenwirkung liegt.

Als erstes ist da natürlich der Rundbrief zu nennen, ein mißverständlicher Titel, weil die Texte primär nicht die Runde unter den Mitgliedern machen, sondern darüberhinaus in der Fachöffentlichkeit gelesen, beachtet und zitiert werden. Es ist einerseits die Praxis in den Mitgliedseinrichtungen und es sind die Erfahrungen von MitarbeiterInnen, die hier reflektiert und in die Fachdiskussion gebracht werden. Es ist andererseits ein wichtiger Ort der Theoriediskussion und Vergewisserung geschichtlicher Entwicklungen. Sicher, man wünscht sich noch mehr Leser. Aber angesichts der üblichen Auflagen von Publikationen im sozial-kulturellem Bereich steht der Rundbrief nicht schlecht da. In diesem Zusammenhang sind auch die Forschungsarbeiten zu nennen, die der Verband veranlaßt und gefördert hat ("Sozial-kulturelle Bedürfnisse älterer Menschen in ländlichen Gebieten, Mittelstädten, Großstädten", "Wissenschaftliche Untersuchungen und Modellvorhaben bezogen auf pädagogische Arbeit in Eltern-Kind-Gruppen", "Mädchenkriminalität. Eine Untersuchung quantitativer und qualitativer Aspekte zur Situation straffällig gewordener weiblicher Jugendlicher").

Es ist zu wünschen, daß es mehr Beispiele für wissenschaftliche Begleitung und Auswertung der Praxis in den Mitgliedseinrichtungen gibt.

Der Vorstand des Verbandes oder einzelne Mitglieder repräsentieren diesen offiziell oder inoffiziell bei vielen Tagungen, in Gremien auf nationaler und internationaler Ebene, so im DPWV, im Paritätischen Bildungswerk, im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge bzw. in der International Federation of Settlement and Neighbourhood Centres.

Um Außenwirkung des Verbandes ging es auch, wenn auf Jahrestagungen die Mitglieder an Resolutionen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen gearbeitet, gestritten haben und diese Aufrufe gezielt an politische Institutionen und befreundete Einrichtungen geschickt haben. Die Mitglieder haben ihren Verband als das Forum verstanden, politisch öffentlich zu wirken.

Schließlich ist der Verband als eine Informationsstelle für sozial-kulturelle Arbeit bekannt: "Die Abfrage von Informationen ist dabei sehr breit gefächert. So erreichen den Verband viele Anfragen z.B. nach Informationsmaterial für Examensarbeiten, von kommunalen sozialen Diensten und Planungsbehörden, die an der Umstrukturierung etwa

ihrer Jugend- oder Altenarbeit interessiert sind, Adressenlisten von Einrichtungen für div. Postverteiler bis hin zu Menschen, die einfach wissen wollen, ob es in ihrer Gegend ein Nachbarschaftszentrum gibt." (Mozdzanowski, S. 27)

Daß der Verband Bedeutung vorrangig nach außen hin hat, ist aus den 40 Jahren seiner Geschichte her zu verstehen, auch aus der Tradition des anglo-amerikanischen settlement movements. Die settlements schon der frühen Jahre hatten Ausstrahlungskraft weit über die jeweilige Nachbarschaft hinaus, sie haben neben Themen der Nachbarschaft kommunalpolitische Fragen und solche heißen Eisen wie Kinderarbeit, Einwanderungspolitik, Todesstrafe, Kriegsvorbereitung angepackt. Dementsprechend hatte der deutsche Verband, insbesondere seit 1969 bzw. 1974 die Öffentlichkeitsarbeit zu einer vorrangigen Aufgabe erklärt und es waren jeweils gesellschaftspolitisch brisante Themen, die auf den Jahrestagungen verhandelt wurden.

Diese Akzentuierung des Verbandes ist immer umstritten gewesen. Nicht nur, daß einzelne Einrichtung in einer bestimmten Frage eine andere Meinung als die Mehrheit vertrat, sondern die politische Ausrichtung insgesamt ist auf Widerspruch gestoßen. Georg Zinner hat im Rundbrief 1/1986, Seite 31 über die innerverbandliche Diskussion geschrieben: "Müssen wir weltbewegende Probleme lösen, weil wir unsere verbandseigenen Probleme nicht lösen können?" War die Diskussion und das Ringen um eine Resolution z.B. im Bezug auf die besetzten Häuser in Berlin und die Staatsgewalt, um die Militarisierung unserer Gesellschaft also ein Ausweichen vor den eigentlichen Aufgaben des Verbandes? Hebt der Verband mit einer Orientierung nach außen, in die Politik, die Wissenschaft, die Fachöffentlichkeit und die Verbände ab von seiner eigenen Basis?

3. Verbindungen anknüpfen

Die Basis, das sind die 27 Einrichtungen und ihre Leitungsgremien, jeweils geprägt durch eine eigene Tradition, durch Erfahrungen, Erfolge, durch das sie umgebende Milieu. Die Basis sind auch die MitarbeiterInnen, für bestimmte Aufgaben angestellt, mit ihren Vorlieben und Fähigkeiten. Die Basis sind auch die Nutzer, die einen bestimmten Dienst, ein Angebot in den Einrichtungen in Anspruch nehmen, oder es sind die von G. Zinner beschriebenen Nutzer neuen Typs, die keinesfalls versorgt werden wollen, die einen Raum, vielleicht bestimmte Unterstützung für ihre Kreativität, ihre Selbsthilfe brauchen. Sie alle haben lokale Interessen und Bedürfnisse, sie sind, sofern sie in der Einrichtung tätig sind, lebensweltlich orientiert, wie man heute sagt. Freilich ist dieser Begriff mehrdeutig, er enthält sehr unterschiedliche Vorstellungen, was denn das

Wesen solcher Arbeit sei. Es gibt gerade in Verbindung mit nachbarschaftlichen Vorstellungen eine konservative Interpretation, die das Ausagieren von Interessen auf den engen Bereich der unmittelbaren eigenen Erfahrung reduzieren will. Zuständig sind die Menschen demnach nur für den Nahbereich, in dem sie sich durch eigenes Erleben auszukennen meinen. Aber es gibt in Hannover die treffende Volksweisheit: Wieviel Fleisch in die Suppe kommt, wird nicht in der Küche entschieden (sondern dort, wo über Entlassungen am Arbeitsplatz, über Rentenanpassung und Wohnungsbau entschieden wird). Am problematischen Zusammenleben von Deutschen und Flüchtlingen bzw. Arbeitsmigranten wird sehr deutlich, der Horizont des Problems wäre sehr eng gezogen, würde man ihn einschränken auf das, was man täglich im Nahbereich vor Augen hat. Die weltbewegenden Themen reichen in die Lebenswelt hinein! Die Entwicklung von Nachbarschaft darf keinen Kirchturmhorizont haben. Das halten uns immer wieder unsere ausländischen KollegInnen vor: "think global, act local". Es können nicht die konkreten, lokalen Belange gegen die gesellschaftspolitischen Dimensionen ausgespielt werden. Es entspricht vielmehr der Tradition unseres Verbandes, beides zu verbinden.

Der Verband gewinnt dadurch Bedeutung, daß er solche Verbindungen knüpft und zwar einerseits thematisch: Natürlich nicht dozierend, nicht nur durch Materialversand. Ich stelle mir vor, daß der Verband Tagungen, Treffen, Seminare organisiert, wo aktuelle, brisante Erfahrungen und gesellschaftliche Einsichten verknüpft werden, wo also der Horizont der Lebenswelt erweitert wird. Der Verband als eine Einrichtung politischen Lernens in neuen, anregenden Formen.

Verbindungen wären aber nicht nur thematisch, sondern vor allem sehr konkret zu knüpfen zwischen verschiedenen Einrichtungen, MitarbeiterInnen, TeilnehmerInnen, über die Grenzen des Verbandes hinaus. Es gibt inzwischen Einsichten, wie lustvoll und lehrreich zugleich Reisen und Begegnungen sein können, also auch Reisen als Chance zur Erweiterung lebensweltlicher Ansichten.

Sicher, der Bundesverband ist nicht die einzige Institution, die so etwas organisieren, anregen und fachlich begleiten könnte. Andererseits wäre so etwas für unseren Verband keine neue Aufgabe, Erfahrungsaustausch (auch mittels Fahren) hat er schon durchgeführt. Er könnte dabei noch einiges verbessern, solche Reisen, Begegnungen und Treffen müßten als Attraktion gelten. Aber der Verband hat die Kontakte.

Der Verband gewinnt dadurch an Bedeutung, daß er nicht nur nach Außen, sondern von Außen wieder nach Innen wirkt.

In seinem 41. Jahr denkt der Verband über seine künftigen Schwerpunkte nach. Eine erste Klausurtagung dazu hat am 7. und 8. Dezember stattgefunden. Für dieses Treffen wurden die nachfolgenden persönlichen Thesepapiere von Vertretern/Vertreterinnen aus Mitgliedsorganisationen und Verbandsorganen erstellt.

Karl-Fried Schuwirth Die Nachbarschaft der Nachbarschafts- häuser

1. Das Ziel und die Ziele

Um es vorweg zu sagen: Die Perspektiven des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit in Deutschland e.V. lassen sich so gut und so schlecht definieren, wie sich das Ziel des Dachverbandes präzisieren läßt. Diese Binsenweisheit wirft schon die ganze Problematik auf, die sich in jeder der Mitgliedseinrichtungen ebenso deutlich niederschlägt wie im Gesamtverband. Was ist das Ziel, was ist das "Produkt" des Nachbarschaftshauses? - Wenn alle Mitgliedseinrichtungen hierauf eine befriedigende Antwort gefunden hätten, dann würde sich der Dachverband sicher leichter tun, das gemeinsame Interesse dieser Verbandsmitglieder herauszufinden und wirksame Strategien zu entwickeln zur Durchsetzung dieser Interessen, zur Erreichung dieser Ziele.

Also sehen wir mal genau hin in die Mitgliedseinrichtungen: Da gibt es die vielen Einzelaufgaben, die wahrgenommen werden und die sich an die unterschiedlichen Zielgruppen richten. Ich bleibe beim Beispiel des Nachbarschaftshauses Wiesbaden: Da gibt es den Kindergarten, den Hort, den Seniorentreff, die Erziehungsberatungsstelle, die Familienbildungsstätte, den Schülertreff, das Jugendzentrum usw. Jeder Arbeitsbereich wird von MitarbeiterInnen verantwortet, die selbstverständlich für ihre Arbeit, ausgesprochen oder unausgesprochen, Ziele definieren. Je intensiver und bewußter sie das tun, je umfangreicher sie sich mit dieser Frage auseinandersetzen, umso mehr suchen sie Orientierungspunkte, KooperationspartnerInnen, KollegInnen aus einem vergleichbaren Tätigkeitsbereich. - Je

kation. D.h. beispielsweise die Erziehungsberatungsstelle definiert ihre Ziele in Absprache und Koordinationsgesprächen mit anderen Erziehungsberatungsstellen der Stadt. Der Kindergarten definiert seine Ziele in Absprache mit den KollegInnen der Kindertagesstätten des Stadtbezirks, und ähnlich geht es mit allen übrigen Arbeitsbereichen.

Den gleichen Blickwinkel haben die KollegInnen bei der Frage: Wie qualifiziere ich mich beruflich weiter? Da werden zunächst einmal die Fortbildungsprogramme für den unmittelbaren Arbeitsbereich ins Auge gefaßt, und das hat ja auch seinen Sinn. So sehen die Ziele sehr unterschiedlich aus für die jeweiligen Aktivitäten.

Im regelmäßigen Turnus sitzen dann die KollegInnen zusammen aus den verschiedenen Arbeitsbereichen, brüten über der Frage: Was ist denn eigentlich unser gemeinsames Ziel? Und dann wird es regelmäßig schwierig, denn zunächst geht es darum, sich gegenseitig zu helfen, die Behinderungen aus dem Weg zu schaffen, die jeder vom anderen erfährt um möglichst ungestört das eigene Programm zu realisieren. Da müssen die Termine und die Räume gut organisiert werden, damit es möglichst wenig Reibungsverluste gibt und das Haus optimal genutzt wird. Das aber sind noch lange nicht Gemeinsamkeiten einer Zielsetzung, noch kein gemeinsames Ziel.

Dieses Problem, mit dem alle Nachbarschaftshäuser und sozial-kulturellen Einrichtungen intern ihre Schwierigkeiten haben, dieses Problem hat natürlich in gleicher Weise der Dachverband, der für diese Einrichtungen das gemeinsame Dach bilden soll.

Damit nun kein Mißverständnis auftritt: Vielfach besteht die Vermutung, es sei dieses gemeinsame Ziel einfach so zu finden, indem die Bedürfnisse jedes Einzelnen, die Ziele jedes Arbeitsbereiches zusammen zu tragen seien (oder auch das Ziel jeder einzelnen Einrichtung), um aus der Summe dieser Einzelziele ein Gesamtziel zu definieren. Das wird ebenso mißlingen, als wenn man versuchen würde, aus der anatomischen Untersuchung einzelner Organe des menschlichen Körpers Aussagen zu treffen über die menschlichen Wesenszüge. Klar, es ist notwendig, daß alle sich in dem gemeinsamen Ziel wiederfinden, dieses Ziel also den wirklichen Bedürfnissen der Einzelnen entsprechen muß. Die Summe der Bedürfnisse skizziert aber noch lange nicht das gemeinsame Ziel. Hierzu braucht es die übergreifende Idee, die motivierende Vision.

2. "Gute Nachbarschaft" als "Produkt" des Nachbarschaftshauses.

Machen wir mal den Versuch damit: Nachbarschaftshäuser - was könnte als wichtigeres Ziel definiert werden, als daß sie dazu da sind, zu einer guten Nachbarschaft, zu guten Nachbarschaften beizutragen. Genauer besehen könnte damit viel ausgesagt werden über das historische Selbstverständnis dieser Häuser - halten wir uns aber nicht in der Historie auf. Nachbarn - das sind die Leute von nebenan, die in der Nähe wohnen, die anders sind, mit anderen Einstellungen, anderem Alter, anderer politischer oder religiöser Zugehörigkeit, vielleicht auch anderer Nationalität. Es sind eben die Nachbarn.

Gute Nachbarschaft - das ist ein gutes Verhältnis zu den Nachbarn, einfach nur deswegen, weil sie in der Nähe wohnen. "Nachbarschaftshaus" könnte dann die Einrichtung sein, in der Qualitäten vermittelt werden, die zu einer guten Nachbarschaft führen durch eine gegenseitige Beeinflussung von "Menschen aller Altersstufen, offen zur Überwindung politischer, rassistischer, religiöser und sozialer Vorurteile" (aus der Verfassung eines Nachbarschaftshauses). Noch genauer hingesehen wäre das Ziel, zur "guten Nachbarschaft" beizutragen, ein außerordentlich wichtiges Ziel. Denn Nachbarschaften werden zweifellos immer mehr an Bedeutung gewinnen. "Nachbarschaften, Initiativen und kleine Netze", wie sie beispielsweise gerade erst von Georg Zinner als "Hoffnungsträger für die Zukunft" beschrieben werden (RUNDBRIEF 1/91), gewinnen aus vielerlei (z.B. von ihm aufgezeigten) Gründen an Bedeutung, ja, müssen an Bedeutung gewinnen, wenn der Gefahr der Verinselung überhaupt entgegengewirkt werden soll: Da gibt es für jedes menschliche Bedürfnis eine eigene Stelle: für das Bedürfnis nach Wissen die Schule, das Bedürfnis nach Arbeit, Geld und Anerkennung die Arbeitsstätte, nach Freizeit die unterschiedlichsten Freizeitinteressengruppen. Ich will es nicht weiter ausweiten. Alle sind es unterschiedliche Inseln, die miteinander nichts zu tun haben und die uns als Mensch zerreißten, uns zu perfekten Rollenspielern machen, dort, wo wir in den unterschiedlichsten Gruppen die unterschiedlichsten Rollen spielen.

Eine Riesensehnsucht wird damit produziert: Endlich will ich es wissen: Wo bin ich zu Hause, wo gehöre ich hin? Wer bin ich nun wirklich? Was sind meine Wurzeln? - Dort spüre ich, daß es menschlich wird, wo ich auf diese Frage einer Antwort näher komme (Sehnsucht nach Heimat und "Nationalität"). Die Nachbarschaft, das ist vielleicht genau der Ort, wo ich aufhören könnte, einer Rollenerwartung zu entsprechen. - Das geht auch kaum mehr, denn zu unterschiedlich sind die Erwartungen an mich

oder auch zu reduziert, nämlich auf das, was ich als Person, als Persönlichkeit, als Nachbar bin: Da gelten weniger mein Beruf, meine sportlichen Leistungen, meine politischen Aktivitäten oder ähnliches, da ist meine persönliche Integrität gefragt, meine Solidarität, meine Toleranz, meine Verlässlichkeit, eben meine Menschlichkeit. Genau dieser individuellen Sehnsucht nach mehr Menschlichkeit entspricht auch die Sehnsucht, größere Zusammenhänge zu begreifen, mich, der ich in den unterschiedlichen Welten, den unterschiedlichen Inseln lebe, als jemanden zu verstehen, der nicht zerrissen wird, sondern im Gegenteil, als jemand, der Brücken, Verbindungen, Zusammenhänge erlebt, die jeweils erfahren werden als "tieferer Sinn", als beglückende Befreiung, als "Internationalität".

Nachbarschaft als Ort von "Nationalität" und "Internationalität", - lassen wir es vorab bei diesen eher philosophischen Aspekten zum Thema "Nachbarschaft".

Was ist nun aber das Ziel eines Nachbarschaftshauses und eines Dachverbandes für Nachbarschaftshäuser, wenn da das Ziel angestrebt wird, zur "guten Nachbarschaft" beizutragen? Da sollten die folgenden, stichwortartig zusammengetragenen Gedanken eher als der Anfang einer Ideen-sammlung verstanden werden, die bestenfalls eine Richtung angeben kann und nach einer umfangreichen Diskussion verlangt.

3. Konsequenzen für den Bereich der Mitgliedseinrichtungen:

Nachbarn regeln Ihre Angelegenheiten möglichst selbst. Dazu durchbrechen sie die Anonymität, nehmen Kontakt auf und versuchen, die Bedürfnisse, die sie aneinander haben, (das, was sie voneinander brauchen und was sie einander geben können) zu verdeutlichen. Sie sind grundsätzlich gleichberechtigt und nur insoweit voneinander abhängig, wie sie sich das gegenseitig zugehend und vereinbaren. Das aber sind schon einige Grundregeln von Selbsthilfegruppen.

Sie zu fördern, ihnen Raum und Organisationshilfen zu geben, könnte zur besonderen Aufgabe von Nachbarschaftshäusern zählen.

Eine weitere kommt hinzu. Nachbarschaften haben in der Regel keine altershomogenen Strukturen. Es gehört zu ihrer Selbstverständlichkeit, daß da Menschen unterschiedlichen Alters zusammen wohnen. Konflikte, die da entstehen, lassen sich nicht so sorgfältig sortieren, wie in unseren "Zentren", dem Kinderzentrum, dem Jugendzentrum, dem Seniorenzentrum u.ä. nach Kinderproblemen, Jugendproblemen, Altersproblemen. Für Nachbarschaftshäuser ist das eine konzeptbestimmende Tatsache. Es gibt immer mehr Grund dafür, daraus auch Konzepte zu entwickeln, die es ermöglichen,

die unerschlossenen Ressourcen zu nutzen, die sich daraus ergeben, daß sich so unterschiedliche Menschen unterschiedlichen Alters unter dem einen Dach des Nachbarschaftshauses wiederfinden.

Nehmen wir ernst, daß z.B. Ansprüche oder Probleme von Jugendlichen selten nur die Jugendlichen betrifft, daß sie meistens etwas zu tun haben mit ihren Eltern, der Ausbildungsstätte, dem Arbeitgeber o.ä., dann macht es Sinn, sie auch in diesem Zusammenhang anzugehen, die Anspruchs- oder Konfliktpartner beide so zu unterstützen, daß sie miteinander das aushandeln können, worum es ihnen geht.

Die Unterschiedlichen Generationen unter einem Dach als Chance

der Konfliktbewältigung und als Austragungsort zu nutzen, wo gegenseitige Ansprüche aneinander geltend gemacht werden, das gehört dann in das Konzept des Nachbarschaftshauses. - Das ist nicht neu - nicht für die, die ihr Konzept begreifen aus den Zusammenhängen der Gemeinwesenarbeit oder aus den jüngeren Sichtweisen sozialtherapeutischer bzw. systemischer Grundlagen.

Konkret könnten wir einen Anfang machen mit der Aufzählung solcher Ziele. Ein Anfang, versteht sich. Viele Ausformungen finden sich den Aktivitäten der Nachbarschaftshäuser wieder. Es lohnt sich, sie zusammenzutragen und die Arbeit am Konzept, die mit den nachfolgenden Beispielen sehr hemdsärmelig begonnen wurde, richtig anzugehen:

3.1. Förderung von Qualitäten zur Erreichung "guter Nachbarschaft"

- Förderung von Selbsthilfegruppen
- Regelungen für die Nutzung des Nachbarschaftshauses, die für Selbsthilfegruppen "selbstverständlich" sind.
- Schaffung von "Pinwänden" und ähnlicher Organe, die es Selbsthilfegruppen ermöglichen, Ziele zu verdeutlichen und Mitglieder zu finden.
- Schaffung von "Hausträten", in denen die einzelnen Besucher(gruppen) des Nachbarschaftshauses um Räume und Mittel unmittelbar miteinander verhandeln können.
- Unterstützung von "Märkten", in denen einzelne Gruppen einander vorstellen und die Verbindungen der Gruppen untereinander ermöglichen (Unterstützung der Vernetzung).
- und vieles mehr...

- Förderung von alters- und zielgruppenübergreifenden Angeboten.
- Gesprächskreise "Jung und Alt" - evtl. mit Hilfe der Schule.
- Geschichtswerkstätten zur Erarbeitung der Geschichte des Quartiers und des Stadtteils.

- Theaterprojekte mit TeilnehmerInnen aller Altersstufen.
- Feste und Feiern, Ausstellungen und Darbietungen, die unterschiedliche Altersgruppen einbeziehen oder ansprechen.
- Kindergartengruppen mit erweiterter Altersmischung.
- Familientherapeutische Angebote, die die ganze Familie und (nicht nur) die unmittelbaren Konfliktpartner miteinbeziehen.
- systemische Sichtweise von Einzel- und Sadtteilproblemen und deren Zusammenhänge.
- und vieles mehr...

3.2. Förderung von "Nachbarschaft" vor Ort, im Quartier, im Stadtteil.

Mancherorts übersehen wurde ein Aspekt, der in diesem Zusammenhang nicht unter den Tisch fallen sollte: Das Nachbarschaftshaus ist kein Selbstzweck, die Aktivitäten dort dienen nicht zuerst dem Leben innerhalb des Hauses. Es ist vielleicht ein Einübungsfeld, vielleicht ein Schonraum oder ein Experimentierraum mit Werkstatt-ähnlichem Charakter für das, was sich eigentlich ganz woanders abspielt, nämlich in der konkreten Nachbarschaft, im Lebensraum und Umfeld der Nutzer zu Hause. Dafür sollte sich das Nachbarschaftshaus dann auch ganz konkret nutzen lassen und Hilfestellung bieten. Auch dafür sollten wir die Erfahrungen der Häuser zusammentragen und genauer hinsehen, wie es möglich ist, solchen Aufgaben noch ausdrücklicher und zielgerechter zu entsprechen. Dazu könnte z.B. gehören:

- Unterstützung von Straßen- und Stadteifensten.
- Angebot, für das Aufgreifen und Bearbeiten von Problemen eines Quartiers, Räume, Hilfsmittel und Fachkompetenz zur Verfügung zu stellen.
- Unterstützung von Nachbarschaftshilfe im Zusammenspiel mit ambulanten Hilfsdiensten des Stadtteils.
- Angebot der unmittelbaren Zusammenarbeit mit Ortsbeiräten, besonders bei "Stadtteilanalysen".
- Angebot der "Mediation" zur Konfliktbewältigung bei Nachbarschaftskonflikten.
- und vieles mehr...

4. Konsequenzen für den Bereich des Dachverbandes: Förderung der Nachbarschaft von Nachbarschaftshäusern.

Wenn Nachbarschaftshäuser in dieser Weise an ihrem Selbstverständnis arbeiten, dann sollten sie darin Unterstützung finden. Was das Nachbarschaftshaus für den Stadtteil bedeutet, das ist der "Dachverband" für

die Nachbarschaftshäuser. Dieses eine Dach für die unterschiedlichen Einrichtungen sollte die Aufschrift tragen: Die Förderung der Nachbarschaft von Nachbarschaftshäusern. Notwendig ist das mehr denn je. "Global sehen, lokal handeln" macht es notwendig, sehr konkret in die Lebens- und Erfahrungszusammenhänge anderer Regionen und Bereiche einzutauchen, um gerade in den Nachbarschafts-Zentren nicht in einem kurzsichtigen Provinzialismus zu erblinden. Hier gegenzusteuern ist eine nicht zu unterschätzende Aufgabe dieser Häuser.

Wir sollten zusammentragen, wie dem schon heute nachgekommen wird und was da noch ansteht. - Das könnte dann auch die Motivation entfachen für den Einsatz, dieses Dach entsprechend auszustatten.

Für den Anfang also einige Beispiele für das, was es da zu tun gibt im Dachverband:

- Programm eines befristeten Austauschs von KollegInnen der verschiedenen Häuser.
- Schaffung eines Erfahrungsaustausches und eines Fortbildungsangebotes für MitarbeiterInnen in Nachbarschaftshäusern für die o.a. Angebote der "Nachbarschaftsentwicklung".
- Förderung von Vernetzung unterschiedlicher Projekte verschiedener Häuser, Aktivierung von Patenschaften und Partnerschaften.
- Dokumentation, Sammlung, Archivierung und Publizierung von o.a. Projekten.
- Erarbeitung und Entwicklung von Strategien der Konfliktbearbeitung in Nachbarschaften (und Nachbarschaftshäusern).
- Gemeinsame Arbeit der Häuser an der konzeptionellen Erschließung des Ziels "gute Nachbarschaft" zur Profilierung des Dachverbandes.
- Schaffung und Erschließung von Finanzierungsquellen zur Förderung von o.a. Projekten.
- und vieles mehr...

Georg Zinner

Perspektiven für den Verband für sozial-kulturelle-Arbeit Deutschland e.V.

Gerne komme ich der Bitte von Dieter Oelschlägel nach und versuche herauszufinden, wie die Perspektiven des Verbandes aussehen könnten. Zunächst: sind es die klassischen Aufgaben, die jeder Verband zu erfüllen hat und die zuletzt beschrieben worden sind von Dieter Oelschlägel selbst und auch von Matthias Mozdzanowski im vor kurzem (1991) erschienenen Sonderheft des Verbandes. Da sind zu nennen: Vertretung der gemeinsamen Interessen, Sammlung und Weitergeben von Informationen, Förderung des fachlichen Austausches, Beratung von Mitgliedsorganisationen und sehr speziell: die Herausgabe des RUNDBRIEFES. Die Satzung umschreibt auch den Zweck des Vereins mit diesen Aufgaben und nennt noch einige mehr, wie die Gründung neuer Initiativen und die wissenschaftliche Begleitung. Diese Aufgaben werden vom Verband im Großen und Ganzen auch erfüllt, wenn auch in einem sehr kleinen Rahmen. Trotzdem ist er nicht der "unverzichtbare Teil der sozialen Arbeit in Deutschland" und "was die Nachbarschaftszentren und die Gemeinwesenarbeit angeht auch ihr Motor", wie Matthias Mozdzanowski meint. Wohl sollte er und könnte er es werden und die Voraussetzungen dafür sind sogar gut.

Der Verband trifft auf gute Voraussetzungen für seine Arbeit

Sie sind deswegen gut, weil Nachbarschaften, Initiativen und kleine Netze in mehr oder weniger institutionalisierter Form bundesweit aktiv sind und weil diese Formen sozialer Arbeit offensichtlich sehr genau die Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der Bürger treffen und ihnen Raum für

die Gestaltung sozialer Arbeit nach ihren Vorstellungen bietet. Damit entspricht Nachbarschaftsarbeit dem Wunsch von Bürgern nach Mitwirkung und Mitgestaltung und auch nach Übernahme von Verantwortung, ist also Bestandteil demokratischer Alltagskultur. Die lokalen Interessen garantieren Überschaubarkeit, Nähe und Vertrautheit. Eigenschaften, die sie von der Kälte unserer Großorganisationen und dem anonymen Stadtleben wohltuend unterscheiden. Die Bedingungen sind auch deswegen günstig, weil inzwischen in der Bundesrepublik ausreichende und sehr ermutigende Erfahrungen mit der sozial-kulturellen Nachbarschaftsarbeit vorliegen: in der Selbsthilfe, mit bürgerschaftlichem Engagement, bei der Entfaltung kreativer Fähigkeiten und bei sozialen Dienstleistungen für die verschiedenen Generationen, Schichten und Nationalitäten. Wir haben außerdem durch internationale Kontakte einen Überblick darüber gewonnen, wie anderswo Nachbarschaftsarbeit gestaltet wird.

Freie Initiativen und die bundesdeutsche "Soziallandschaft"

- Einige Voraussetzungen fehlen aber:
- der Verband ist bundesweit kaum bekannt;
 - er organisiert nur eine verschwindende Minderheit unter den bestehenden sozial-kulturellen, nachbarschaftsbezogen arbeitenden Initiativen und Organisationen in der Bundesrepublik
 - er hat sich bis jetzt nicht die Voraussetzungen und Mittel erarbeitet, um seinem nationalen Anspruch gerecht zu werden.

Historisch betrachtet ist das sogar ganz gut zu erklären. Die traditionellen Nachbarschaftsheime, die der Verband vorwiegend organisierte, waren ursprünglich amerikanischer Import, mitgebracht von einer Siegermacht, die den festen Willen hatte, die Deutschen zu Demokraten zu erziehen und hierfür waren die von ihnen initiierten Nachbarschaftsheime ein - wenn auch bescheidenes - Mittel. Es waren also nicht wir selbst, die diese im Grunde sehr naheliegende Form sozialer Arbeit entwickelt haben. Da es nicht unser eigenes war, haben wir die darin liegenden Chancen und Potentiale nicht erkannt und nicht verstanden, konnten es also auch nicht "auf den Markt tragen". In der Bundesrepublik haben wir eine sehr stark von freien Trägern sozialer Arbeit geprägte "Soziallandschaft". Diese freien Träger waren und sind zu einem großen Teil zentralistisch organisiert und politisch und konfessionell gebunden. Ihre konzentrierten Strukturen und ihre ideologische Grundhaltung haben verhindert und verhindern bis heute, daß Initiativen, die ihre soziale Umwelt selbst gestalten wollen, innerhalb des bisherigen Systems Chancen bekommen, selbständig zu handeln und die notwendigen finanziellen Mittel zu erhalten.

Die Masse der finanziellen Mittel fließt weiterhin in stationäre Einrichtungen verschiedenster Art, lassen sie doch damit Baudenkmäler schaffen, können damit auch "Plätze" nachgewiesen werden und sind die Finanzierungen gesetzlich geregelt und damit sehr sicher. Dem gegenüber steht die Erkenntnis, daß eine humanere und bürgernahe Versorgung und Gestaltung sozialer Arbeit lokal orientiert und organisiert sein muß und möglichst große Teile sozialer Dienste ambulant erbracht werden sollten, was ja nicht ausschließt, daß die finanziellen Mittel auch von zentralen Institutionen kommen. Bürokratisch organisierte "Sozialkonzerne" verweigern sich jedoch lokalen, schwer steuerbaren und in ihren Leistungen ungenügend meßbaren Initiativen. Jedoch hat sich in den letzten 10 bis 15 Jahren eine Bürgerbewegung entwickelt, die darauf besteht, selbstbestimmt und oft mit herber Kritik an den bestehenden Institutionen lokale und ambulante Sozialarbeit und Kulturarbeit zu gestalten. Eine gesellschaftliche Bewegung, wie sie sich auch in der Politik (Bürgerinitiativen), in der Überlebenssicherung (Umwelt- und Friedensbewegung) widerspiegelt und die sich trotz beachtlicher Erfolge gewiß erst am Anfang einer Entwicklung befindet.

Trotz der inzwischen wohl nach Hunderten und Tausenden zu zählenden Nachbarschaftsinitiativen, Gemeinwesenzentren, Nachbarschaftshäusern, Stadteilläden und sozio-kulturellen Einrichtungen, der ambulanten Nachbarschaftshilfen und Sozialdienste (auch mobile Pflegedienste und Sozialstationen zählen hierzu, so werden diese auf dem Lande häufig von nachbarschaftlich organisierten Pflegevereinen getragen) befindet sich auch "unsere" Bewegung erst an einem Anfang.

Viele der Initiativen haben sich inzwischen im Paritätischen Wohlfahrtsverband organisiert und finden dort einen Spitzenverband, der sie ihrerseits an seinem eigenen Willensbildungsprozeß beteiligt und ihre Interessen fördert und sie nach außen unterstützt, wobei auch die fachliche Begleitung und Beratung in großem Umfang übernommen und z.B. in Fachgruppen organisiert wurde. Diese Anerkennung durch einen Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege ist von großer Bedeutung, weil sie sozusagen ein "Gütesiegel" für die Öffentliche Hand bedeutet. Allerdings gibt es auch diese Probleme:

Die Unfähigkeit, insbesondere der Kommunen, die soziale Arbeit dort, wo es gesetzlich möglich und von den Kompetenzen und der Gestaltungskraft her sinnvoll ist, von eigenen Aktivitäten abzusehen und freien Trägern und Initiativen zu überlassen, ist ausgeprägt. Wir haben in der Bundesrepublik also nicht nur mit in der Regel sehr schwerfälligen und in ihren Anschauungen gefestigten Wohlfahrtsverbänden zu tun,

sondern auch noch mit Kommunen und Sozialverwaltungen, die recht wenig Vertrauen in die Fähigkeit der Bürger haben und die sehr oft von dem überholten Bild ausgehen, daß die Öffentliche Hand die sozialen Leistungen und die sozialen Einrichtungen "für die Bürger" selbst betreiben sollte. Wir wissen, in Wirklichkeit geht es dabei nur allzuoft um Einfluß, Macht und Positionen. Dabei funktionierte es viel besser, wenn die Öffentliche Hand sich darauf beschränken würde, günstige Rahmenbedingungen für das Engagement der Bürger zu schaffen, also etwa für Räume und finanzielle Mittel zu sorgen, die Freiheit des Gestaltens sozialer Lebenswelten aber den Bürgern zuzutrauen - die sehr wohl kompetent sind - und, wie der Bundespräsident Richard von Weizsäcker es einmal ausdrückte (bei einem Selbsthilfekongreß), diese Freiheit zu finanzieren.

Aber auch bei den Trägern sozial-kultureller Einrichtungen und Nachbarschaftshäusern gibt es komplementäre Vorbehalte zu den Strategien der großen Wohlfahrtsverbände und der Öffentlichen Hand: um ihre Unschuld zu bewahren, weigern sie sich, soziale Dienstleistungen zu übernehmen, etwa Kindertagesstätten oder Sozialstationen. Dabei wären gerade Nachbarschaften die idealen Träger solcher Dienstleistungen, weil sie sehr genau und präzise nach den Bedürfnissen und Interessen der Bürger gestalten und entscheiden könnten. Die Qualität der Arbeit, in der Regel bestimmt von Mitarbeitermotivation und günstigen Rahmenbedingungen, ist durch einen lokalen, den Mitarbeitern und Bürgern nicht entfremdeten Träger wesentlich besser zu sichern und kommt damit Kindern, Jugendlichen, alten Menschen (Nutzern) auch wieder unmittelbar zugute. Es reicht also für ein Nachbarschaftsheim nicht immer, nur Treffpunkt zu sein.

Denkbare zukünftige Aufgaben für unseren Verband

Wenn ich nun die bundesdeutsche "Soziallandschaft" beschrieben habe, dann besonders auch deswegen, weil die vorhandenen, eher konservativen und z.T. auch überkommenen Strukturen unserem Verband eine Aufgabe zuweisen könnten, die von größtem Reiz ist und zu deren Erfüllung es nicht einer bestimmten Größe oder Potenz bedarf, für die vielleicht Unscheinbarkeit und fachliches Wissen bessere Voraussetzungen bieten. Wenn wir heute konstatieren, daß die wesentlichen Entwicklungen der letzten 10 bis 15 Jahre am Verband vorbei geschehen sind, so bedeutet dies zwar, daß auf einen solchen Verband auch verzichtet werden könnte (auf jeden Verband kann man verzichten, an seiner Stelle wird sich eben etwas neues formieren), aber es bedeutet nicht, daß dieser Verband sich nicht für längst überfällige Aufgaben

zur Verfügung stellen könnte, die ich FORUMSAUFGABEN nennen möchte.

Das sind die mögliche Aufgaben:

- wo viele kleine, lokal orientierte soziale und sozial-kulturelle Einrichtungen existieren, gibt es konsequenterweise einen erhöhten Bedarf nach Koordination, Austausch, fachlicher Begleitung und Vernetzung,

- wo Wohlfahrtsverbände aufgrund ihrer Größenordnungen und z.B. beim PARITÄTISCHEN auch aufgrund der Vielfalt ihrer Mitglieder nicht mehr in der Lage sind, fachlich spezifisch zu begleiten und zu beraten, bekommt ein "Spezialverband" seine besondere Aufgabe,

- wo Ministerien und Kommunen, Politiker und Bürokratien überfordert sind mit der fachlichen Beurteilung von Initiativen und wo Scheu vor Alternativen zu den bisherigen Formen sozialer Arbeit kultiviert ist, kann ein fachlich ausgewiesener und anerkannter Verband helfen, Ängste und Vorurteile abzubauen und Mut machen durch Beratung und das Präsentieren funktionierender Beispiele,

- wo in der Bundesrepublik, die verschiedenen Sektoren sozialer und kultureller Arbeit unnötigerweise voneinander abgeschottet sind, kann ein Verband dessen Mitgliedseinrichtungen jeden Tag diese Abschottung zu überwinden trachten, die überfällige Diskussion darüber beginnen,

- wo wie in der Bundesrepublik auch noch recht harte Grenzen zwischen öffentlicher und freier Sozialarbeit gesetzt sind, kann der Verband dazu beitragen, bestehende Konkurrenzen zu überwinden, Bestände in Frage zu stellen und Synergieeffekte zu fördern, indem er Verbindungen über diese Grenzen hinweg herstellt,

- last but not least: die Vereinigung Deutschlands schafft Aufgaben ohne Ende, eignen sich doch gerade Nachbarschaftseinrichtungen und das unkonventionelle Engagement von Bürgern dafür, Probleme bürgernah anzugehen. Besonders wichtig erscheint mir hierbei, daß Nachbarschaftsinitiativen dazu beitragen können, ersatzlos weggefallene "soziale Heimaten" (Betriebe, Gewerkschaften, Parteien, Gesellschaften, etc.) mit zu ersetzen. Darüber hinaus ermöglichen sie den Bürgern selbst bestimmte Aktivitäten und schaffen in einem begrenzten Rahmen auch Arbeitsplätze.

Bei der Fülle der Aufgaben könnte jeder sofort denken: unmöglich, daß dieser Verband dies schaffen kann. Meine Antwort: er kann es schaffen, wenn er das vorhandene Potential an Ideen, Wissen, praktischen Bei-

Beiträge zu den Perspektiven des Verbands

spielen und Engagement einbezieht, zusammenfaßt und mobilisiert und auf den "Schneballeffekt" vertraut. Ich glaube auch, daß die Bedingungen dafür günstig sind, weil es das dringende Erfordernis gibt, diese Aufgaben anzugehen. Unsere Gesellschaft ist sozusagen "reif" dafür. Bestehende große Organisationen können hierzu wenig beitragen, schon gar nicht der Motor dafür sein (etwa der Deutsche Verein). Ansatzweise wurde die vor langen Jahren abgeschaffte Victor-Gollancz-Stiftung im Rahmen von Gemeinwesenarbeit in eine solche Richtung aktiv. Sie war offensichtlich der Zeit voraus und konnte deshalb nicht ertragen werden.

FORUMSFRAGEN anstelle (oder zusätzlich zur) Verbandsarbeit

Funktionierende Beispiele von Verbandsarbeit im beschriebenen Rahmen gibt es. Sogar im eigenen Verband: in der Landesgruppe Berlin des Verbandes für sozial-kulturelle-Arbeit gibt es eine deutliche Tendenz herkömmliche Verbandsaufgaben zugunsten von FORUMSAUFGABEN zu erweitern. Berlin kann allerdings Verbandsaufgaben nicht vollends aufgeben, anders als der Bundesverband, bei dem sich durchaus vorstellen ließe, die Verbandsaufgaben (wie sie anfangs beschrieben wurden) wenigstens teilweise aufzugeben, insbesondere jene Teile, die sich auf die unmittelbare Interessenvertretung beziehen.

In Berlin sehen die angesprochenen FORUMSAUFGABEN so aus:

- fachliche Begleitung und Beratung von nachbarschaftsbezogenen Initiativen auch dann, wenn sie nicht Mitglied sind,
- Beratung des Senats, bzw. der Fachverwaltung bei der Förderung von solchen Initiativen und in grundsätzlichen Angelegenheiten nachbarschaftsbezogener sozial-kultureller Arbeit,
- Herstellen und Vermitteln von Kontakten auf verschiedenen Ebenen (horizontal und vertikal),
- verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und damit Werben für die Idee "sozial-kulturelle Nachbarschaftsarbeit"
- Anregung von Diskussionen um die Weiterentwicklung sozial-kultureller Arbeit.
- Förderung und Vermittlung internationaler Kontakte.

Freilich geschieht dies alles erst in Ansätzen. Der Verband aber hat sich nach heftigen Diskussionen zur Öffnung entschlossen. Die von einigen vermuteten Nachteile wurden schnell zu Vorteilen für alle.

In der Schweiz gibt es ein faszinierendes Beispiel des Umbaus eines Interessenverbandes zugunsten eines FORUMS. Die Schweizerische Landeskonferenz für Sozialwesen hat sich entschlossen zu einem "SOZIALFORUM SCHWEIZ" zu werden. Das bedeutet nach eigener Aussage: "aus

der Konkurrenz zwischen Sozialinstitutionen heraustreten, Synergien finden und nutzen". Und weiter: "Dieser fruchtbare Prozeß des Sich-Zusammenraufens und des Sich-Austauschens ist denkbar zwischen privaten Sozialwerken, zwischen kirchlichen Sozialwerken, zwischen Kantonen und Gemeinden, zwischen Privatwerken und öffentlichen Sozialhilfestellen kurz- in allen Kombinationen aller im Sozialwesen tätigen Kräfte (...) es geht um das Aufeinanderprallen lassen und um den Austausch von Ideen, Erfahrungen und Zukunftsvorstellungen, um daraus ein Zusammenwirken von Organisationen wachsen zu lassen."

Der Verband hat also auf jede Form von Interessenvertretung verzichtet und aus der Erkenntnis heraus, daß es dringendere und drängendere Aufgaben gibt, begonnen, die nationale Diskussion über zeitgerechte Sozialarbeit zu führen. "Die Bildung eines Forums entspricht dem Zeitgeist" und nicht ohne Grund wird auf die Umwälzungen in einigen Ostblockländern verwiesen, bei denen Foren eine wichtige, ja zentrale Rolle einnahmen (alle Zitate aus dem Jahresbericht 1989/90 der LAKO Sozialforum Schweiz).

Verwiesen wird auf die übliche Angst vor Berührungen und auf sinnloses Konkurrenzdenken. Die Lust nach Abgrenzung ist schließlich auch in der Bundesrepublik Deutschland außergewöhnlich gut entwickelt, zwischen den sozialen Institutionen, aber auch hin zu übrigen gesellschaftlichen Feldern. Es gibt in unseren Reihen mitunter eine "Lust am nicht Verstandenwerden", die geheime Freude (und den logisch folgenden Jammer am Unverstandensein) an der Isolation, am Nicht-schuldig-werden an dieser Gesellschaft. Wir brauchen also ein FORUM auch um unser selbst willen, als Antwort auf unsere Probleme und Fragen und um die Weiterexistenz des Verbandes zu sichern, ihn wieder interessant zu machen.

"Perspektiven des Verbandes für sozial-kulturelle-Arbeit" - danach wurde ich gefragt. Darauf habe ich eine Antwort zu geben versucht. Gerade weil unser Verband trotz hohen Alters nicht etabliert und groß und stark genug geworden ist, gerade deshalb könnte es ihm leicht fallen, die in der Bundesrepublik überfällige Aufgabe eines "FORUMS FÜR SOZIAL-KULTURELLE; NACHBARSCHAFTSBEZOGENE ARBEIT" zu übernehmen, vielleicht sogar die eines SOZIALFORUMS BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND. Diese Aufgabe wird in Zukunft noch durch europäische Dimensionen zu erweitern sein.

Herbert Scherer

Offen für alle? Ein guter Slogan für die Nachbarschafts- arbeit - ein schlechtes Motto für den Verband?

(Überlegungen zu den Perspektiven des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit angesichts der aktuellen Veränderungen in Deutschland und anderswo)

Es ist paradox: die Veränderungen der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Osten Deutschlands und die damit gegebenen Chancen, daß sich auch dort sozial-kulturelle Nachbarschaftsarbeit entwickelt, bestätigen nicht einfach die Richtigkeit unserer bisherigen Ansätze, sondern stellen sie vielmehr infrage.

Das müßte nicht so sein. Wir könnten es machen wie alle anderen: in naiver oder praktisch-imperialistischer Selbstgenügsamkeit an den Export unserer Modelle gehen, ohne sie "aufzumöbeln".

Vielleicht bewahrt uns vor einem solchen Vorgehen unser Fein- oder Scham-)Gefühl, vielleicht ist es der methodische Ansatz der Nachbarschaftsarbeit mit der Betonung der "Hilfe zur Selbsthilfe", der auch hier wirkt, vielleicht ist es aber auch nur das Wissen darum, daß Ideenexport eine schwierige Sache ist, wenn man sich gar nicht (mehr?) so recht einig über die Ideen ist, die man vertreten soll.

Nehmen wir einmal das Letztere an:

Der Verband für sozial-kulturelle Arbeit birgt, obwohl er nicht extrem viele Mitgliedsorganisationen vereinigt, eine ungeheure Bandbreite unterschiedlicher, sich zum Teil (streng genommen) gegenseitig ausschließender Grundpositionen in sich. Und diese Unterschiede beziehen sich nicht nur auf Randphänomene, sondern tauchen auch bei fast allen "essentials" auf.

Da gibt es Einrichtungen, die das Banner der ehrenamtlichen Arbeit hochhalten neben solchen, die darauf stolz sind, daß bei ihnen keine Stunde unbezahlter Arbeit geleistet wird und somit der üblichen Ausbeutung im sozialen Bereich Einhalt geboten sei.

Da gibt es Einrichtungen, die in ihrer Satzung eindeutig festlegen, daß keine hauptamtlichen Mitarbeiter in Leitungspositionen des Vereins zugelassen sind, neben solchen, die die paritätische Mitbestimmung in den Vereinsgremien vorschreiben oder die sich sogar in Richtung "selbstverwalteter Projekte" der hauptamtlichen Mitarbeiter/innen bewegen.

Da gibt es Einrichtungen, die sich darum bemühen, die juristische Verantwortung in die Hände von Nachbarn (Stadtteilbewohnern) zu legen oder dort zu halten, neben solchen, die es für zweckdienlich (und unproblematisch) halten, ihr know how auf die Weise zur Verfügung zu stellen, daß sie als Träger von Nachbarschaftsprojekten in weit entfernten Stadtteilen oder anderen Städten auftreten.

Da gibt es Einrichtungen in umiößverständlicher "freier Trägerschaft" neben solchen, die zu öffentlich-rechtlichen Stiftungen gehören, die "kommunal-bürgerschaftlich" verfaßt sind (joint ventures mit der Kommune) oder die sogar direkte kommunale Einrichtungen sind.

Da gibt es Einrichtungen, die sich aufgrund ihrer Geschichte eher als Teil einer alternativen Kulturszene verstehen und die die sozialen Angebote eher als notwendiges Übel zur Absicherung einer gewissen öffentlichen Finanzierung sehen, neben solchen, die die sozialen Dienstleistungen eindeutig im Vordergrund ihrer Arbeit sehen.

Da gibt es Einrichtungen, die sich der Idee der Hilfe zur Selbsthilfe verschrieben haben neben solchen, in denen die These Anhänger hat, daß mit der Förderung des Selbsthilfegedankens der Staat sich nur seinen eigenen Verpflichtungen entziehen wolle.

Das sind, zugegeben, Zuspitzungen. Eine empirische Untersuchung könnte wohl zu den hier angesprochenen Fragen jeweils

Mehrheitsmeinungen feststellen. Für die Rolle als Ideenlieferant reicht das aber nicht aus.

Dem Verband fehlt es in dieser entscheidenden Phase an einem ausreichend konturierten Profil.

Das kann sich nicht ändern, wenn er sich nur als Summe seiner Teile (bzw. als deren "Dach") versteht und auf der Basis eines "Minimalkonsenses" handelt. So etwas kann (und muß vielleicht) der Paritätische Wohlfahrtsverband machen. Der Verband für sozial-kulturelle Arbeit sollte sich demgegenüber mehr als "Fach-Verband" verstehen, der an der Weiterentwicklung der Idee, die an seinem Anfang stand, und an der Förderung der Fachlichkeit bei deren Umsetzung arbeitet.

Das verlangt ein anderes Klima, als es zur Zeit im Verband herrscht. Statt des wechselseitigen "Rühr mich nicht an!" und des gegenseitigen Versprechens, die Kreise des jeweils anderen nicht zu stören, wäre es mal wieder Zeit für offene Worte und die Bereitschaft zum Streit im Dienste der Sache, d. h. ohne allzu viel kleinmütige persönliche Empfindlichkeiten.

Dabei wird es, so wie unser Verband strukturiert ist, nicht um die Erarbeitung von Positionen gehen, die die einzelne Mitgliedseinrichtung verpflichten, aber schon um die Einigung darüber, was der Verband mit Rückendeckung durch seine Mitgliedseinrichtungen zur Grundlage seines Handelns in der Öffentlichkeit (nach außen) macht, in welche Richtung er (nach innen und außen) gehen und für welche Entwicklung er (nach innen) seine Mitglieder unterstützen und beraten soll.

Fürs erste wird das wie ein Handicap wirken, weil der Verband sich damit nicht mehr so offen (und unverbindlich) darstellen wird wie bisher. Aber schon auf mittlere Dauer hat der Verband dadurch die Chance, die Bedeutung in der sozial- und kulturpolitischen Arena wiederzugewinnen, die er einmal gehabt hat.

Als erste positive Zeichen für eine Entwicklung in diese Richtung sehe ich das mehrtägige Einführungsseminar für neue Mitarbeiter/innen der nordrhein-westfälischen Landesgruppe im Oktober dieses Jahres sowie den Plan für eine Klausurtagung des Bundesverbandes im Dezember, die solchen Diskussionen Raum geben will.

Einige Einwände werden sicher erhoben werden:

"Warum den Verband einer Zerreißprobe aussetzen, wo doch alles (endlich) so harmonisch läuft"

Antwort: Die Harmonie ist eine typische Schön-Wetter-Wohlstands-Harmonie. Sie

reicht nicht aus für schwere Zeiten - und die stehen uns garantiert bevor. Nur wenn wir uns über bestimmte Dinge einig sind, werden wir gemeinsam und stark in die Auseinandersetzungen gehen, die uns z. B. deswegen erwarten, weil die Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand rigider werden wird. Nur wenn wir gemeinsam etwas wollen, können wir einer Situation entgehen, wo wir uns prinzipienlos um die schmaler werdenden Töpfe streiten.

Oder: "Das ist ja ein Rückfall in die Ideologisierungphase der siebziger Jahre"

Antwort: Hier wird tatsächlich einer gewissen Re-Ideologisierung das Wort geredet, allerdings nicht, um zu großem Geschwätz und Nebelwerfen aufzurufen, sondern um zu einer die Praxis bestimmenden (also insofern pragmatischen) Bestimmung der Ziele der Arbeit zu kommen. Das Aufstellen von Zielen und Erfolgskriterien für die Arbeit ist auch eine Vorbedingung für eine wirkliche Professionalität in der Arbeit ("Fischen im Trüben" ist anti-professionell!).

Oder: "Was soll das, bei uns arbeiten doch vorwiegend gut ausgebildete Sozialarbeiter"

Antwort: Ja, aber es gibt (fast?) keine Sozialarbeiter in Deutschland, die in ihrer Fachhochschulausbildung in ausreichendem Maße die Fähigkeiten vermittelt bekommen haben, die für eine professionelle Nachbarschaftsarbeit wichtig wären: Wissen um Gesetzmäßigkeiten der Gemeinwesenentwicklung ("community development"), der Gemeinwesenorganisation ("community organization") und der Gruppendynamik, Kenntnisse in Öffentlichkeitsarbeit ("social marketing"), Finanzierungsfragen ("fund raising") und Methoden der Erwachsenenbildung.

Es ist kein Wunder, daß hier mehrfach englische Begriffe in Klammern dahinterstehen: im angelsächsischen Bereich gibt es diese besonderen Disziplinen in der Sozialarbeiterausbildung, zum Vorteil auch für die Profile der Zentren, die entsprechend ausgebildete Mitarbeiter/innen beschäftigen können. Solange solche Ausbildungsschwerpunkte bei uns noch fehlen, muß die Sozialarbeiterausbildung keineswegs eine gute Voraussetzung für die Arbeit im Nachbarschaftszentrum sein. Zuweilen ist eher das Gegenteil der Fall: wird nicht oft (gemeinwesenbezogene) Nachbarschaftsarbeit aus einem in der Ausbildung erworbenen Berufsverständnis heraus durch (einzelfallbezogene) Sozialarbeit ersetzt?

Oder: "Das ist doch ein verdammt konservatives Geschwätz, den Positionen von gestern nachtrauernd statt den modernen Blick nach vorn wägend"

Antwort: Grundpositionen der Vergan-

genheit (z. B. aus der Gründungsphase der Nachbarschaftsheime nach dem II. Weltkrieg) sind zum Teil zeitgemäßer, insbesondere was die Entwicklung im Osten angeht, als einige der Positionen, die bei uns in der Zwischenzeit gewachsen sind. Es geht hier sowieso nicht darum, irgendwelche alten Vorstellungen ungeprüft wieder aufzunehmen, die Vorstellungen, die wir in diesem Zusammenhang entwickeln, durchaus an den Ansprüchen messen, die z. B. in der Gründungsphase der Nachbarschaftsheime artikuliert worden sind.

Der Aufbau demokratisch strukturierter Gesellschaften im ehemaligen Ostblock mit samt den sozialen Gegensätzen, die der Marktwirtschaft (und sei sie noch so "sozial") immanent sind, wird zu einer Schaffung neuer sozialer Netzwerke führen. Noch ist in dieser Hinsicht vieles unentschieden. Es ist noch nicht klar, welche Rolle hier der Staat auf seinen verschiedenen Ebenen, welche Rolle Wohlfahrtsverbände und welche Rolle freiwillige private Initiative spielen wird.

Wenn wir davon überzeugt sind, daß die Grundideen der Nachbarschaftsarbeit (was sind sie denn???) ihre Gültigkeit nicht verloren haben und den Menschen dabei helfen können, ihre Situation(en) zu bewältigen, müssen wir daran arbeiten, möglichst bald unsere Ideen in die Neugestaltung in den östlichen Ländern aktiv hineinzutragen (das bezieht sich nicht nur auf die östlichen Bundesländer sondern ebenso auf die benachbarten Länder, erst einmal vielleicht Polen, Tschechoslowakei und Ungarn, den ersten Aspiranten für eine erweiterte EG).

Ideen hereintragen heißt meines Erachtens nicht Besserswisserei oder Export fertiger Modelle, sondern im Gegenteil: Hilfe zur Selbsthilfe dort entstandener und entstehender Initiativen, behutsame Hilfestellung, Kommunikation, Brücken bauen, nicht Usurpation.

Die Zeit drängt - nicht zuletzt darum, weil im Felde der sozialen Arbeit, das gilt wenigstens für den Bereich der östlichen Bundesländer, schon längst die Scharlatane unterwegs sind. Die Grundlage für deren erfolgreiches Auftreten wurde zum einen mit den politischen Rahmenbedingungen gelegt, die nahelegten, daß hier kein Neubeginn angesagt sei, sondern die platte Übernahme der bisherigen westlichen Strukturen. Die bisherigen Fürsorger und Diakone sollten, so wollte es zum anderen neben dem Einigungsvertrag auch die Kultusministerkonferenz, durch eine obligatorische Zusatzqualifizierung (über 550 Std.) zu Sozialarbeitern mit Weststandard angehoben werden.

Denkbar günstige Voraussetzungen für einige halbseidene Bildungsträger, die wegen des obligatorischen Charakters dieser

Art von Fortbildung darauf rechnen können, daß auch wenig qualifizierte Maßnahmen nicht auf den Protest der Teilnehmer stoßen, die schließlich ihren Schein "ersitzen" wollen.

Der offizielle Lehrplan sieht vor, daß im Rahmen der Zusatzqualifizierung Wesentliches über die die Demokratie westlichen Zuschnitts erlernt werden soll. Der heimliche Lehrplan heißt: Aussitzen, über sich ergehen lassen, nach dem Munde reden und damit: Konservierung von Mentalitäten, die sich in den vergangenen Jahrzehnten festgesetzt haben.

Flächendeckend wird so die neu entstehende Sozialarbeit mit den Bakterien Duckmäuserei und Zynismus infiziert, professionelle Sozialarbeit als ein Bereich vorgeführt, in dem es auf Ethik nicht so sehr ankomme, in dem sich aber auch, mit ein wenig Cleverness, eine Mark machen lasse.

Ich hoffe sehr, daß es uns gelingen wird, unsere Kräfte zusammenzuführen und uns über essentials so weit zu verständigen, daß wir nach außen gemeinsam auftreten und Zeichen setzen können. Dabei werden die Herausforderungen, die die Entwicklungen im Osten bedeuten, auch unser Selbstverständnis und unsere Selbstverständlichkeiten erschüttern. Und das ist gut so.

Dabei geht es im Wesentlichen um zwei ganz einfache Dinge, von denen die anderen Fragen abzuleiten sind: um die Macht und um die Liebe.

Wir müssen uns in unserer Arbeit davon leiten lassen, daß nicht wir, die Professionellen, Macht gegenüber den "Nachbarn", den "Klienten" oder den "Nutzern" unserer Einrichtungen ausüben, sondern umgekehrt diese "ermächtigen" ("enable" nennen das unsere englischsprachigen Kollegen, das klingt angenehmer). Das bezieht sich auf ihr Leben im Allgemeinen - auch auf ihre Position in unseren Einrichtungen (!?)

Und: Wir müssen (wieder lernen,) die Menschen im Stadtteil (zu) lieben. Brrr... schüttelt sich da die Sozialarbeiterseele. Ist das nicht schon wieder das mühsam überwundene Helfersyndrom? Im Gegenteil! Es geht hier nicht um die Schaffung von Abhängigkeiten und Verstrickung sondern um eine Sichtweise, die von dem Interesse geleitet ist, dem Gegenüber alle Chancen zu eröffnen, die es hat oder die in ihm schlummern. So einfach - und so schwer zu machen.

Es geht um Parteilichkeit in unserer Arbeit: "Offen für alle", das gilt für unsere Einrichtungen, nicht für den Verband, der ein "Tendenzbetrieb" sein darf, seine Sache ernst nehmen muß und deswegen nicht einfach offen sein kann für jedwede in Inhalt und/oder Struktur beliebige soziale und/oder kulturelle Arbeit.

Dieter Oelschlägel

Diskussionsthesen zur weiteren Entwicklung des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit

1 Das vierzigjährige Verbandsjubiläum hat Anlaß gegeben, sich mit der Geschichte der Nachbarschaftsheime und ihres Verbandes zu beschäftigen. Dabei wird deutlich, daß es Phasen der Entwicklung gab, wo der Verband faktisch ein Verband für Gemeinwesenarbeit und der Rundbrief die entsprechende Fachzeitschrift war. Dies nicht nur als Vorreiter einer Entwicklung sondern auch im beharrlichen Festhalten an einem für richtig erkannten Konzept, als dieses aus der Mode zu kommen schien. So hat der Verband einen gewichtigen Anteil an der Entwicklung der GWA in Deutschland. Diese Tradition gilt es fortzusetzen.

2 Sieht man die Situation der Gemeinwesenarbeit heute, so kann man durchaus von einer erneuten Ausweitung und einem ständigen Anwachsen seit 1975 sprechen. Gemeinwesenarbeit wird auch ihre Rolle in den neuen Bundesländern einnehmen.

Ein entscheidender Mangel in der GWA ist das Fehlen eines organisatorischen Zentrums, eines Forums, wo die Theoriediskussion vorangetrieben wird, wo Projekte vernetzt werden können, wo auf den erheblichen Bedarf an Aus- und Fortbildung geantwortet wird, wo auch die Selbstverständigung und die (fach-)politische Durchsetzungsfähigkeit eines professionellen Ansatzes und derer, die ihn vertreten Thema ist. Kurz: es fehlt ein Fachverband, der über bisherige partikuläre Ansätze (LAGen sozialer Brennpunkte, Sozialpolitische Gesellschaft, Verband für sozial-kulturelle Arbeit) hinausgeht. Während im Bereich der Soziokultur ein solcher Verband besteht, mit dem es nicht lohnt zu konkurrieren und mit dem nur unter Aufgabe der eigenen Identität fusioniert werden könnte, ist der Platz Gemeinwesenarbeit noch zu besetzen.

3 Aus beiden Erwägungen heraus ist zu prüfen, ob die Perspektive unseres Verbandes nicht die eines Fachverbandes für Gemeinwesenarbeit sein kann. Nach meiner Auffassung sprechen einige gewichtige Gründe dafür:

- der Verband hat die fachliche Kompetenz dafür in seinen Reihen

4 Für einen solchen Fachverband für GWA wären die nächsten Aufgaben:

- eine Bestandsaufnahme der GWA in den alten und neuen Ländern
- das Einrichten eines Forums für die Theoriediskussion
- verstärktes Angebot an Fortbildungen auf unterschiedlichem Niveau
- Vernetzung von Projekten und Einrichtungen
- Weiterentwicklung des Rundbriefs zu einem Fachorgan

5 Konkrete Schritte in diese Richtung könnten sein:

- Formulieren einer Diskussionsplattform und Einleitung eines Entscheidungsprozesses unter den Mitgliedern des Verbandes
- verstärkte Öffentlichkeitsarbeit für einen Fachverband GWA
- Gesprächsrunden mit GWA-relevanten Personen und Gruppierungen
- schon jetzt Anbieten von Fortbildungsveranstaltungen und Fachtagungen zu spezifischen Themen der GWA.

6 Allerdings tauchen dabei auch Probleme auf, die nicht verschwiegen werden dürfen:

- das interne Spannungsverhältnis zwischen Dachverband und Fachverband und damit verbundene Ablehnung der Idee durch Einrichtungen des Verbandes
- mögliche Konkurrenzen zu den bestehenden Organisationen im Bereich GWA (Burckhardt Haus, ISSAB Essen, LAGen, AG SPAK...)
- fehlende Ressourcen und Finanzen, um einen Reorganisationsprozeß erfolgreich durchführen zu können.

Mathias Mozdzanowski

Der Verband - zur Situation und den Perspektiven

Krisensituationen sind durch Instabilität gekennzeichnet und fordern damit zur Veränderung, zum Handeln, zur Entscheidung auf. Die Krise des Verbands ist zunächst "nur" eine finanzielle. Die ließe sich zwar relativ leicht abwenden indem man etwa die Geschäftsführer-Stelle von 2/3 auf 1/2 reduzierte, damit ist aber die Frage vieler Mitglieder, was denn der Gegenwert für die bezahlte Mitgliedschaft sei, auf die Spitze getrieben. Schließlich wird von einigen schon jetzt vieles vermisst an Dienstleistung, bundesweiter Präsenz und Wirkung, sichtbarer Einmischung in die Sozialpolitik usw.

Zu derlei Unzufriedenheiten ist vieles zu sagen, z.B. daß sie so alt sind, wie der Verband selbst, daß Dienstleistungen verstärkt dann geleistet werden, wenn sie nachgefragt sind, daß so manches als selbstverständlich und deshalb kaum als Verbandsleistung wahrgenommen wird (RUNDBRIEF ?) oder daß es oft an der Wahrnehmung der eigenen Einflußmöglichkeiten hapert (etwa nach der bitteren Erkenntnis des Autofahrers: "Ich stehe nicht im Stau - ich bin der Stau").

Zwei Fragen sind es vor allem, die bei der Suche nach sinnvoller Zukunft des Verbands hilfreiche Antworten liefern können:

- Im Innenverhältnis die Frage nach den Erwartungen, den Ansprüchen der Mitglieder;
- im Außenverhältnis die Frage nach dem gesellschaftlichen Nutzen, genauer: jener Nutzen, der auch gewürdigt zu werden verspricht, d.h. der Markt.

Innen: Erwartungen

Es wäre leicht, wenn die Einrichtungen eine so weitgehende Identität und Klarheit hätten, ihre Erwartungen zu definieren. Tatsächlich ist mein Eindruck, daß jede einzelne ein System von verschiedenen persönlichen Meinungen, Beziehungen, arbeitsteiligen Strukturen und verschiedenen Erfahrungen mit dem Verband darstellt und dergestalt jede Anfrage zum Problem gerät. Im günstigen Falle besteht das Problem darin,

ein zusätzliches, eher marginales Thema in den Teambesprechungen bewältigen zu müssen, im ungünstigen Falle darin, jemand aus Verein oder Mitarbeiterschaft zu gewinnen (bestimmen?), die Beantwortung als Arbeitsauftrag zu übernehmen - möglicherweise nach eigenem Gutdünken, wenn nicht gar der Geschäftsführer obligatorisch den Standpunkt der Einrichtung vertritt.

So gesehen hat es seine Berechtigung, das Vorhaben einer Standort- und Perspektivbestimmung des Verbands im Rahmen einer Versammlung von interessierten Persönlichkeiten und nicht etwa in einer Mitglieder-versammlung anzugehen. "Wer in und mit dem Verband etwas bewegen will, kann das tun - er/sie muß sich nur einbringen und engagieren. Jede(r) einzelne ist dazu eingeladen und aufgefordert". So oder ähnlich hat es Walli Gleim bei ihrem Ausscheiden aus der Vorstandsarbeit 1989 formuliert.

Es wird eine wesentliche Funktion der Klausurtagung sein, die Erwartungen "von innen" festzustellen.

Aus meiner Sicht gibt es dabei folgende (eher formale) Kategorien :

- Forum für fachlichen Austausch
- Interessenvertretung, Lobby, Verbreitung der "Idee"
- Dienstleistung
- Heimat, verbandsinterne Kommunikation

und inhaltlich

- Verbindung von Kultur- und Sozialarbeit
- Altersübergreifende Arbeit
- Hilfe zur Selbsthilfe
- Lokal orientierte Arbeit

oder um die Definition der Idee: Was ist

- Sozial-kulturelle Arbeit
- Nachbarschaftsarbeit
- Gemeinwesenarbeit
- oder alles zusammen?

Außen: Markt

Der Markt bestimmt (mit), ob der Verband eine Zukunft hat. Es geht um potentielle Mitglieder und um potentielle Finanziers.

Gibt es also einen Bedarf für unsere Arbeit und unsere "Idee"?

M.E. ist die Nachfrage nach sozial-kultureller Arbeit relativ gering, schon deshalb, weil nicht deutlich ist, was dabei gemeint ist. Diese Unklarheit ist schon verbandsintern auffällig, wie dann soll ein klares Profil von außen erkennbar sein?

Zwei Folgerungen sind möglich:

- die Werbung/Öffentlichkeitsarbeit stimmt nicht oder
- unsere Definitionen sind zu beliebig, wir sitzen zwischen verschiedenen Stühlen

Vermutlich ist es von beidem etwas, ich möchte jedoch die erste Alternative zurückstellen: sie läuft auf ein "mehr" an Verbandsarbeit hinaus, was gegenwärtig ausgeschlossen ist.

Zur zweiten Folgerung: um welche Stühle handelt es sich? Ich sehe auf der einen Seite einen Bedarf in der Verbindung Kultur-/Sozialarbeit. Auf diesem Feld sind aber auch die Soziokulturellen Zentren und ihre Arbeitsgemeinschaften sowie einige andere tätig. Eine Annäherung und mittelfristig evtl. auch organisatorische Zusammenarbeit wäre trotz bestehender Unterschiede denkbar und womöglich auch sinnvoll. Zu bedenken ist aber (neben anderen Problemen), daß aufgrund des zahlenmäßigen Übergewichts der Soziokulturellen eine faktische Auflösung des Verbands dabei herauskommen könnte.

Auf der anderen Seite sehe ich einen Bedarf im Bereich der Gemeinwesenarbeit. Der Verband hat hier zwar Tradition und Kompetenz, aber von außen ist dies nur schwer erkennbar. Eine deutliche Ausrichtung auf Nachbarschafts- und Gemeinwesenarbeit würde m.E. viele potentielle Mitglieder anziehen und den evidenten Mangel an einer bundesweiten Organisation für GWA beheben.

Diese letzte Alternative hat für mich sowohl aufgrund der genannten Überlegungen, als auch aufgrund meines persönlichen Interesses den Vorrang.

Hermann-J. Maus

Ökologische und soziale Werkstätten in Leipzig

Aktionsorientierte Bildungsmaßnahme vom
17.09.91 - 28.09.91

Nach umfangreichen vorbereitenden Kontaktnahmen mit Leipziger Vereinen, Initiativen, Betrieben und Institutionen reisten zwanzig Jugendliche aus Oberhausen nach Leipzig. Die Kontakte wurden vermittelt über einen gleichnamigen Verein, die Zukunftswerkstatt e.V. in Leipzig. Die einzelnen Aktivitäten umfaßten informelle Begegnungen mit Jugendlichen, Diskussionsrunden mit Besuchern und Initiatoren von sozialen und ökologischen Projekten, die Auseinandersetzung mit kommunalen Themen der Stadt Leipzig nach der Wende im Vergleich zur Entwicklung in den alten Bundesländern. Regelmäßige und informelle Begegnungen und Austausch mit Jugendlichen fanden statt in einem soziokulturellen Zentrum, dem Villa e.V., der Aktivitäten mit dem Anspruch der Hilfe zur Selbsthilfe für unterschiedliche Zielgruppen unterhält.

Die Angebote für Jugendliche, die Auseinandersetzung mit Gewalt und Identitätssuche und der erlebten Kluft zwischen "Ossis und Wessis" nehmen dabei einen breiten Raum ein.

Weitere Kontakte wurden zum Connewitzer Alternative e.V. geführt. Der Verein kämpft für die Erhaltung und Sanierung einer vom Abriß bedrohten Siedlung, die während des DDR-Regimes besonders heruntergekommen ist. Der Verein plant in einer ehemaligen kleinen Brauerei die Entwicklung eines Kulturzentrums, wenn nicht die bislang ungeklärte Eigentumsfrage zugunsten privater Eigentümer ausfällt. Die Auseinandersetzung mit der ökologischen, der wohn- und städtebaulichen Situation wurde ergänzt beim Verband Ökolöwe e.V. und bei der Teilnahme an einer Sitzung des Stadtparlamentes, bei der Wohnungs-, Verkehrs- und sozialpolitische Fragen Schwerpunkte bildeten.

Der eingesetzte Film "Ist Leipzig noch zu retten?" (Landesfilmdienst NRW) zeigte die Stadt aus der Zeit vor der Wende. Bei einem Geschichtstag mit einem Historiker erfuhren die TeilnehmerInnen einiges über die Stadtgeschichte und die Entwicklung der DDR bis zu ihrem Zerfall und den Aktionen, die zur Wende geführt haben.

Eine ausgedehnte und engagiert geführte Diskussion mit TeilnehmerInnen im Qualifizierungszentrum der Vision GmbH über ihre Beschäftigungssituation, die veränderten Verhältnisse im Arbeitsleben und die beruflichen Perspektiven in den neuen Bundesländern rundete die Themenvielfalt und zahlreiche Kontakte ab. Zu denken gaben Äußerungen, daß die gewonnenen Freiheiten mit der Bildung einer Ellenbogengesellschaft einhergehen, die viele Menschen in die Arbeitslosigkeit, die Armut und soziale Isolation drängt. Nicht zuletzt wurde der Wunsch geäußert, zu einer Austauschmaßnahme nach Oberhausen zu kommen, um kritische Fragen über die Situation im Westen zu stellen aber auch um die entstandenen Kontakte weiter zu pflegen.

Fabrik Osloer Straße

Selbstdarstellung Stadtteil - und Kulturzentrum in der Fabrik Osloer Straße e.V. Nachbarschaftsetage

"Kultur ist nicht der Raum, in dem sich der Geist zurückziehen oder in dem er sich, abgelöst von den Realitäten, unbekümmert bewegen könne, sondern der gemeinsame Bereich von Reflexion und Tätigkeit."

Thomas Mann

1985 wurde die Nachbarschaftsetage in's Leben gerufen. Sie ist für den Verein Fabrik Osloer Str. der Treffpunkt im Stadtteil. Einerseits, um für die Nachbarschaft in der Fabrik eine Anlaufstelle zu bieten, um erste Kontakte zu knüpfen, andererseits, um die Ziele des Vereins an die Öffentlichkeit nach draußen zu tragen.

Nach nunmehr sechsjähriger Entwicklung der inhaltlichen Arbeit, ist aus einem kleinen Vereinscafe mit einem mehr oder weniger gut besuchten Theatersaal, einer Rentnerband und einer türkischen Volkstanzgruppe ein soziokulturelles Zentrum gewachsen. Inzwischen finden hier div. Angebote von sozialen und kulturellen Veranstaltungen statt. Unsere Besucher sind hier Gäste und keine Klienten. Wir nehmen keine erzieherische bzw. sozialarbeiterische Funktion im Bezirk ein. Vielmehr greift die Nachbarschaftsetage die unterschiedlichen sozialen, kulturellen, gesellschaftspolitischen Interessen des Bezirks auf und spiegelt sie wider. In der Nachbarschaftsetage können die Kulturkonsumenten Kulturschaffende sein, können Kleinkunstdarsteller den Erfolg proben, können Familien Hochzeiten feiern, können Selbsthilfegruppen Raum und Unterstützung finden, kann Wissenswertes in Workshops und Seminaren gelehrt und gelernt werden, können Frauen ihre Fähigkeiten zeigen. Kurz gesagt, wir sind ein Zentrum der möglichen Unmöglichkeiten, genauso wie Konzept und Zufall sich bei uns ergänzen, so ergibt das soziale Miteinander und die Kultur zum Aneignen als Ganzes -die Nachbarschaftsetage, ein Stadtteil- und Kulturzentrum im Wedding.

Unser laufendes Programm (Stand 1991):

Großer Baby - und Kindertrödelmarkt findet einmal monatlich in den Höfen der Fabrik statt. Hier verkaufen und kaufen zahlreiche Besucher 2.Hand-Waren, gucken einfach mal vorbei oder trinken Kaffee und essen Kuchen.

Kindertheatervorstellungen finden immer jeweils an dem "Trödel"-Sonntag für die Weddinger Kinder statt. Am darauffolgenden Montag wird die Aufführung für Kita- und Schulgruppen wiederholt. Die Vorstellungen wechseln monatlich und es wird immer eine andere Theatergruppe präsentiert.

Frühstücksmusik am Sonntag in unserem Cafe wird gemeinsam mit der Musikschule Wedding organisiert. Die Musikschüler spielen für die Cafebesucher von Klassik bis Jazz und sorgen für einen beschwingten Sonntag.

Lesungen von Autoren finden einmal monatlich in Kooperation mit der Volkshochschule Wedding statt. Jeweils zu einem spezifischen Thema gibt es eine Reihe von Lesungen mit anschließender Diskussion mit dem Publikum.

Kleinkunst - Cabaratt und Theatervorstellungen für Erwachsene werden präsentiert. Je nach dem, welche Theatergruppen und Kleinkünstler eine Auftrittsmöglichkeit suchen, gestaltet sich unser Programm. Wir unterstützen alle Künstler in der Öffentlichkeitsarbeit, mit technischer Ausstattung und unseren Räumlichkeiten.

Kurse und Workshops werden in den Bereichen Gesundheit, Sport und Bildung angeboten. Zur Zeit gibt es Ballettschule für Erwachsene und Kinder, Yoga, fernöstl. Heilmethoden, Heilpflanzenkurse, Gestalttherapiegruppe, afrikanischer Tanzkurs, Jazztanz, tänzerische Gymnastik, Spiel und Bewegung für Eltern und Kinder, Körperarbeit und Bauchtanz.

Selbsthilfegruppen finden in der Nachbarschaftsetage immer Raum und Unterstützung. Zur Zeit trifft sich die Rentnerband "Die fidelen Spreethener" und demnächst eine Selbsthilfegruppe "Eltern behinderter Kinder".

Bildungsgruppen, wie TU-Projekte, Gewerkschaften, Uni-Gruppen u.a. halten bei uns ihre Tagungen und Sitzungen ab. Wir unterstützen räumlich und bei Forschungsprojekten auch inhaltlich mit unserem Wissen.

"Frauen in Aktion" ist das Motto der kulturellen und sozialen Veranstaltungen, die exklusiv für Frauen in der Nachbarschaftsetage stattfinden. Regelmäßig treffen sich fünf Mütter-Kind-Gruppen, Stillgruppe, ein Geburtsvorbereitungskurs und eine Rhetorikgruppe. Einzelveranstaltungen sind z.B. Nähkurs mit Kinderbetreuung, Hausfrauenlesung, Rhetorik- und Selbstsicherheitstraining, Videokurs, zukünftig Computerkurs oder das Weddinger Frauenfest im Winter.

Die Stadtteil- und Kulturzeitschrift "vis a vis" wird von der Nachbarschaftsetage herausgegeben. Finanziell wird sie von mehreren Weddinger Projekten, bezirk. Einrichtungen und der Kirche, sowie von Gewerbetreibenden durch bezahlte Werbeanzeigen unterstützt. Die Redaktion und Layout finden in der Nachbarschaftsetage statt, ebenso wie der Vertrieb der Monatszeitschrift in bezirk. Einrichtungen, Cafes, Kneipen und Zeitungsläden.

Hoffeste, Feiern und Großveranstaltungen werden in der Nachbarschaftsetage organisiert. So findet im Frühjahr ein "Tag der offenen Türen", im Sommer ein Kinderfest und im Herbst ein "vis a vis" - Pressefest statt.

Vermietungen unseres kleinen Theatersaals für Hochzeits-, Ver- und Entlobungs- und anderen Familienfeiern sind bei uns immer möglich und durchaus Teil unseres Gemeinwesenverständnisses.

Das Cafe in der Fabrik ist von der Nachbarschaftsetage von einem kleinen Vereinstreffpunkt zu einem eigenständigen Cafe mit Konzession großgezogen worden. Nun gibt es neben einem breiten Angebot von Speisen und Getränken auch einen tägl. wechselnden warmen Mittagstisch.

Alle Angebote und Veranstaltungen die hier genannt wurden, werden von einem dreiköpfigen Team gemanagt, die ohne die Hilfe und tatkräftige Unterstützung von Praktikantinnen, ABM-Kräften und BSHG-Stellen in dieser Vielfältigkeit nicht möglich wäre. Unser Büro für Graphik und Design organisiert eine breite und ansprechende Öffentlichkeitsarbeit, angefangen von Flugblättern, Plakaten bis hin zu gutverständlichen Texten.

Das Team der Nachbarschaftsetage gestaltet weiterhin mit Engagement und Tatendrang die soziokulturelle Arbeit im Stadtteil Wedding und lädt alle Interessierten herzlich ein, uns kennenzulernen und an die kulturelle Gestaltung unserer Gesellschaft selbst Hand anzulegen.

Kontakt und weitere Informationen unter der Telefonnummer 030/493 90 42.

Quäker Nachbarschaftsheim

SOZIALPÄDAGOGISCHE GRUPPENARBEIT MIT ROMA-KINDERN

Bericht über die Zeit vom 1.1. - 14.9.1991

Die am 15.9.1989 begonnene sozialpädagogische Gruppenarbeit mit Roma-Kindern endet als zweijährige Arbeitsbeschaffungsmaßnahme am 14.9.1991.

Eine Weiterführung der Arbeit durch die vorhandenen Fachkräfte ist nicht geplant. Alle Bemühungen des Trägers, die begonnene Arbeit fortzuführen und hierfür eine Regelfinanzierung durch die öffentliche Hand zu erreichen, waren ohne Erfolg. Die befristet angestellten Fachkräfte haben frühzeitig für sich eine andere berufliche Perspektive gefunden.

Eine Neuauflage der bisherigen ABM erschien uns aus zwei Gründen als nicht erfolgversprechend:

- Es ist angesichts des Arbeitsmarktes bei Erzieherinnen wenig aussichtsreich, für diese äußerst schwierige Arbeit Kräfte zu finden.

- Die äußeren Bedingungen für eine solche Arbeit sind so einflußreich, daß sie sich sehr störend auswirken (Unklare politische Entscheidungen, unkoordinierte bzw. entgegengesetzt handelnde städtische Verwaltungen, unklare rechtliche Basis für das gesamte "Hotel Schäfer", fehlende vertragliche Absicherung der räumlichen Bedingungen für die Arbeit in diesem Haus).

Zur Situation im "Hotel Schäfer"

Die in früheren Berichten bereits beschriebenen Zustände im Haus haben sich seit Jahresbeginn weiter verschärft. Durch einen Brand zum Jahreswechsel wurde ein Zimmer vollkommen zerstört. Das gegenüberliegende Zimmer sowie der Flur wurden stark beschädigt. Die Renovierungsarbeiten, die sich über das ganze Haus erstrecken, dauern bis zum heutigen Zeitpunkt an. Während dieser Zeit leben die Bewohner weiter in Zimmern, die eigentlich nicht mehr bewohnbar sind. Das Haus ist von Kakerlaken befallen. Die Bewohner leiden unter Krätze und Läusen. Diese werden zwar ab und zu bekämpft, treten jedoch immer wieder auf. Die Familien mußten mit Nachdruck durch die Mitarbeiterinnen angehalten werden, auch persönlich diese Parasiten zu bekämpfen. Infolge der unzumutbaren hygienischen Situation im Haus traten jedoch ständig neue Infektionen auf und ein dauerhafter Erfolg war nicht gegeben.

Besonders im Sommer 1991 verschärfte sich die Situation sehr, weil der bisher im Haus anwesende Hausmeister nicht mehr zu sehen und die Reinigungskraft offensichtlich ersatzlos gestrichen war.

Die Fluktuation der Bewohner ist im Jahr 1991 besonders hoch. Einige Familien, die

schon lange im Haus wohnten, sind verzogen.

Mit ihnen sind viele Kinder verschwunden, die die Gruppenarbeit regelmäßig besuchten. Neue Bewohner sind zugezogen, viele von ihnen auch nur für kurze Zeit und illegal.

Aus dieser Entwicklung ergaben sich große Störungen in den sozialen Beziehungen der Bewohner. Streit und tätliche Auseinandersetzungen nahmen deutlich zu. Die Kinder trugen ihre Familienfehden in die Gruppenarbeit hinein.

In der letzten Zeit war es kaum noch möglich, im Haus zu arbeiten.

Die Mitarbeiterinnen nutzten jede Gelegenheit, mit der kleiner gewordenen Kindergruppe Beschäftigungen im Grünen oder kleine Unternehmungen durchzuführen.

Inhalte der pädagogischen Arbeit

Einen hohen Stellenwert in der Arbeit hatte die Sprachförderung.

Hier orientierten die Mitarbeiterinnen sich am spielerischen und situationsbezogenen Lernen. Den Lebensbereichen der Kinder entsprechend erarbeiteten sie in Spiel und Gespräch mit kleinen Liedern, Bildern und Geschichten den nötigen Wortschatz und prägten deutsche Sprachformen und Satzmuster ein. Verfestigt wurden die Kenntnisse bei Ausflügen in die Flora, den Zoo, die Schwimmhalle, auf Spielplätze, ins Theater, auf die Post und bei Einkäufen. Dadurch wurden die Sprachkenntnisse in den natürlichen Lebenszusammenhängen erlernt.

Ausgehend vom unterschiedlichen Alter der Kinder, dem jeweiligen Entwicklungsstand, der Lebenserfahrung und dem Sprachverständnis richteten sie die pädagogische Arbeit auf die die Kinder bedrängenden Lebenssituationen aus. Dabei fiel auf, daß einige Kinder nur über geringe motorische Fähigkeiten verfügen. Dies zeigte sich besonders im Umgang mit den Materialien, die Fingerfertigkeit erfordern.

In der Gruppenarbeit hatte das Freispiel den höchsten Rang. Es vermittelte den Kindern das Gefühl von Selbstbestimmung und Freiheit.

Im Rollenspiel stellten sich die Kinder in ihrem Alltag dar. So spielten sie in besonders gern in der Puppenecke, kochten, bügeln, putzten und kümmerten sich um die Puppenkinder. Gern spielten sie auch mit Brio-Schienen, der Tankstelle, Bausteinen und Duplo-Steinen auf dem Bauteppich. Die Kinder verfügen zwar über viele spontane

und kreative Kräfte, finden aber aus ihrer geringen Erfahrung heraus oft nicht genügend Möglichkeiten für deren Betätigung. Daher boten die Mitarbeiterinnen ihnen viele verschiedene Beschäftigungen mit unterschiedlichen Materialien an z.B. Buntpapier und Buntstifte, Wachsmalkreide und Tusche, Arbeiten mit Gips, Basteln mit "wertlosem" Material wie Verpackungen, Bemalen von Steinen, Faltechniken, Ausgestaltung der Fenster mit Krepppapier und Transparentpapier u.s.w.

Resümee

Das am Anfang der Arbeit stehende Ziel, die Kinder in die Offene Tür des Quäker Nachbarschaftsheim in der Kreuzerstraße zu bringen, erwies sich schon nach dem 1. Jahr als nicht erreichbar.

Die Entfernung war zu groß und die Kinder zu klein.

Die Arbeit im ehemaligen Hotel Schäfer wurde durch von uns nicht beeinflussbare äußere Umstände häufig behindert. Oft wechselten die im Hause wohnenden Familien, was die Kontinuität unserer Arbeit störte. Alle Planungen mußten für kleine Zeiträume erfolgen.

Die Eltern der in kurzer Zeit sehr abgeschlossenen Kinder verhielten sich in der Regel distanziert. Zu einigen Familien wurde ein engerer Kontakt hergestellt.

Durch die unklare politische Situation in NRW sind die Roma verunsichert. Wir führen die häufig aggressive Stimmung im Haus, die sich auch bei den Kindern bemerkbar machte, z.T. darauf zurück.

Die Kinder nutzten unser sozialpädagogisches Angebot häufig, einige regelmäßig. Sie freuten sich über neu Gelerntes, und sie lernten schnell unsere Sprache. An einfache Regeln konnten sie sich gewöhnen. Allerdings mußten die Regeln öfter als normal wiederholt werden.

Durch die beim Gruppenraum fehlenden sanitären Anlagen und die sehr begrenzten räumlichen Möglichkeiten wurde die Arbeit gestört und unruhig. Die Kinder mußten z.B. um die Toilette zu benutzen in die Räume ihrer Familien gehen, ebenso zum Händewaschen und zum Essen. Die Mitarbeiterinnen haben sich oft bessere räumliche und äußere Bedingungen gewünscht. Für sie und für die Kinder waren die Zustände im Haus über weite Strecken eine ständige Herausforderung und nicht selten schwer zu ertragen. Dies führte oftmals zu Unzufriedenheit wie auch die Erkenntnis, daß die pädagogischen Maßstäbe und Ziele nur kurzfristig oder teilweise erreicht werden konnten.

Insgesamt kann man feststellen, daß für eine sinnvolle und zielgerichtete Arbeit eines solchen Projektes bessere räumliche und sonstige Bedingungen zu schaffen wären. Dies konnte auch trotz aller Mühe nicht durch die Mitarbeiterinnen des Jugendamtes erreicht werden, für deren sehr gute Zusammenarbeit wir uns herzlich bedanken.

Broschüre

SOZIAL-KULTURELLE ARBEIT

Bestandsaufnahme der Arbeit in den Nachbarschaftshäusern, Bürgerzentren und Gemeinwesenprojekten. Darstellung der Arbeit, mit Beiträgen von Prof. Dieter Oelschlägel, Prof. C. Wolfgang Müller u.a.

Hrsg.: Verband für Sozial-kulturelle-Arbeit e.V.

**DIN A 4, 130 Seiten, DM 12,-
zu beziehen bei:
Verband für Sozial-kulturelle Arbeit e.V.,
Slabystr. 11, 5000 Köln 60**

Broschüre

OFFEN FÜR ALLE

**Nachbarschaftszentren in Berlin
von Elfie Witten**

**Hrsg.: Verband für Sozial-kulturelle-Arbeit,
Landesgruppe Berlin e.V.**

**DIN A 5, 64 Seiten, kostenlos
zu beziehen bei:**

**Verband für Sozial-kulturelle-Arbeit,
Landesgruppe Berlin e.V.,
Nikolsburger Platz 6, 1000 Berlin 31**

Broschüre

SPRECHEN NACH DEM SCHWEIGEN

**Kreuzberger Lebensberichte
aus den Jahren 1933-1945**

**Hrsg.: NBH Urbanstr.
e.V., Berlin - Kreuzberg**

**DIN A 4, 78 Seiten, DM 7,-
zu beziehen bei:
NBH Urbanstr. e.V.,
Urbanstr. 21, 1000 Berlin 61**

Dokumentation

ALLES IM GRIFF

Lebensbewältigung armer Menschen im Spannungsfeld von Sozialarbeit, Wissenschaft und Kommunalpolitik. Eine Tagungsdokumentation.

Hrsg.: Dieter Oelschlägel, Universität-Gesamthochschule Duisburg

**DIN A 4, 113 Seiten, kostenlos
zu beziehen bei:
Nachbarschaftstreff Bruckhausen e.V.,
Schulstr. 52, 4100 Duisburg 11**